

DRINGLICHKEITSANTRÄGE.

1) Aktionsplan für eine nachhaltige Unterstützung von BettlerInnen mit Behinderung

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Mein dringlicher Antrag betrifft einen Aktionsplan für eine nachhaltige Unterstützung von BettlerInnen mit Behinderung. Wer häufig in der Innenstadt unterwegs ist, wird gerade in den letzten Wochen festgestellt haben, dass die Anzahl der BettlerInnen mit Behinderung im Vergleich zum letzten Jahr stark zugenommen hat.

Da die Behindertenhilfe in der Steiermark sehr gut organisiert wird, ist in unserem Bundesland kein Mensch mit Behinderung auf „Straßenbetteln“ angewiesen. Gott sei Dank ist hier unser Sozialsystem dahingehend entwickelt, dass Menschen mit besonderen Bedürfnissen keine „BittstellerInnen“ sind, sondern die notwendige Unterstützung als gesetzliche Leistung in Anspruch nehmen können.

Ich bin seit zirka 15 Jahren in der Behindertenhilfe tätig. In dieser Zeit hat es eine unheimlich starke und wichtige „Normalisierungs-Bewegung“ gegeben. Anhand der Bezeichnungen kann man auch den Fortschritt dieser Bewegung sehen und auch hören.

Vor 20 Jahren haben wir aus Mitleid mit Spenden „den armen Behinderten“ ein angenehmes Leben im Grünen bereitet. Vor 15 Jahren beschützten wir „die Schützlinge“ in eigenen speziellen Einrichtungen. Vor 10 Jahren haben wir „die behinderten Klienten“ betreut. Und seit 5 Jahren begleiten wir „Menschen mit Behinderung“ in ihrem selbstbestimmten Leben.

Selbstvertretungen haben Jahrzehnte darum gekämpft, dass Menschen mit Behinderung nicht auf ihre Beeinträchtigungen reduziert werden, sondern wirklich als selbstbestimmte Menschen in der Gesellschaft anerkannt werden.

Einige Behindertenverbände kritisieren, dass BettlerInnen mit Behinderung in der Innenstadt ganz bewusst ihre Beeinträchtigung in den Vordergrund stellen.

In der letzten Woche zählte ich bis zu sechs BettlerInnen mit Behinderung in der Herrengasse. Durch ein Gespräch mit einer Begleitperson einer Bettlerin mit Behinderung fand ich heraus, dass diese Gruppe aus Hostice beziehungsweise anliegender Dörfer stammt. Durch Schilderungen erfuhr ich über die dort praktizierte Behindertenhilfe und das geringe beziehungsweise schlecht entwickelte Leistungsangebot. Auch der Menschenrechtsbericht von Amnesty zeigt den Entwicklungsbedarf der Behindertenhilfe vor allem bei Minderheiten in der Slowakei auf. Wer sich die Arbeit im Vorfeld angetan hat, hat auch gesehen, einen habe ich beigehängt von 2004, da ist angeprangert worden, dass Menschen in Einrichtungen noch in Betten fixiert werden und der Bericht von 2007 hat gesagt, dass das noch immer stattfindet, also das sind wirklich bedenkliche Zustände.

Der Selbstvertretungsverein „Rollstuhlgerechtes Andritz“ ist an mich mit dem Anliegen herangetreten, für die aus der Slowakei stammenden BettlerInnen mit Behinderung eine Unterstützung hier im Gemeinderat einzufordern.

Einerseits könnte die einmalige Bereitstellung von Hilfsmitteln eine kurzfristige Unterstützung darstellen, andererseits soll auf das selbstbestimmte Betteln geachtet werden.

Die nachhaltige Unterstützung wäre durch ein Entwicklungsprojekt vor Ort in Hostice gegeben.

Vor allem über die EU organisiert und finanziert, könnten unsere Expertinnen und Experten ansässiger Trägervereine in Hostice ihr Know-how nachhaltig einbringen. Ich habe auch schon mit einigen Trägervereinen gesprochen, die sofort Bereitschaft signalisiert haben, also da gibt es eine große und breite Unterstützung.

Namens der im Gemeinderat vertretenen Fraktion von ÖVP und Grünen stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die für Soziales zuständige Stadträtin Elke Edlinger wird aufgefordert, gemeinsam mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Stadt einen runden Tisch mit Expertinnen und Experten aus dem Behindertenbereich, der Vinzenzgemeinschaft und Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen einzuberufen, um wie die im Motivenbericht geschilderten Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung von behinderten Menschen vor Ort in Hostice zu erarbeiten. Hier sollen vor allem auch alle finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten der Europäischen Union in Anspruch genommen werden.

Die Ergebnisse sollen spätestens in dem im Juli stattfindenden Sozialausschuss präsentiert werden. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

StRin. **Edlinger** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, lieber Kurt Hohensinner! Ich bin ja gerne bereit, und das ist ja schon fast in jeder Gemeinderatssitzung, dass ich Aufträge entgegennehmen kann, ich bin auch gerne bereit, grundsätzlich einen runden Tisch einzuberufen, aber ich mache dich jetzt einmal auf was Grundsätzliches aufmerksam. In der letzten Stadtregerungssitzung haben wir über die Umsätze von Beschlüssen, die hier im Gemeinderat getätigt werden, gesprochen, vor allem, wenn es darum geht, dass ein Projekt einzurichten ist, vorzubereiten ist, umzusetzen ist und da war es der Bürgermeister selbst, der angemerkt hat, es sind einfach die Ressourcen nicht mehr da, es sind 47 Projekte, die in der Stadt laufen und der Bürgermeister selbst, und ich zitiere ihn hier sinngemäß, hat gesagt: Es ist einfach unmöglich, hier neue Projekte wieder aufzusetzen, bevor nicht bestehende aufgearbeitet sind (*Applaus SPÖ*). Und jetzt darf ich dir, ich weiß nicht, ob du die letzte Sitzung des Beirates für Behindertenfragen schon verlassen hast, darf ich hier kurz erzählen, was unsere Personalsituation ist. Zum Beispiel im Referat für Behindertenhilfe. Hier haben sich die Antragszahlen in der Zeit von 2003 bis auf 2008 von 2000 Anträgen 2003 auf 5000 Anträge im Jahr 2008 erhöht und das bei gleich gebliebenem Personalstand und glauben Sie mir, die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen sind einfach nicht mehr am Limit, sondern längst über dem Limit, wir haben alle Hände voll zu tun, um einfach

darauf zu achten, dass uns Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht längerfristig aus Gesundheitsgründen ausfallen, weil einfach die Arbeitsbelastung dermaßen groß ist.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Die sind ja gar nicht gefragt.

StRin. **Edlinger:** Und Tatsache ist, und jetzt komme ich ein bisschen auf diese zweischneidige Geschichte, wie ihr hier vorgeht, wir sehen natürlich, dass das Problem dringlich ist, auch unsere Linie ist, dass wir nicht wollen, dass Menschen betteln müssen. Nur Tatsache ist, dass wir wirklich elementar etwas voranbringen können vor Ort, da braucht es einfach ein sehr intensives Vorgehen, da reicht es nicht einmal, quasi in Brüssel anzurufen, sondern da braucht es ein kontinuierliches, intensives, ich möchte fast sagen, jahrelanges Vorgehen, Einsatz, Engagement, Lobbying, damit wir hier etwas bewegen können. Ich sehe im Moment einfach innerhalb des Amtes die Ressourcen nicht, dass wir das leisten können, weil man muss auch eines sagen, wenn wir Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen aus bestehenden Aufgaben abziehen, dann heißt das zum Beispiel für Menschen mit Behinderung aus Graz, dass sie länger auf Beschiede warten müssen und da geht es nicht nur um die Zustellung eines Papiers, sondern da geht es darum, welche Hilfeleistung einfach Grazer/Grazerinnen in Anspruch nehmen können und hier sehe ich, ehrlich gesagt, und ich halte es für gut, wenn wir das hier offen aussprechen und ansprechen, weil es geht ja darum, Lösungen auch zu finden, die wirklich helfen, aber ich sehe jetzt, was die personellen Ressourcen anlangt, hier keine Möglichkeiten. Der andere Aspekt ist, du hast es natürlich angesprochen, wir sollen vor allem EU-Mittel lukrieren, auch du weißt, was es für ein Aufwand, ist überhaupt an EU-Mittel ranzukommen und dass im Regelfall EU-Mittel dann fließen, wenn es nationale Co-Finanzierungsmittel gibt. Jetzt kann es sein, dass du meinst, dass über Hostice nationale Co-Finanzierungsmittel organisiert werden, ich sehe bei uns im Amt, in meinem Ressort die Möglichkeiten für nationale, lokale Co-Finanzierungsmitteln leider nicht, wie wohl ich natürlich auch möchte, dass den Menschen, die hier betroffen sind und hier betteln müssen, geholfen wird. Aber ich bitte dich, tun wir

nicht an Scheinlösungen arbeiten, damit wir nach außen hin verkaufen oder kommunizieren können, wir tun eh was. Ich weiß, dass ihr ein Problem habt, der Herr Bürgermeister hat für euch im Wahlkampf verlautet, ihr wollt das Betteln verbieten, jetzt ist aber mit eurem Koalitionspartner auch nicht umsetzbar, jetzt müsst ihr halt andere Aktivitäten vorzeigen, dass ihr eh was tut, um den Menschen zu helfen, deswegen zur Dringlichkeit ja, aber nein unsererseits und ein Nein von meiner Fraktion zu der von dir vorgeschlagenen Vorgangsweise inhaltlich (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat! Wenn Heuchlertum einen Namen hat, dann wird es in diesem Antrag sichtbar. Bin förmlich verzückt, dass nach drei Jahren der Untätigkeit gerade in diesem Bereich so irgendwo zwischen Tür und Angel der dringliche Antrag zur Weitergabe der heißen Kartoffel entwickelt wird, wo man jetzt quasi der Sozialstadträtin es umhängen will und sagen will, also jetzt wird sie in Zukunft die Bettlerproblematik in Graz irgendwie in den Griff bekommen. Das was offenbar die wenigsten begreifen, aber was jetzt auch durch diesen Antrag, der ja aus populistischer und profilierungsneurotischer Sucht entstanden ist, aber dennoch Faktum ist, ist...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz**: Aber wenigstens im Gegensatz zu Ihnen bin ich Weltmeister dabei, aber redet halt einmal der Meister mit dem Lehrling darüber, aber gut. Um was es mir bei dieser gesamten Geschichte aber wirklich geht ist, dass wir es in Graz zulassen, dass behinderte, kranke Menschen Bestandteil eines eigenen Gewerbes geworden sind. Dem Gewerbe der sogenannten Zur-Schau-Stellung des Leids für kommerzielle Zwecke. Auch heute wieder Mütter mit Kindern, zwei-, drei-, einjährigen Kindern im Arm, um den Körper gebunden, die lethargisch am Körper der Mutter wegbaumeln, aber den ganzen Tag mit unterwegs sein müssen, denen man die Jugend raubt,

denen man die Kindheit raubt, aber dann erhalten müssen, wenn hier in Graz ein Gewerbe entsteht, ein Gewerbe der organisierte Bettelkriminalität, der organisierten Bettelerei vollzogen wird. Und da sind jetzt nicht nur die Mütter mit Kindern, ja, das sagen wir schon seit drei Jahren, es sind Menschen mit Behinderung, es sind Menschen, die in jedem zivilisierten Land dieser Erde, in jedem zivilisierten Land Europas Pflegestufen bekommen würden. Die Dame, die uns am meisten bekannt ist, mit schweren motorischen Störungen am Boden kauert, hätte laut Auskunft von begutachteten Ärzten den Anspruch, wenn alles, auch bei Untersuchungen sich bestätigt, was sich hier augenscheinlich vollzieht, auf Pflegestufe 4. Und wir lassen sie dort sitzen, das ist die Kulturhauptstadt, die Kulturhauptstadt Graz mit der Kultur und der Ethik gegenüber Menschen. Da gibt es ganze Fraktionen im Gemeinderat, die quasi eine Wirtschaftskammerinnung für diese Dame errichten wollen, dass ihr Leid weiterhin unterstützt wird, anstatt dass wir endlich erkennen, auch als Gesellschaft, was hier passiert. Der UNICEF-Bericht, und ich sage es zum fünften Mal seit dem Jahr 2007, und die UNICEF ist nicht das BZÖ und die UNICEF ist nicht subjektiv, und die UNICEF arbeitet nicht gefälscht und sie ist nicht parteipolitisch und ideologisch motiviert, wie einige andere hier in diesem Raum. Die UNICEF stellt objektiv fest: Österreich macht sich des Kinder- und Menschenhandels schuldig. Seit 2007...

Zwischenruf GRin. Binder: Nein, das steht da nicht drinnen, das stimmt nicht.

GR. Grosz: Was für einen Bericht haben Sie denn?

Zwischenruf GRin. Binder: Den Bericht 2007-2009.

GR. **Grosz**: Sehr schön, den haben Sie, zeigen Sie mir den her, nicht zitieren Sie ihn vielleicht da heraußen, nein, schauen Sie, Frau Gemeinderätin, ich habe einen Bericht zwischen 2007 und 2009, wissen Sie von was ich da rede, ich rede vom UNICEF-Bericht, der 2007 herausgekommen ist, das ist kein Bereichsbericht, kein temporärer über drei Jahre, der hat 2007 das erste Mal festgestellt und stellt das jetzt jährlich wieder fest, Österreich macht sich schuldig des Kinderhandels. Fragen Sie ihre Freunde bei amnesty international, sie werden es Ihnen sagen, sie schreiben es in ihren Berichten auch. Menschenhandel, Kinderhandel, vor allem Großstädte.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Zur Dringlichkeit.

GR. **Grosz**: ...und daher ist es auch eine Frage der Ethik und der Würde, was dieser Gemeinderat hier aufführt. Aufführt in seinem Stillstand, in seiner Winkelschreiberei der Parteiideologie, dass man nicht in der Lage ist, ein für alle Mal...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Zur Dringlichkeit, Herr Gemeinderat.

GR. **Grosz**: Es ist die Dringlichkeit, Bettlerkriminalität, und wie wir behinderte Menschen hier von der Straße wegbekommen. Und daher ist es dringlich und es ist dringlich, dass wir heute hier endlich Maßnahmen setzen.

Zwischenruf GRin. Binder: Zitieren Sie Ihre Quellen.

GR. **Grosz**: Ja, brauchen wir ja nicht zitieren. Nein, Frau Gemeinderätin, gehen Sie einmal für ihren Gehalt auf die Straße und reden Sie mit Menschen in dieser Stadt, sehen Sie nicht Politik mit Händeschütteln und Unterschriften und Anträgen austeilten. Gehen Sie in der Stadt und Sie werden sehen, die Problematik existiert in Graz und wir kennen die Problematik und noch schlimmer, wir stolpern jeden Tag über diese Problematik, über dieses Menschenleid, was wir hier...

Zwischenruf GR. Baumann: Wo steht das?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat...

GR. **Grosz**: Ja, ich ersuche sie wirklich einmal, dass Sie in Ihrer Fraktion einmal Ruhe schaffen.

GR. Hagenauer: Er bezieht sich auf ein Zitat und dann verweigert er es.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Gibt es eine Möglichkeit, Ihr Zitat vorzutragen, auf das Sie sich berufen?

GR. **Grosz**: Das ist der UNICEF-Bericht 2007, laden Sie ihn herunter, www.verereintenationen.org oder UN.org und daher sind wir der Meinung, dass dieses Problem, dass hier der Antrag des Gemeinderates Hohensinner oder in diesem

Antrag peripher gestreift wird, nur mit einem Bettelverbot in den Griff zu bekommen ist. Daher bringen wir folgenden Zusatzantrag ein: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelei, zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Mai 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen, ersten. zweitens: Ich werde jetzt kurz nach dieser Diskussion, und ich glaube, es wird kein Problem sein, mich in die Jungferngasse in mein Büro bewegen, hole selbstverständlich für Sie den Bericht. Wir haben noch eine Diskussion, nämlich zu meinen Dringlichen und dann werden wir den Bericht gemeinsam studieren. Sind Sie dann aber auch dazu bereit, dass Sie meinem Antrag gegen Menschen- und Kinderhandel in Graz Folge leisten, das ist dann die Gegenfrage. Weil das muss dann schon sein. Also wenn Ihnen die Vereinten Nationen bestätigen, dass das der Fall ist in Wien und Graz, Menschenhandel, dann müssten Sie ja mitgehen oder Sie bekommen was dafür. Sage ich immer, in der Politik ist das immer eine Frage von Geben und Nehmen, was bekommen Sie dafür, man muss ja einen Nutzen haben von allem, dann werden Sie mir das erklären müssen. Ich danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat, folgende Information. Sie haben jetzt zur Dringlichkeit des vorliegenden Antrages gesprochen, ein Zusatzantrag geht nur bei der Diskussion des Antrages laut Geschäftsordnung.

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir führen heute die x-te Debatte über Bettelei und es ist leider wirklich dringlich, man merkt es tagtäglich, es ist sogar so dringlich, dass, wenn man heute, und ich habe heute vorhin einen Anruf bekommen, dass sogar bereits im Eingang des Rathauses gebettelt wird und dass hier Bettler von ihren Handlangern auch das Geld abgeknöpft bekommen. Also soweit sind wir schon und ich glaube, aus diesem Grund heraus ist es wirklich ein

mehr als akutes Thema, das wir hier heute besprechen. Aber es ist positiv, dass die ÖVP sich zumindest minimal bewegt und sogar hier Unterstützung erfährt von den Grünen. Langsam werden sie auf die unerträglichen, mittlerweile unerträglichen, Zustände hier in dieser Stadt aufmerksam und erinnern Sie sich auch an ihr gebrochenes Wahlversprechen. Und ich hoffe auch, dass Ihnen die Augen jetzt langsam geöffnet werden, denn Sie trauen sich nicht, auch mutigere Entscheidungen zu treffen, sondern machen hier wieder nur eine Alibiaktion und das ist es, und es wird hier herumfiletiert und ich glaube, es kann nicht darum gehen, hier jetzt extra Kinderbetteln zu verbieten, extra Behinderte im Bettelwesen zu verbieten, sondern nein, es muss ein generelles Bettelverbot in dieser Stadt her, nur so können wir diese Missstände auch in Graz endgültig lösen. Diese Aktion heute ist durchschaubar, es ist zu durchblicken, um was es Ihnen hier geht, es ist ganz klar, Sie sind argumentationstechnisch gegenüber den Bürgern, gegenüber den Wählern wirklich in Notstand und Ihnen steht hier das Wasser bis zum Hals (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Ich mache es der Geschäftsordnung entsprechend kurz. Zu diesem Antrag stelle ich folgende Zusatzantrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelerei zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Mai 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.

GR. Mag. **Kowald**: Geschätzte Damen und Herren, sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, liebe hohe Gemeinderäte! Es ist selten so, dass ich emotionell werde, aber mich reißt es, wenn ich an dieses Thema denke. Ich danke

vor allem dem Kollegen Kurt Hohensinner, der dieses Thema aufgegriffen hat. Es ist so, denken Sie an Österreich zurück, manche von Ihnen werden sich daran erinnern, bis zum Jahr 1983 war das Wort Menschen mit Behinderungen in der österreichischen Legistik fremd. Im Sachwalterschaftsrecht 1983 ist das Wort Behinderung erstmals aufgegriffen worden. Zuvor sprach man generell von Schwachsinnigen und Leuten, die geistig nicht ganz auf der Höhe waren. Man hat nie einen Unterschied gemacht zwischen geistiger Behinderung, zwischen körperlicher Behinderung, zwischen Kriegsinvalidität, zwischen Zivilinvaliden, das hat man nicht gemacht. Es war auch so, ich erinnere sie an andere Dinge, was ich sehr genau weiß, weil ich in diesem Bereich viele Jahre verbracht habe. Zwischen 1945 und 1955 bis zu unserem Staatsvertrag standen in der ganzen Herrengasse entlang Kriegsblinde, da hat es tausende gegeben, die haben im Krieg ihr Augenlicht verloren, die standen dort und mussten betteln, die mussten betteln 1955 oder 1956 Mai 1956, das genaue Datum ist mir fremd, entweder war es der 21. oder 26. Mai ist im steirischen Landtag die Blindenbeihilfe beschlossen worden, auch von unserer ÖVP, ich bin nicht umsonst bei unserer Fraktion seit Kindheit an. Und von der KPÖ, muss ich in dem Fall positiv anrechnen. Es ist so, seit diesem Zeitpunkt bekommen die Blinden erst einmal ein Geld und eine Unterstützung und ich finde es absolut menschenwürdig, diskriminierend und verachtend, dass man mit einer Behinderung betteln muss; in Österreich ist das schon lange so, dass unsere Gesetze so sind, dass wir Unterstützung bekommen über das Bundessozialamt, über das Landesbehindertengesetz, über die Bezirkshauptmannschaft, über die Ministerien und, und, und, die Unterstützung passt in Österreich. Wir haben nach wie vor ein relativ gutes Behindertengesetz, mein Kompliment an die rote Fraktion, wenn ich daran denke, das Behindertengesetz in Oberösterreich vom Landesrat Ackerl ist eine Katastrophe, aber es ist erst im Entwurf. In der steirischen Behindertenlandschaft kursiert jetzt eine Novelle des Behindertengesetzes, bin ich auch noch nicht ganz zufrieden, aber das steirische Landesbehindertengesetz passt grundsätzlich. Es darf nicht sein, dass man auf diese Art und Weise die Würde von Menschen mit Behinderungen verachtet, runterzieht, die Menschen für deppert verkauft, das darf es nicht mehr geben. Wir haben Europawahl, also das europäische Parlament wird gewählt am 7. Juni und es ist so, das europäische Parlament muss tätig werden, ich habe auch nicht die Wortmeldung der SPÖ am Anfang verstanden, da wurde aufgezählt der Arbeitsaufwand des Sozialamtes, das weiß ich, der Arbeitsaufwand ist

enorm, aber für das Sozialamt kommt keine zusätzliche Arbeit durch eine Expertenrunde, es muss so sein, dass diese Expertenrunde die Europaparlamentarier, die im Europaparlament sitzen wollen, aus unserer Steiermark gewinnen muss und diese Europaparlamentarier können dann nur Leute gewinnen aus anderen Fraktionen und aus den Nachbarstaaten, nur dann kann bei diesem Problem ein Ausweg gefunden werden. Es ist aber so, wir müssen daran arbeiten und ich warne alle, Menschen mit Behinderungen, sich davon infizieren zu lassen und muss es wirklich so sagen oder diesen Leuten eine Spende zu geben, ich kann ihnen sagen, in vielen Staaten dieser Welt werden Kinder, Kleinstkinder, mir tut das Herz weh, verstümmelt, die Finger abgeschnitten und, und, und, damit sie in der Bettelei mehr bringen. Zigeunerstämme und, und, und suchen Menschen mit Behinderungen per Inserat, damit diese betteln können, damit sie mehr bekommen. Diese Bettler bekommen aber dieses Geld nicht, sie bekommen einen geringen Ansatz, der Rest geht an irgendeine Organisation und wird für weiß Gott was verwendet. Bitte, sprechen wir dieses Thema offen an, ich bin grundsätzlich nicht gegen Bettelei, das möge man nicht falsch verstehen, aber mir geht es gegen eine menschenverachtende, menschenunwürdige Diskriminierung, das ist einfach eine Verachtung, das darf in der heutigen Zeit nicht mehr passieren. Danke (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Lieber Herr Gemeinderat Kowald, Sie haben es angesprochen. Die, die Lobbying machen müssen, dafür sind unsere Mitglieder zum europäischen Parlament unter anderem, da brauchen wir aber nicht einen dringlichen Antrag, da können wir uns zusammensetzen, jede Fraktion hat Europaparlamentarier/-parlamentarierinnen, die wir hier auf den Weg bringen können. Ich habe auch eingangs gesagt, ich bin gerne bereit, eine Experten-/Expertinnenrunde einzurichten, ich bin nur davon ausgegangen, dass es der ÖVP hier wirklich um Lösungen und Hilfe für die Entwicklung der Behindertenhilfe vor Ort geht und da war meine Ausführungen die, das reicht dann nicht, eine Expertenrunde am runden Tisch einmal einzurichten und dann reden wir einmal kurz drüber und ein paar schicken ein Schreiben nach Brüssel und das war es, sondern hier wirklich Unterstützungen zu leisten, das ist viel, viel Arbeit und da habe ich einfach auf die Ressourcen, wie sie im

Amt gegeben sind, hingewiesen und ganz offen gesagt, dass ich die Möglichkeiten nicht sehe seitens der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Amt, diese intensive Arbeit zu leisten, sodass wir in Jahren, weil Sie selbst haben ja auch dargelegt, wie jahrzehntelang es notwendig war, bis die Entwicklungen in der Steiermark dermaßen weitergegangen sind, dass wir ein halbwegs befriedigende Situation im Behindertenhilfebereich haben. Das heißt, da braucht es ganz, ganz viel Einsatz, ganz viel Zeit, ganz viel Engagement, noch einmal, und diese Ressourcen sehe ich einfach nicht und vielleicht noch eine Ergänzung. Eines wundert mich schon, aber ich bin ja gerne bereit, da auch auszuhelfen, ich meine, für internationale Beziehungen bin derweilen noch nicht ich, sondern schon noch der Bürgermeister zuständig, aber ich verstehe es, jetzt hat er noch ein umfassendes, sagen wir so, Aufgabengebiet dazugenommen, wahrscheinlich sieht er sich da nicht in der Lage, hier auch seine Kontakte miteinzubringen, deswegen ist er da auch nicht dezidiert angesprochen als Zuständiger für internationale Beziehungen, ich bin gerne bereit, da auch auszuhelfen, ich stehe nicht an, auch alleine diese Experten-/Expertinnenrunde einzuberufen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Also diese Diskussion ist mir sehr vertraut, wir haben sehr oft schon und sehr intensiv und sehr eingehend und auch sehr sachlich diskutiert, wenngleich dieses Thema auch immer wieder Emotionen hervorruft. Also, wir stehen auf diesem gemeinsamen Antrag oben unsere, die grüne, Intention ist keinesfalls und wird es auch nie sein, eine Intention, die in Richtung Bettelverbot geht, das möchte ich hier eindeutig einmal klarstellen. Wer immer auch daran denkt, auch vielleicht, keine Ahnung, von Seiten der ÖVP, mit uns wird es das überhaupt nicht spielen. Der Antrag, der hier vorliegt, atmet einen anderen Geist, nämlich jenen zu schauen, was kann vor Ort, dort, wo die Menschen leben, woher die Menschen kommen, initiiert und getan werden, um ihnen eine Betteln zu verbieten und ich sage Ihnen noch etwas, mir persönlich ist es in keiner Weise wichtig, ob jemand, der auf der Straße sitzt und bettelt, eine Behinderung hat oder keine Behinderung hat, die Frage ist, warum betteln sie und ständig diese Unterstellungen, es gäbe hier in Graz eine organisierte Bettelkriminalität, die ist x-Mal in unserem Gemeinderat schon widerlegt worden, x-mal hat es auch Fragen an die Polizei gegeben, es gibt hier diese

herbeigeredete Kriminalität nicht. Nächster Punkt: runder Tisch. Wir haben in der vorigen Gemeinderatsperiode eben auch auf Grund dieser Diskussionen sehr erfolgreiche runde Tische gehabt, damals organisiert vom Pfarrer Pucher, wo Experten/Expertinnen eingeladen waren, aber auch von allen Fraktionen, die im Gemeinderat vertreten waren, waren Vertreterinnen/Vertreter dabei. Hier wurde sehr qualitativ nachgeprüft und nachgeschaut, was ist eine sinnvolle Hilfe. Mittlerweile gibt es Projekte vor Ort in Hostice und in der Umgebung und genau da stößt auch dieser Antrag hinein und es kommt eine zusätzliche Dimension hinzu, nämlich die der EU. In der EU gibt es einen Schwerpunktördertopf Roma, wenn wir schon davon ausgehen, dass viele der hier bettelnden Menschen aus dieser Volksgruppe kommen. Hier auch kompetent nachzuschauen und ich weiß, dass Herr Ferik den Auftrag hat, schwerpunktmäßig diese Projekte mit Hostice zu organisieren, zu koordinieren, dass hier ein Auftrag gegeben wird, auch nachzuschauen, in welcher Form stehen für diese Volksgruppe, für diese Menschen Förderungen auf EU-Ebene zur Verfügung und das ist wohl ein, würde ich meine, sehr positiver Auftrag, dass wir sagen, ok, machen wir so einen runden Tisch und schauen wir, wie wir hier helfen können, Bettelverbot nein.

Zwischenruf GR. Grosz: Menschenhandel ja!

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics:** Gerald, es geht tatsächlich um einen differenzierten Zugang eben, ob es jenseits von ganz verboten und ganz erlaubt irgendwas gibt, wo man doch Grenzen aufzeigen muss, die wir sehr wohl ja im Gesetz auch formuliert haben. Eine Grenze, also wenn eine Frau mit Kind bettelt, ist das verboten. Gerald, was passiert nicht alles in Graz, ist auch verboten, einen Kaugummi auf die Straße zu spucken und wenn du in der Stadt gehst, ist alles... es passiert. Faktum ist, es ist verboten.

Die Frage ist, und es gibt ja ganz klare, wir sind nicht umsonst Stadt der Menschenrechte und wir haben auch in der Städtekoalition gegen Rassismus, in der große Städte wie Stockholm, wie Barcelona, Madrid, auch zum Teil Städte aus Osten wie St. Petersburg dabei sind, wir haben im vergangenen September als Stadt Graz eingebracht, dass dieses Thema Roma unter diesen 105 Städten, die dort dabei sind, einmal diskutiert wird, und was kann man gemeinsam machen und es hat auch, genau deshalb, weil wir diese Diskussion über Bettelverbot oder welche Maßnahmen sind noch notwendig, wie die Sigi Binder schon gesagt hat, Tische gegeben, wo das Welthaus dabei war, wo der Wolfgang Pucher mit seinen Aktivitäten dabei war, es hat immer wieder auch Austausch gegeben, es war die Waltraud Klasnic in Brüssel, es war der Walter Ferk in Brüssel zu diesen Themen, also es ist nicht so, dass man nicht versucht, es auf die europäische Ebene zu bringen und es geht in dem Fall nicht einmal um Bettler und Bettlerinnen aus Hostice, sondern es geht in dem Fall aus dem serbischen-bulgarischen Raum, wenn man konkret von Menschen mit Behinderung reden beziehungsweise im rumänischen Raum um die Frage und warum das der Kurt Hohensinner heute aufgegriffen hat ist, wir haben die Regelung bezüglich der Kinder ja deshalb im Landesgesetz drinnen, weil Kinderrechte besonders schützenswert sind, und was der Mario Kowald jetzt auch erklärt hat ist, dass es ein langer Weg war in den letzten 50 Jahren, dass Menschen mit Behinderung einen anderen Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen haben als die Hascherl, die betteln müssen und genau deshalb ist diese Form besonders gefährlich, weil sie uns wieder in eine Richtung bringt, die gerade jene, die es sowieso schwer haben, belastet und das ist der Auftrag, liebe Elke Edlinger, es geht nicht darum, du brauchst nichts Neues erfinden, ganz im Gegenteil, es gibt in der Stadt Graz jemand, der sich bemüht um eine Koalition in diese Richtung, den du vielleicht kennst, der heißt Walter Ferk, der bemüht ist, dass wir im Bereich der Städte, die unsere Partnerstädte sind, Pecs und Maribor, die beide durchaus Erfahrung haben, auch in der Integration in Pecs darf ich noch einmal daran erinnern ist das einzige Roma-Gymnasium in der Europäischen Union, also die haben durchaus Vorzeigeprojekte, wir bemühen uns, mit diesen beiden Partnerstädten auch in Hostice etwas zu bewegen und da eine Koalition zustande zu bringen, die gefördert die Projekte, die wir dann einreichen, dort zur Verbesserung der Situation beitragen. Also insofern geht es darum, wie kann ich, du bist für das Behindertenreferat zuständig, wie schaut das besonders aus dieser speziellen Sicht

der Menschen mit Behinderung aus, dass wir da auch Schutzmechanismen uns überlegen, dass es nicht zu einem Rückfall kommt, der genau die Menschen trifft, die das jeden Tag sehen und sagen, ja das haben wir eigentlich, jetzt bemühen wir uns seit Jahren, das zu überwinden, haben Anspruch auf Sozialhilfe, gibt es da besondere Abkommen innerhalb der EU, um das zu verhindern, das sich einmal anzuschauen, du brauchst nicht neu erfinden, du brauchst nicht die Auslandsbeziehungen neu erfinden, das ist alles im Laufen, es geht nur darum, dass man es genau aus dieser spezifischen Sicht dieses Thema noch einmal beleuchtet und dann durchaus auch in Kooperation mit Leuten, die da tätig sind, weiter arbeitet. Wir wollen, dass nach Möglichkeit Betteln nicht notwendig ist, nicht notwendig ist und dass das auch bewusst wird den Menschen, die etwas in den Topf hineinwerfen, dass es nicht notwendig ist, weil wir viel tun, dass die Roma in dieser Gesellschaft, in dieser europäischen, ihren Platz finden. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Diskussion jetzt genau verfolgt, auch das Herzblut, das der Thomas Rajakovics da hineingelegt hat, und vor allem auch die Ausführungen der Sigi Binder, die das Ganze ja differenziert dargestellt hat und wie wichtig es ist, dass es zu einem runden Tisch kommt und dass alle zusammengerufen werden. Wenn es euch so wichtig ist, und ich gehe auch davon aus, dass es wichtig ist, weil ich bin damals in den Gesprächen und bin auch laufend in der Vinzenzpfarre beteiligt und war damals mit in Hostice, ich mache seit 15 Jahren Nachtdienst im Vinziness, ich kenne die Problematik auch sehr, sehr genau. Wenn es euch, ich habe den Worten der Sigi das entnommen und dem Thomas auch, wenn es euch so wichtig ist und es kann uns genauso wichtig sein, deswegen mache ich folgenden Abänderungsantrag, dass man das nicht nur in Richtung eines Stadtsenatsmitgliedes verteilt und die Aufgaben verteilt, dann würde ich die Koordinierungskompetenz des Bürgermeisters aufrufen, zur Chefsache zu machen. Wenn es eine Chefsache gibt, dann ist es diese, wenn man es gemeinsam angehen wollen, dann würde ich den Abänderungsantrag stellen, dass der Bürgermeister in seiner Koordinierungsaufgabe diese Koordinierungsarbeit übernimmt, den runden Tisch einberuft, von mir aus auch gemeinsam mit unseren Stadtsenatsmitglied und auch gemeinsam mit der EU-

Ebene, wenn es diese Töpfe gibt und die Frau Ranner kandidiert, der Herr Leichtfried kandidiert bei uns, dann ist es wichtig, dass es von der Chefebene abgehandelt wird, weil das kann nicht sozusagen wieder von einem Stadtsenatsmitglied abgehandelt werden allein, dann mache ich die Abänderung, wenn es uns gemeinsam so wichtig ist, und es ist uns gemeinsam so wichtig, dann würde ich bitten, dass die Fraktionen von ÖVP und Grün sich überlegen, ob sie diese gemeinsame Aufgabe auch gemeinsam tragen und nicht nur in Richtung der zuständigen Ressortverantwortlichen diesen Abänderungsantrag stelle ich. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Liebe ÖVP-Fraktion, lieber Thomas Rajakovics! Ich weiß nicht, ob du euren eigenen Antrag gelesen hast, jetzt heraußen hast du argumentiert, es geht nicht darum, international tätig zu werden, es geht nicht darum, EU-Mittel anzuzapfen, weil das ist eh alles schon im Laufen. Ich weiß nicht, vielleicht hast du einen anderen Antragstext; auf dem Exemplar, das uns übermittelt wurde, steht aber genau das drinnen. Ich habe ja schon längst gesagt, ich sehe eh ein, dass der zuständige Referent für internationale Beziehungen nicht die Zeit dazu hat und ich bin eh bereit, eine Experten/Expertinnenrunde einzuberufen. Aber hier geht es ganz konkret um Maßnahmenentwicklung zur Unterstützung der Personen, der Menschen, der Betroffenen vor Ort. Ich bin gerne bereit, mir darüber mit Experten/Expertinnen Gedanken zu machen, ich bin nur nicht bereit, Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Amtes hier abzuziehen von bestehenden Tätigkeiten, weil hier einfach Grazer/Grazerinnen dann länger warten müssten, bis sie ihre wichtigen Bescheide erhalten. Und eines, ich habe da sehr genau zugehört, irgendwo muss sich jetzt dann die schwarz/grüne Koalition klar werden, du hast gesagt, es geht einzig und allein darum, Maßnahmen zu überlegen, wie wir hier bei uns verhindern können, dass die Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung wieder dahingehend ist, dass sie als solche wahrgenommen werden, die in der Öffentlichkeit betteln. Dann sage ich dir eines, die einzige Maßnahme, die das verhindern kann, ist dass Betteln für Menschen mit Behinderung verboten wird, die Rednerin vor dir war die ehemalige Klubobfrau Sigi Binder, die euch erklärt hat, ein Bettelverbot wird es mit den Grünen nicht geben, tut euch bitte zuerst vorher intern ausdiskutieren, dann einigt euch, was

ihr in einen Antragstext hineinschreibt, dann lese ihn bitte auch durch, nämlich das Exemplar, das dann abgegeben wird und dann reden wir konkret über das, was vorliegt und nicht über irgendwas, was angeblich an der Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung durch Maßnahmen vor Ort, wo ich einfach dazusage, dass ist eine jahrelange Aufbauarbeit, da werden weder morgen noch nächste Woche, noch im nächsten Jahr dann weniger Menschen mit Behinderung deswegen in Graz betteln. Aber das wollt ihr offensichtlich nicht aussprechen, ihr wollt Scheinlösungen anbieten, und da sage ich, das halten wir nicht für die geeigneten Schritte und die geeigneten Maßnahmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Entschuldigung, liebe Elke Edlinger, also ich habe den Antrag sehr wohl durchgelesen und in dem ganzen Antrag geht es um ein spezifisches Thema im Zusammenhang mit Betteln und Behinderung. Und zuständig für die Behinderten und zuständig in diesem Bereich ist, soweit ich weiß aus dieser Geschäftseinteilung, da haben wir heute gar nichts verändert, noch immer die Elke Edlinger und wenn wir bitten, dass du zu diesem konkreten Bereich uns einmal sagst, was Sache ist, weil jetzt generell und im Kontakt mit dem Welthaus und dem Pfarrer Pucher ein Koordinator eh da ist, und es geht um einen ganz spezifischen Bereich, der aus Sicht auch der behinderten Menschen in Österreich oder vor allem in Graz problematisch ist. Das ist ja nichts Unanständiges, wenn man sagt, genau zu dem Bereich ein Reden und das ist der Antrag und ich habe den sehr wohl durchgelesen. Ich würde dich wirklich bitten, nicht immer so zu tun, du bist zuständig in dem Fall und deshalb ist er an dich gerichtet und sonst an niemand anderen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, jetzt verstehe ich eines nicht, wenn die Emotionen da so hochgehen. Alle sind sich einig, dass bei diesem Thema etwas geschehen soll. Alle sind sich einig, dass es ein ressortübergreifendes Thema ist, aus einem ganz einfachen Grund, sobald etwas nicht in dieser Stadt geschieht, sobald etwas über den Grenzen unseres Landes passieren soll, gibt es einen Vertreter, der diese Agenden wahrzunehmen hat in der Stadtregierung, und das ist der Bürgermeister.

Als ich vor kurzem eine chinesische Delegation, die sich bei mir persönlich angemeldet hat, empfangen habe und dem Bürgermeister um ein Gastpräsent gebeten habe, selbstverständlich ihn auch erwähnt habe und mich bedankt habe, hat der zuständige Sekretär zu Recht mich darauf hingewiesen, dass die Außenkontakte der Stadt immer noch der Bürgermeister wahrnimmt und es daher im Vorhinein mit ihm zu koordinieren ist. Ich habe darauf zurückgeschrieben, selbstverständlich. Also, wenn es um das fesche sich Präsentieren geht, möchte der Bürgermeister dabei sein, gerne, seine Zuständigkeit. Wenn es dann darum geht, ein Projekt hier in Graz, auch außerhalb von Graz zu machen, na selbstverständlich wird die Sozialstadträtin dabei sein, aber es ist die Aufgabe des Bürgermeisters, die Vertretung nach außen zu machen. Als es um die Nudeldruckermaschinen in Hostice gegangen ist, war er ja auch dabei und hat es sogar im Wahlkampf noch verkaufen wollen. Auf einmal will man davon nichts wissen, das verstehen wir einfach nicht und so wie ich den Bürgermeister kennengelernt habe, in seinen Stärken und in seinen Schwächen, möchte ich sagen, zu seinen Stärken zählt, dass er genau diese Koordinationsfunktion sehr, sehr gerne in der Vergangenheit wahrgenommen hat. Jetzt kommt aber noch etwas anderes dazu, das was impliziert wird mit diesem Antrag ist, er wird Geld kosten, wenn man es ernst nimmt, er wird Personal kosten, wenn man es ernst nimmt. Bis zum heutigen Tag war ja der Bürgermeister für das Personal noch zuständig, hat er abgegeben, ist vielleicht nicht mehr so wichtig oder ist doch noch wichtig, jedenfalls gehe ich davon aus, dass in dem Fall dann auch der Finanzreferent und der neue Personalreferent dabei sein sollten, weil eines ist schon klar, dass wir uns gegenseitig die Bummerl hin- und herschieben, ihr besonders gerne zu uns, nachdem ihr ja eine gloriose Mehrheit in diesem Hause habt und sagt, bitte macht die Arbeit und die Arbeit und diese Aufgabe und jenes wäre auch noch recht schön, aber das Personal und das Geld geben wir euch nicht dafür, dann halte ich das einfach für eine Chuzpe und das ist eine unglaubliche Unverschämtheit jenen Menschen gegenüber, denen in Wirklichkeit geholfen werden sollte (*Applaus SPÖ*). Nachdem ich aber mir das nicht vorstellen kann, dass man eine solche Chuzpe in einer christlich-sozialen Partei aufbringt, meine ich, das kann doch nur ein Missverständnis gewesen sein. Also, lieber Siegfried, lieber Herr Bürgermeister Nagl, es wird doch möglich sein, einmal einen solchen Tisch einzuladen, die Kollegin Edlinger wird sich beteiligen, wenn ich als Gesundheitsstadtrat gefragt werden sollte, werde ich mich auch beteiligen, ich könnte ja vielleicht auch den einen oder anderen

Aspekt dazu beitragen, wir werden es also gemeinsam schaffen unter diesen Umständen und dann wird das nicht einfach eine, wie soll ich sagen, halt so eine Geschichte, die man als Lobbyist irgendeiner Gruppe verkaufen möchte, sondern dann wird das Problem dieser Menschen tatsächlich ernst genommen. Das halte ich für notwendig, das halte ich für gescheit und dafür gibt es bei uns einen Schulterschluss. Für eine relativ durchsichtige Politpropaganda stehen wir nicht zur Verfügung (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt möchte ich mich ganz gerne melden, ich bin ja plötzlich schon wieder drinnen im Wahlkampf mit Nudelmaschinen und ich weiß nicht was alles, das ich verkaufen will und ich bitte nur noch einmal alle Gemeinderatsmitglieder und vor allem alle Stadtsenatsmitglieder, den dringlichen Antragstext zu lesen. Da steht nämlich drinnen, dass die für Soziales zuständige Stadträtin Edlinger aufgefordert wird, gemeinsam mit den Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Stadt Graz also vor Ort einen runden Tisch mit ExpertInnen aus dem Behindertenbereich, vor Ort der Vinzenzgemeinschaft, vor Ort den VertreterInnen aller Fraktionen, vor Ort sage ich jetzt immer dazu, einzuberufen, um die im Motivenbericht geschilderten Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung von behinderten Menschen vor Ort zu erarbeiten. Hier sollen vor allem auch hier in Graz, hier sollen vor allem auch alle finanziellen und organisatorischen Unterstützungsmöglichkeiten der EU in Anspruch genommen werden, wie wir das zum Beispiel mit dem Herrn Dipl.-Ing. Ablasser schon seit Jahren im Amtsbereich machen, dass man einmal sagt, welche Möglichkeiten gibt es. Ich nehme durchaus immer wieder zur Kenntnis, dass manche sagen, da brauchen wir den Herrn Bürgermeister dazu, sonst derheben wir das nicht oder sonst wie, ich verstehe nur nicht, wieso man nicht einfach einmal hinnehmen kann und sagen kann, jetzt geht es um eine Menschengruppe, um Personen, um Menschen, die wirklich aus meiner Sicht ausgenutzt werden und die durch das Zurschaustellen ihrer Krankheit in erster Linie beim Betteln eingebunden werden.

Zwischenruf GR. Grosz: So ist es.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist aus meiner Sicht eine Angelegenheit, wo man einmal ganz klar trennen muss und sagen muss dieser Personengruppe, diesen Menschen muss geholfen werden und da gibt es aus meiner Sicht jetzt die Überlegung eines Antragstellers, der sagt, können wir bitte einmal die Frau Stadträtin ersuchen, sich da zusammzusetzen und der Reflex, der jetzt eh in allen Bereichen kommt, ich habe es ja nicht zum ersten Mal, bitte den Bürgermeister auch dazu, ich lade dort wieder unheimlich gerne ein, ich habe aber in meinem Ressort, soweit ich weiß, keine Fachexperten und ich kann so etwas wie den Moderator dort abgeben, das tue ich gerne und da bin ich immer zu haben, aber der Antrag sagt nur, bitte kann sich die zuständige Stadträtin auch um Behinderte kümmern, die hier nicht ihren Wohnsitz haben, sondern die im Bettelbereich, im Behindertenbereich aus unsere Sicht auch eine Unterstützung brauchen und vielleicht kann man dort auch abklären, inwieweit es Projekte gibt, die EU-mäßig auch angezapft werden können, vor allem Gelder, und dann bin ich in weiterer Folge gerne bereit, da auch als Bürgermeister wieder diese externen Kontakte zu leben, weil das auch notwendig sein wird. Und was anderes steht da nicht drinnen, lieber Wolfgang, ich habe es nicht anders verstanden, brauche auch keine großartigen theatralischen Auftritte, wenn jedes Mal, wenn wir jetzt sagen, liebe zuständige Stadträtin der SPÖ, wir bitten, da was zu tun, das ist ein Antrag, das ist uns wichtig, hören wir nur, ja das müssen aber zumindest auch noch der Bürgermeister machen, können wir gerne immer tun, aber dann frage ich mich, wieso man nicht gleich alle Ressorts dann gleich zu mir gibt und dann kann ich das gleich machen. Ich sage nur, das geht ja nicht und ich kann es ja gar nicht, ist ja auch zeitlich gar nicht schaffbar, das ist ja ein ganz ein wesentlicher Punkt. Wenn da im Gemeinderat was Dringliches kommt, kommt jetzt so ein SPÖ-Reflex, ein neuer, den ich nicht kenne, ja aber das geht nur, wenn der Bürgermeister auch dabei ist und von mir aus noch wer, selbstverständlich soll man dabei sein, aber die Fachkompetenz, die Ressortkompetenz, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auskennen, die gibt es im Sozialressort, die werden mit der Aufgabe fertig, die brauchen keinen Beigestellten. Die Bitte ist, dass die Frau Stadträtin diesen Auftrag dazu erteilt und das steht aus meiner Sicht da drinnen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Lieber Herr Bürgermeister, das Theater mache ich für dich ja gerne, aber da geht es vielleicht auch um sinnerfassendes Lesen. Es steht ja da und der Motivenbericht, lieber Herr Bürgermeister, weißt du, kann dir auch der Herr Magistratsdirektor gerne rechtlich auseinandersetzen, ist Bestandteil dessen, was im Antrag drinnen steht. Jetzt hast du eine sehr enge Auslegung, wenn es um schwierige Situationen geht des Bürgermeisteramtes, bevorzugst, wissen wir, seitdem du glaubst, die Wirtschaftskammer kann deine Aufgabe übernehmen, wenn es darum geht, zum Beispiel einen Wirtschaftsgipfel einzuberufen, aber gut, in dem Fall helfe ich dir gerne. Es steht im Bericht nämlich drinnen, also persönliche Wahrnehmungen, der Kurt ist durch die Herrengasse gegangen und es ist ihm was aufgefallen dabei. Und dann unter anderem auch der Menschenrechtsbericht von Amnesty zeigt den Entwicklungsbedarf der Behindertenhilfe vor allem... Ich würde es so gerne dem Herrn Bürgermeister sagen, aber er ist konzentriert auf sein...ist er multitaskingfähig, ja...zeigt den Entwicklungsbedarf der Behindertenhilfe vor allem bei Minderheiten in der Slowakei auf und darauf baut dann das nächste auf. Einerseits könnte die einmalige Bereitstellung von Hilfsmitteln eine kurzfristige Unterstützung darstellen. Die nachhaltige Unterstützung wäre durch ein Entwicklungsprojekt vor Ort in Hostice gegeben. Vor allem über die EU organisiert und finanziert könnten unsere ExpertInnen ansässiger Trägervereine in Hostice ihr Know-how nachhaltig einbringen. So, Herr Bürgermeister, bist du jetzt dafür zuständig, dass außerhalb von Graz auch Expertinnen und Experten von Graz tätig werden oder nicht? Meiner Meinung nach ergibt das die Geschäftsverteilung eindeutig und wenn man das lesen kann, dann versteht man auch, was der Inhalt dieses Antrages ist. Dahinter steht dann „vor Ort“, relativ undefiniert, man kann es interpretieren, wie man will, aber es ist ja nicht zuviel verlangt, dass du deine eigenen Zuständigkeiten wahrnimmst. Wenn du die ständig von dir weist, wundert es mich nicht, dass du jedes Amt nach einer gewissen Zeit wieder loswerden möchtest, weil du die Vermutung hast, dass du damit nicht fertig wirst oder aus einem anderen Grund. In dem Fall wirst du damit fertig, weil wir werden dich unterstützen, wir werden dir sehr gerne helfen, und eine Frage kannst du dann trotzdem nicht beantworten, auch wenn man dir vielleicht auch mit deutlichen Worten, die du für theatralisch hältst, dir aber in Wirklichkeit nur versuchen, dir deutlich zu machen, worum es geht. Ich versuche klarzumachen, das Behindertenreferat ist im allerhöchsten Maß belastet und ausgelastet, dass man in der ÖVP an den Belastungen der Bediensteten gerne vorbeischaute und das nicht

ernst nimmt, ist die eine Sache, dass der ÖAAB da nichts mehr zu reden hat, ist die zweite Sache, aber trotzdem bitte ich dich als Bürgermeister und nach wie vor Leiter des inneren Dienstes zu verstehen, dass die Kolleginnen und Kollegen an der Grenze ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit sind und daher wäre es notwendig, wenn man das ernst nimmt, auch die entsprechenden Ressourcen für die Ämter, die damit beteiligt sind und damit befasst sind, bereitzustellen. Offenbar willst du das nicht tun, ich interpretiere deine vorige Wortmeldung, dass du dich vor deiner Verantwortung drückst, Kollegin Elke Edlinger hat das noch nie gemacht (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir sind ja Gott sei Dank schon beim ersten dringlichen Antrag, meinem Verantwortungsbereich, und da wäre es ja interessant, wenn du vielleicht einmal mit dem ehemaligen Vorsitzenden deiner Fraktion auch ein Gespräch führst. Ist doch klar, dass wir uns um Projekte vor Ort in Hostice kümmern wollen. Wir wollen, und da brauchen wir gar nicht drüber reden, das ist ganz klar, eine Geschichte, wo wir dran arbeiten. Jetzt geht es darum, ob es möglich ist, hier vor Ort diese Behindertenfrage zu klären und um nicht mehr und eine Unterstützung zustande zu bringen und dann gehen wir wieder hinaus und schauen, ob wir das gemeinsam auch derheben und ob wir die Gelder von der EU bekommen, weil den Menschen muss geholfen werden und das ist vielleicht der wesentlichste Punkt, und da brauche ich keine Erklärungen und Deutungen und eines weise ich zurück, lieber Wolfgang, die Volkspartei und die Grazer Volkspartei kümmern sich darum, was aus den Menschen wird und auch hier im Hause geht und ich lasse solche Vorwürfe nicht stehen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, ich mache nur einen Vorschlag in Fortsetzung meines Parteivorsitzenden Wolfgang Riedler zur Güte. Du bist ja, wenn du schon, du hast dich ja immer in den letzten Jahren engagiert inhaltlich und besonders in der Frage Vinzenzgemeinschaft, Hostice, die Projekte, die gemeinsamen und hast dich auch öffentlich engagiert, hast auch die Außenkommissarin getroffen in besonderer

Weise um die Förderung von EU-Projekten, das ist die eine Seite der Medaille, lieber Bürgermeister. Die zweite ist, wir sind Menschenrechtsstadt und dein ureigenstes Anliegen dieses Antrages, so habe ich ihn verstanden, auch vom Kurt und von der Sigi Binder in der Darlegung, ist die Menschenrechtsfrage, die hier angeschnitten worden ist und wenn es einen Zugriff gibt von dir als Bürgermeister, dann kann es nur über die Menschenrechtsfrage gehen und du bist zuständig für den Menschenrechtsbeirat und für die Menschenrechtsfrage in der Landeshauptstadt. Deswegen habe ich den Abänderungsantrag gestellt. Der Abänderungsantrag heißt ganz schlicht und einfach: Er bleibt zu 99 % derselbe, wie er bisher hier steht, es heißt nur: Der Bürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit der für Soziales zuständigen Stadträtin Elke Edlinger mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Stadt einen runden Tisch mit ExpertInnen einzuberufen. Wenn das nicht möglich ist, ich meine, dieser schlichte Zugang über die Menschenrechtsfrage, wo du dich so engagiert hast und so positiv gewirkt hast, auch Richtung Hostice, dann wäre es nur angebracht, wenn wir gemeinsam die Dinge schultern. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Edlinger** zur Geschäftsordnung: Ich bitte einfach, da ich annehme, dass dieser Antrag ja eine Mehrheit finden wird, um Klärung, wie der Antragstext auszulegen ist, geht es um Projekte in Graz oder geht es um Projekte vor Ort in den Heimatorten der Betroffenen? Bitte einfach um ganz klare Klärung, weil sonst laden wir Experten/Expertinnen ein und sagen ihnen ganz was Falsches, was wir da entwickeln sollen.

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist die Geschäftsordnung des Gemeinderates ohnedies schon beim Teufel, weil jeder dreimal redet, also werde ich es auch tun. Noch einmal zur Geschäftsordnung, Redebeitrag, wenn wir, und der Bürgermeister hat klare Worte gefunden und zwar richtige Worte, der Kollege der ÖVP hat klare Worte und die richtigen Worte gefunden und zwar, das unterschreibe ich zu hundert Prozent, dass wir diese menschenverachtender Untriebe, diese

Ausnutzung von behinderten Menschen, diese Ausnutzung von armen Menschen, kranken Menschen, dass wir diesem Schauspiel, diesem leidigen Schauspiel endlich ein Ende setzen müssen. Ich stelle noch einmal fest, mir ist keine ideologische Herzensfrage, für oder gegen etwas jetzt zu sein, für oder gegen ein Verbot zur Bettelkriminalität, nein, es ist eine zutiefst menschliche Frage. Lassen wir es zu, dass ganz offenkundig in der Stadt Graz ein Gewerbe entstanden ist, wo andere ausgenutzt werden, de facto modern im 21. Jahrhundert versklavt werden oder nicht? Ich habe heute beim Kollegen der ÖVP herausgehört, er will es nicht, er ist froh, dass das Sklavenzeitalter, dass das Zeitalter, wo behinderte Menschen als Hascherln abdegradiert worden sind, dass das ein Ende hat, er ist ein profunder Kämpfer dafür, dass man endlich damit aufhört, dass man behinderte Menschen ausnutzt, dass man sie wie Tiere irgendwo anhängt, festhängt und sei es nur in einem sozialen Leid festhängt, wie in dieser Frage, wo man Menschen dazu zwingt in ihrer Eingeschränktheit, in ihrem besonderen Bedürfnis dazu zwingt, hier etwas zur Schau zu stellen, was sie selbst nicht wollen. Da gibt es, und da stimme ich Stadtrat Riedler vollkommen zu, er ist nicht für ein Bettelverbot, aber er stellt klar und deutlich fest, es gibt da nur zwei Wege, wie wir es angehen. Entweder wir verbieten es oder wir schaffen Arbeitskreise. Und die besondere Perfidie ist, dass die ÖVP im Wissen der eigenen Fraktion, was sich hier abspielt seit drei Jahren auf Straßen, jetzt dieses Problem, ein parteiinternes Problem, durch eine sozialdemokratische Stadträtin erledigt haben will, das ist Arbeitsverweigerung. Dann soll sich jeder schämen allein für diesen Versuch, das ist glatte Arbeitsverweigerung. Das müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann auch noch der Stadt Graz, die das noch durchführen müssen, die den Kas dann auch noch ausbaldobern müssen, weil sich offenbar eine Fraktion nicht einigt, ich gratuliere dem Kurt Hohensinner, er hat es zustande gebracht...

Zwischenruf GR. Herper: Ich bitte um eine andere Wortwahl, jetzt werde ich langsam böse.

GR. **Grosz**: Was war jetzt schon wieder? Also dieser rhetorische Kunstgriff eines Zwischenrufs, der kein Fundament gehabt hat, ich gratuliere dir, Genosse Klubobmann, Hauptsache, es ist was gesagt, aber mir geht es manchmal auch so, tröste dich. Und daher appelliere ich, hier endlich eine Entscheidung zu treffen, nicht wieder Monate zu warten oder ein Jahr, sondern klar und deutlich dankenswerterweise die Profilierungsneurose des Kollegen auszunutzen, der seine eigene Fraktionen und offenbar ja schon die Grünen schon seit einer Stunde in schwerste Probleme bringt, nur damit er halt wieder eine Zeitungsmeldung hat und jetzt unserem Zusatzantrag zuzustimmen und dieser Menschenverachtung in der Stadt Graz, diesem modernen Sklaven- und Menschenhandel endlich ein Ende zu setzen und ersuche ich Sie um Zustimmung, dass wir endlich diesen Menschenhandel, diese Diskriminierung, diese Menschenverachtung in Graz unterbinden. Ich danke Ihnen.

GR. **Baumann**: Liebe Elke, für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass du diese Idee nicht aufgreifst und mit uns aus der Fraktion, mit den Sozialsprechern und -sprecherinnen diesen runden Tisch veranstaltest und danach diese Lösungen, die man dann mit den Behindertenverbänden, die ja jetzt schon nachdenken, wie sie da Unterstützung in Hostice oder wo auch immer anbieten können. Also für mich und für uns ist das nicht nachvollziehbar, dass du jetzt den Bürgermeister da vorschicken möchtest, das wollte ich jetzt dazu noch sagen, bevor mir der Kragen platzt. Sie sehen ja, das Mikrofon hilft für solche Dinge, dass uns das, wie das schon einmal passiert im letzten Jahr, nicht noch einmal passiert. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf einen Vorschlag machen, bevor auch der Schlussredner zum Rednerpult geht. Ich bin auch gefragt worden, wie wir das geschäftsordnungsmäßig zu sehen haben. Auch nach Rücksprache mit dem Antragsteller ist es ganz klar, dass wir hier vor Ort eine Lösung entwickeln wollen und wir haben Maßnahmen in Graz zu finden, darüber aber auch sprechen, was denn die Europäische Union für Möglichkeiten bietet und deswegen

würde ich vorschlagen, dass wir heute den Antrag beschließen, dass die Intention des Abänderungsantrages aber insofern auch von mir in einer Form beantwortet wird, mit der du vielleicht, Karl-Heinz, auch leben kannst. Wenn sich dann nach dieser Arbeit herausstellt, dass die Außenkontakte notwendig sind und dass sich darüber hinaus auch Projekte ergeben, die wir vor Ort in Hostice und nicht in Graz machen, dann bin ich gerne bereit, wieder dabei zu sein. Aber die Arbeit ist hier vor Ort zu machen, es gibt ein Fachressort, dort gibt es ein Know-how und da bin ich gerne bereit, auch im Nachhinein die Außenkontakte, aber jetzt hilft einmal den Menschen, die da vor Ort mit ihrer Behinderung bei jedem Wetter auf der Straße sein müssen und zwar, weil sie das aus ihrer Not von dort heraus tun oder weil der eine oder andere sie auch daherbringt, ich kann das nicht beantworten, ich weiß das einfach nicht. Und wenn wir das einmal erledigt haben, dann ist einmal ein Arbeitskreis mit einem Ergebnis da, wie das jedes Fachressort macht, auch mit EU-Projekten, dann bin ich gerne bereit, mich auch einzubringen (*Applaus ÖVP*).

GR. Hohensinner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ich bin einerseits froh und andererseits auch enttäuscht. Froh bin ich darüber, dass man durch diese lange, breite Diskussion gesehen hat, wie verschieden die Zugänge in diesem Haus sind zu dieser Betteldebatte. Enttäuscht bin ich darüber, wenn ihr den Anfang meines Antrages genau gelesen hättet, da kommt nämlich vor, dass dieser Vorschlag von Selbstvertretungen gekommen ist, das heißt, ich habe mir das nicht selber aus den Fingern gezuzzelt. Sie haben mich auch gebeten, dass das nicht zum Politikum verkommt in diesem Haus...

Zwischenruf GR. Eichberger: Ach geh!

GR. Hohensinner: Lieber Gerald Grosz (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), du wirst mir bestätigen, dass ich dich gestern angerufen habe,

dass ich dich gebeten habe, dass du deinen populistischen Redeschwall bei diesem sensiblen Thema aussetzt. Ich habe dich gebeten, du hast mir zugesagt, um 16.00 Uhr habe ich gesehen, dass du einen eigenen dringlichen Antrag eingebracht hast, jetzt frage ich, wer hat die Profilierungsneurose, wie du das gesagt hast? Ich glaube, dass ich sie nicht habe, weil ich wurde aufgefordert von Selbstvertretungen, ich glaube eher, dass diese Neurose bei dir liegt, lieber Gerald (*Applaus ÖVP*). Im Übrigen habe ich auch den Armin Sippel angerufen, der hat sich in große oder über große Strecken auch an das gehalten, was er heute gesagt hat. Jetzt komme ich zu Stadtrat Riedler, die behinderten Bettlerinnen und Bettler sitzen in der Herrengasse, leider sitzen sie dort, weil sie vor Ort zu Hause nicht die geeigneten Leistungen bekommen, aber sie sitzen da in Graz, das heißt, die Herausforderung ist da in Graz. Wir sitzen da im Gemeinderat, der Antrag ist da gestellt. Ihr wisst vielleicht nicht, dass es eben einen besonderen Topf auch gibt in der Europäischen Union, aus dem heraus solche Projekte finanziert werden. Wir bei der Lebenshilfe haben eine eigene Abteilung und ich habe die Zusage, dass sie sich gerne mit uns an einen Tisch setzen möchten, um zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt. In dem Antrag steht auch, dass wir kurzfristig vielleicht ein paar Hilfsmittel bereitstellen können, auch vor Ort da in Graz. Liebe Elke, ich habe von dir heute nur Gründe gehört, warum es nicht möglich ist, dass wir uns an einen Tisch setzen, wie zum Beispiel, dass die Beamtinnen und Beamten deiner Abteilung zu wenig Zeit haben. Wenn du den Antrag genau gelesen hättest, hättest du gehört, dass die Beamtinnen und Beamten des Behindertenreferates (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gar nicht gefordert waren, sich an diesen runden Tisch zu setzen, wenn du genau zugehört hättest, hättest du gehört, dass hier die Behindertenbeauftragte gefragt ist, VertreterInnen von Trägervereinen und auch Vertreterinnen und Vertreter von den verschiedenen Parteien. Ich gebe auch zu bedenken, dass die Slowakei Übergangsfristen momentan hat, das heißt, wenn wir nicht jetzt vorsorglich hier Akzente setzen, haben in einigen Jahren diese Menschen auch hier Anspruch auf Mittel aus dem Behindertenhilfegesetz. Das heißt, wir sollten wirklich jetzt diesen Tisch einberufen und hier nach Maßnahmen suchen. Ich sage danke für die rege Anteilnahme, sage noch einmal, dass sich in dieser Diskussion wirklich gezeigt hat, wie differenziert die Zugänge sind und fordere dich, liebe Frau Stadträtin, auf, diesen Tisch einzuberufen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

2) Nikotinentwöhnung auf Kassenrezept

GR. **Pogner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Rauchen ist eine Krankheit, für die es im gegenwärtig international, auch in Österreich, in Verwendung befindlichen Klassifikationsprogramm „ICD 10“ vier Codes gibt, die für die Klassifizierung dieser Krankheit verwendet werden: F17.1: Nikotinabusus, F17.2 Nikotinabhängigkeit, F 17.3 Nikotinentzugssyndrom, T 65.2 Toxische Wirkung von Tabak und Nikotin.

Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger hat nach § 31 Abs. 3 Z 12 ASVG einen Erstattungskodex für die Abgabe von Arzneyspezialitäten auf Rechnung der Sozialversicherungsträger herauszugeben. In dieses Verzeichnis sind jene Arzneyspezialitäten aufzunehmen, die eine therapeutische Wirkung im Sinne der Ziele der Krankenbehandlung annehmen lassen.

Wie wichtig diese Maßnahme ist, zeigen die nachstehenden Punkte eindrucksvoll auf:

Mehr als die Hälfte aller Raucherinnen und Raucher wollen entweder ganz aufhören oder den Tabakkonsum zumindest reduzieren. Viele Raucherinnen und Raucher benötigen allerdings dafür die Unterstützung professionelle Raucherberatung und

den Einsatz von Nikotinersatzpräparaten. Durch den zunehmenden Druck zur Nikotinentwöhnung wird sich für Raucherinnen und Raucher der Bedarf an einer professionellen Raucherberatung zukünftig weiter erhöhen.

Die Kosten für eine professionelle Raucherberatung stellen viele Menschen vor eine große finanzielle Belastung. Alleine die Kosten für Nikotinersatzpräparate können über 100 € pro Monat betragen.

- Rauchen, Nikotinabusus, Nikotinabhängigkeit und Nikotinentzugssyndrom ist eine Krankheit und muss als eine solche auch im gegenwärtig in den steirischen Krankenhäusern routinemäßig in Verwendung befindlichen Klassifikations- und Codierungsprogramm „ICD 10“ klassifiziert werden.
- Der österreichische gesundheitspolitische Grundkonsens besagt, dass für jede Person die Maßnahmen zur Behandlung von Krankheiten in gleichem Maße zur Verfügung stehen müssen.
- Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger hat nach § 31 Abs 3 Z 12 ASVG einen Erstattungskodex für die Abgabe von Arzneyspezialitäten auf Rechnung der Sozialversicherungsträger herausgegeben. In dieses Verzeichnis sind jene Arzneyspezialitäten aufzunehmen, die eine therapeutische Wirkung im Sinne der Ziele der Krankenbehandlung annehmen lassen. Wie wichtig diese Maßnahme ist, zeigen die nachstehenden Punkte eindrucksvoll auf:

Einige Zahlen noch zur Veranschaulichung:

Ca. 31 % der erwachsenen Bevölkerung rauchen. Das bedeutet, dass in Graz knapp 80.000 Raucher leben. Über 50 % der Raucher wollen mit dem Rauchen aufhören, oder es zumindest reduzieren.

Somit ergibt sich, dass es in Graz zirka 40.000 Raucher gibt, die eine professionelle Unterstützung zur Raucherentwöhnung benötigen würden.

Die GKK bietet mit dem Land Steiermark Seminare zur Raucherentwöhnung an, wo sich auch alle anderen Kassen beteiligen, und damit zum Beispiel auch die KFA, und so auch die Bediensteten der Stadt Graz die Möglichkeit, diese Form der Raucherentwöhnung in Anspruch zu nehmen.

In Graz haben an diesen Seminaren im Vorjahr zirka 380 Personen teilgenommen. Das ist ein hervorragender erster Schritt zur Raucherentwöhnung. Aber bei 40.000 potentiellen Kunden ist es unbedingt notwendig, dass Nikotinabusus,

Nikotinentwöhnung und Nikotinentzugssyndrom als behandlungsbedürftige Erkrankungen anerkannt werden und die entsprechenden Medikamente zur Behandlung dieser Erkrankungen als Leistung der Krankenbehandlung auf Rechnung der Sozialversicherungsträger abgegeben werden. Ich darf hier noch anmerken, dieser Antrag ist auch mit dem Prof. Heinz Hammer, dem ich hier auch herzlich danke, gemeinsam erarbeitet worden, er hat also den fachlichen Teil dieses Antrages dazu beigesteuert.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclub erlaube ich mir daher, den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

zu stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Hauptverband der Sozialversicherungsträger und das Gesundheitsministerium aufgefordert wird,

1. Nikotinabusus, Nikotinentwöhnung und Nikotinentzugssyndrom als behandlungsbedürftige Erkrankung anzuerkennen, und
2. als Erweiterung der bereits bestehenden Maßnahmen die Medikamente zur Behandlung dieser Erkrankungen als Leistung der Krankenbehandlung auf Rechnung der Sozialversicherungsträger abzugeben.

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Pogner! Der Herr Bürgermeister hat heute eh schon mehrfach gesagt, dass es wahrscheinlich dringendere Themen gibt als die, mit denen wir uns hier beschäftigen und ich würde mir wünschen, dass er das auch seinem eigenen Klub sagt, weil ich kann die Prioritätensetzung der ÖVP nicht immer nachvollziehen, ich denke an die letzte Gemeinderatssitzung, wo ich da vorne gestanden bin mit einem dringlichen Antrag zur Wirtschaftskrise, zur Arbeitslosigkeit, zur Lehrlingsarbeitslosigkeit, da hat die ÖVP die Dringlichkeit aberkannt mit dem Hinweis, dass das Thema eh schon seit Monaten bekannt ist und heute reden wir über ein Thema, das sicher ein ernstes Thema ist, aber das auch in den Fragen der Dringlichkeit sicher nicht die höchste Priorität hat. Wenn man auf den Antrag selbst ein bisschen eingeht, dann glaube ich, geht er in die falsche Richtung, weil er irgendwie suggeriert, dass man mit

Medikamenten die Nikotinabhängigkeit bewältigen könnte, was fachlich schlichtweg falsch ist. Diese Nikotinersatzpräparate sind maximal eine Unterstützung für eine andere Therapie, weil wesentlich ist der Eigenantrieb und vor allem eine professionelle fachliche Hilfestellung und sicher nicht die Medikamente. Die Medikamente können zusätzlich eingesetzt werden. Und wenn man jetzt diese fachlichen Hilfsangebote ansieht, du hast sie ja teilweise erwähnt, dann glaube ich, dass die Steiermark mit Recht als Vorreiter auf diesem Gebiet der Nikotinentwöhnung gesehen werden kann. Ich glaube, der Landesrat Hirth hat da österreichweit wirklich etwas in Bewegung gebracht und auch die Steirische Gebietskrankenkasse hat eine Vielzahl an Angeboten zu diesem Thema. Ich habe mir ein paar da herausgeschrieben, fängt an in den Ambulatorien mit der Beratung, es gibt Gruppenseminare zur Raucherentwöhnung, die ungefähr sechs Wochen dauern, es gibt Tabakentwöhnungsangebote für Betriebe, es gibt Raucherentwöhnungsseminare speziell für Jugendliche, speziell für Schwangere, es gibt Einzelentwöhnungsseminare, es gibt ein Rauchertelefon, wo man sich hinwenden kann, wenn man gerade sich das Rauchen abgewöhnen will und in eine kritische Situation kommt und es gibt eine Helpline usw. Ich glaube, es gibt von Seiten der sozialen Krankenversicherung eine Menge an guten Angeboten, die bereits vorhanden sind. Du sagst in dem Antrag auch, dass die Kosten für diese professionelle Raucherberatung für viele Menschen eine große finanzielle Belastung sei. Dem halte ich entgegen, die ganzen Seminare, die ich da aufgezählt habe, kosten 30 Euro, das heißt, auch eine Einzeltherapie bei der GKK, sechs Einheiten zwischen 30 und 45 Minuten, kostet in Summe 30 Euro. Das Nikotinersatzpräparat, da gebe ich dir Recht, das wird nicht bezahlt, das kostet ungefähr 100 Euro, du hast es richtig gesagt, was du aber nicht gesagt hast, man kann es maximal für sieben bis neun Wochen anwenden, also wir reden da von 200 Euro und 30 Euro, die zu zahlen sind, für den Kurs, also 230 Euro. Dem halte ich entgegen, dass ein mittlerer Raucher, ich sage, mindestens eine Schachtel Zigaretten pro Tag raucht, für diese Schachtel, sage ich einmal, vier Euro aufwendet, wenn man das pro Monat rechnet, 30 Tage, gibt ein Raucher jetzt 120 Euro pro Monat aus. Und du willst jetzt behaupten, dass diese 230 Euro, also Nikotinersatzpräparate plus Therapie, nicht leistbar sind und eine große finanzielle Belastung darstellen? Ich sage, das ist schlichtweg falsch, weil wenn ich mir das Rauchen leisten kann, dann kann ich mir dieses 230 Euro mit Sicherheit leisten (*Applaus SPÖ*). Was aber schon gesagt

werden muss, wenn man dann die Rechnung hernimmt, dass 40.000 Raucherinnen und Raucher alleine in Graz eine solche Therapie beanspruchen möchten, wenn ich diese Rechnung aufstelle mit 200 Euro, dann komme ich alleine für den Raum Graz auf Kosten von acht Millionen Euro für die Versicherungsgemeinschaft und steiermarkweit sind es viele, viele Millionen mehr und ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, dass die gesamte Versicherungsgemeinschaft für ein Laster bezahlt, wenn man dem entgegenhält, dass, wenn er sich das Rauchen abgewöhnt, dann danach sehr viel Geld spart. Also ich glaube, man kann nicht jedes Risiko eines Einzelnen auf die gesamte Versicherungsgemeinschaft überwälzen. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung (*Applaus SPÖ*). Klar dazusagen muss man, dass die Töpfe der Sozialversicherung leer sind. Wenn man davon ausgeht, dass für ein Durchschnittsverdienst von 2000 Euro brutto in der Steiermark zwischen 76 und 80 Euro pro Monat an Beitrag gezahlt werden, dass bei diesem Beitrag von 76 bis 80 Euro unter Umständen die Ehefrau und die Kinder mit dabei sind, also wenn ich jetzt von einer vierköpfigen Familie ausgehe, sind das 20 Euro Beitrag pro Versichertem und ich glaube, mit diesem Beitrag kann man nicht verlangen, dass eine All-Inklusive-Leistung geboten wird, wie du sie in deinem Antrag forderst. Wenn so etwas gewünscht ist, dann würde ich dir empfehlen, in deiner Fraktion auch die Initiative von Landeshauptmann Voves zu unterstützen und dafür zu werben, dass die umgesetzt wird, weil der Herr Landeshauptmann Voves tritt nämlich dafür ein, dass, auch wenn die Frau Gemeinderätin Gesek jetzt lacht, es geht um ein ernstes Thema, er tritt dafür ein, dass im Gesundheitsbereich und für die Sozialtöpfe mehr an finanziellen Mitteln vorhanden ist und dass das mit einer Steuer geschafft wird, wo vor allem die Reichen und die besten Verdienenden ihren Beitrag leisten, also Finanztransaktionssteuer und Vermögenszuwachssteuer. Wenn ihr das ernst meint, dann tretet dafür ein, dass diese Initiative unterstützt wird, wenn es neue Gelder gibt, kann man auch über neue Angebote reden. Zum jetzigen Zeitpunkt sagen wir nein zu diesem Antrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Strategien der Steiermark zur Tabakkontrolle gibt es bereits seit dem Jahr 2007 und ich beziehe mich da konkret auf die Aussagen vom Kollegen Haßler

und der liegt sicherlich komplett falsch, wenn er sagt, dass Nikotinsucht nicht behandelbar ist. Es gibt sehr differenzierte auf die Bevölkerungsgruppen abgestimmte Modelle, die greifen, vom Selbststudien, von Arbeitsunterlagen angefangen über verhaltensorientierte Änderungen bis hin auch zu Medikamenten und dann bin ich beim Punkt, den der Kollege Haßler angeschnitten hat, die durchaus jenen Kriterien, die wissenschaftlich erwiesen sind, nach dem EBM-Kriterium, Evidence Based Medicine-Kriterium, greifen und die dazu beitragen, dass Nikotinsüchtige über einen Zeitraum zwischen drei und sechs Monaten von Nikotinsucht befreit werden können, weil es nämlich anders wirkt als das Substitol im Bereich der Bekämpfung der Heroinsucht, weil diese Nikotinersatzstoffe wirklich im Gehirn die Rezeptoren verändern und damit die Nikotinsucht wirklich verringern. Das ist einmal Stand der Wissenschaft und State of the Art. Das heißt, dieser Tabakkonsum ist wirklich weltweit, er bezieht sich ja nicht nur auf Graz, eine menschliche Katastrophe, weil er nicht nur erhebliche Krankheiten verursacht, sondern auch erheblich zur Steigerung der Mobilität beiträgt. Ich möchte aber auf den Antragstext von der ÖVP eingehen und habe mich einerseits gefreut, auf der anderen Seite verwundert, dass gerade von der ÖVP vom ÖAAB-Bereich dieser Antrag kommt, weil es gerade die ÖVP war, die eigentlich überall in den entsprechenden Gremien drinnen gesessen ist, ob das Gebietskrankenkasse war, Arbeitnehmervertreter, arbeitgeberseitig, ob das im Hauptverband war, ob das Finanz- oder Gesundheitsministerium war und diese Schritte nicht entsprechend eingeleitet hat. Der Antragstext ist auch durchaus schudrig formuliert und wenn ich hinten alleine nachschaue und sehe, dass hier angegeben wird, dass 31 % der österreichischen Bevölkerung, der erwachsenen Bevölkerung als nikotinabhängig dargestellt werden, so ist es schlichtweg falsch, es sind zwar nur 21,5 %, nämlich auf die Steiermark bezogen, das ist jener Ansatz, um den es geht, alle anderen waren nie nikotinabhängig beziehungsweise gelten als geheilt. Aber man sieht auch diesen Antrag, wie er vorbereitet worden ist, dass ursprünglich der Grazer Gesundheitslandesrat eigentlich dieser Antrag gerichtet werden sollte, dass er sich einsetzen sollte und wo man einfach sagen muss, wenn man die Geschäftsordnung der Stadt Graz liest, dass hier sicherlich keine ausreichende Kompetenz vorhanden gewesen wäre, hier eigenständig Maßnahmen zu ergreifen. Der jetzt hinein genommene Hauptverband ist sicher jener österreichweite Bereich, der sicher auf die einzelnen Sozialversicherungen einen Einfluss hat. Die Raucherentwöhnung ist

sicherlich eine Sache auch die, wenn man schon die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vom Kollegen Haßler anschneidet, der sicher auf mittlerer und langfristiger Sicht einen enormen Hebel hat im Bereich der Gesundheitspolitik, um hier Reparaturmedizin zu verringern, um hier Reparaturmedizin nicht zu teuer erscheinen zu lassen. Ich denke an viele Krebserkrankungen, ich denke an Atemwegserkrankungen, ich denke auch an Leiden, die typisch im Bereich der Frauen sind, ob das die Einschränkung der Geburtenrate ist oder ob das Richtung Gebärmutterhalskrebs geht, die natürlich nur auf Frauen bezogen ist. Aber wie dem auch sei, der Ansatz an sich ist aus Volksgesundheitsüberlegungen heraus durchaus sinnvoll, ansprechend, ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass diese Maßnahmen ohne Einführung eines Selbstbehaltes machbar sind, da bin ich durchaus beim Kollegen Haßler. Ich stelle daher auch diesen Zusatzantrag, dass es auch der Wunsch des Grazer Gemeinderates ist, hier diese Leistung, und zwar flächendeckend, ärmeren Bevölkerungen anzubieten, aber einen Selbstbehalt zu verlangen und vielleicht auch den Kollegen seitens der SPÖ auch dargelegt, es sind gerade die Armen, die verstärkt nikotinabhängig sind und nicht die Reichen. Ich habe mir herausgesucht die zehn Berufsgruppen, die am meisten nikotinabhängig sind, das ist männlicherseits der Bauhilfsarbeiter als Erster, der Straßenbauer, der Transportarbeiter, der Dachdecker und der Berufskraftfahrer und auf der Seite der Frauen ist es die Gastwirtin, aber dann kommt schon die Altenpflegerin, die KassiererIn, die Raumpflegerin und die Krankenpflegehelferin, ich denke, auf diese Bevölkerungsgruppen muss man auch besonders Rücksicht nehmen und da ist vielleicht auch das Solidarwesen ein bisschen stärker gefragt als bei anderen Berufsgruppen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pogner**: Gleich einmal zum Kollegen Mariacher. Also, ich kann dem Zusatzantrag durchaus positive Dinge abgewinnen, kann mir vorstellen, dass man einen Selbstbehalt einführt, vielleicht auch noch sozial gestaffelt, würde ich meinen, wäre vielleicht nur eine Anregung, die man da machen könnte. Zu den Zahlen, die 31 % kommen von einer Gebietskrankenkasse, mögen vielleicht in der Steiermark ein bisschen differenzieren, aber es ist ein Zirkawert, also nur so viel zu den 31 %, das ist schon ein Wert, der öffentlich auch dargestellt wird. Zum Kollegen Haßler, die

Ansage, es gibt dringendere Themen, dem kann ich schon einmal nicht wirklich folgen, denn was ist dringender als unsere Gesundheit? Es gibt ein Sprichwort: Der Gesunde hat tausend Wünsche, der Kranke nur einen. Also Gesundheit ist nach meinem Dafürhalten immer ein dringendes Thema. Die Abgabe von Nikotinersatzstoffen ist als Erweiterung, und so steht es auch im Antragstext drinnen, als Erweiterung gedacht zusätzlich zu diesen psychologischen Programmen. Ich finde es einfach wichtig, dass man den Süchtigen und jeder der über eine längere Zeit raucht, den kann man durchaus als süchtig bezeichnen, eine Möglichkeit gibt, eine zusätzliche Möglichkeit schafft, dass er da herauskommt. Die Frage ist, was ist uns die Gesundheit wert, Herr Kollege Haßler, wie viel kostet uns den ein kranker Raucher, wie viel kostet denn ein kranker Raucher der Gebietskrankenkasse und welche Arzneien bietet denn die GKK derzeit an, außer diese guten Seminare? Also, ich würde schon meine Unterstützung für all jene, die aufhören wollen, das ist für mich ganz wichtig. Und der finanzielle Anreiz, dass diese Kosten von der Kasse mit übernommen werden. Denn wir wissen alle, Laufen ist gesund, aber wer läuft denn jeden Tag, um gesund zu sein und das kostet gar nichts. Und da schaffe ich einen Anreiz, ich schaffe den Anreiz aufzuhören, ich schaffe den Anreiz, dass man da rauskommt aus der Sucht, und eine letzte Bemerkung noch, es ist wieder einmal so symptomatisch gewesen für mich für die Einstellung der SPÖ. Wir sind großartig im Umverteilen der Gelder der anderen, führen wir eine neue Steuer ein, machen wir eine Reichensteuer und verteilen wir das Geld um, ja, Leute, habt keine anderen Ideen, warum habt ihr keine anderen Ideen?

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Bist du Arbeitnehmervertreter oder nicht?
Hat dich der ÖAAB schon abgeschrieben?***

GR. **Pogner:** Ich bitte darum, das zu unterstützen, dass wir in Zukunft für die süchtigen Raucher erweiternd zum derzeit bestehenden Programm auch die Nikotinersatzstoffe abgeben (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Mag. **Kvas** (*begibt sich nicht zum Rednerpult*) befangen.

Zwischenruf GR. Grosz: Wieso, bist ein Raucher oder was?

GR. **Baumann** zum Antrag: Liebe Raucher, liebe Raucherinnen, liebe Elke! Gerald, die Folgekosten des Rauchens sind nicht aufgestellt worden, das ist ein kleiner, aber wahrscheinlich nicht unerheblicher Rechenfehler. Das sollte auch mitberücksichtigt werden erstens. Zweitens, wir unterstützen diesen Antrag, weil die Vielfalt der Behandlungsmöglichkeiten das Ziel ist, nicht die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, es muss jeder Raucher, jede Raucherin soll rauchen so viel sie mag, nicht wo sie mag, aber es sollte auch für jede und jeden die Möglichkeit geben auszusteigen mit diesen Präparaten, mit diesen Möglichkeiten, die es gibt. Drittens, natürlich forcieren wir auf Grund auch der wissenschaftlichen Grundlage eine Kombinationstherapie von medikamentöser Unterstützung und psychotherapeutischer oder Verhaltenstherapie. Deswegen unterstützen wir den Antrag. Zur Vermögenssteuer reden wir dann, glaube ich, beim nächsten Antrag und auch ein anderer Kollege von mir weiter. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ein paar Punkte noch, auf die ich noch eingehen möchte. Erstens sind die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, noch dazu wenn sie refundiert sind, sind wirklich jene Maßnahmen, die greifen, die Wirkung erzielen, die wirklich die Nikotinsucht wirklich nicht nur beherrschbar machen, sondern wirklich die Nikotinsucht auflösen. Das heißt, sämtliche Maßnahmen müssen wirklich evidenzbasiert sein, auch bei den Medikamenten, es sollten keinesfalls Maßnahmen

unterstützt werden durch Sozialversicherungsgelder, die irgendwelche Hokusfokus-Geschichten sind, die letztendlich nichts bringen, wie wir es auch bereits in der Vergangenheit immer wieder gehabt haben, unter anderem auch Maßnahmen, die sogar die Gebietskrankenkassen gezahlt haben. Zweitens, wir dürfen bei der Bekämpfung der Nikotinsucht nicht vergessen die Jugendlichen, die gefährdet sind, dass sie nikotinabhängig werden, hier besonders die weibliche Jugend, die ja sogar im höheren Grad als die männliche Jugend raucht, Zigaretten raucht, weil hier sozusagen die Patienten von morgen nachwachsen und hier wäre also besonders auch die Stadt Graz gefordert und das Land Steiermark, hier in diesem Bereich einzugreifen, weil aus meiner Beobachtung heraus das Ganze wirklich aus dem Lot gerät und hier noch schlimmer wird, als es eigentlich in den früheren Jahren der Fall war. Drittens, in der Strategie, die übrigens, Kollege Hassler, am 24. Oktober 2008 verabschiedet worden ist, Vision der Tabakpräventionsstrategie des Landes Steiermark ist eindeutig festgehalten, Raucher, die mit dem Rauchen aufhören möchten, können strukturelle und finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen, das ist eine klare Zielsetzung, die sich das Land Steiermark und damit auch der Landesrat Hirth, die Gebietskrankenkasse und der Verein Vivid, der ja die Fachstelle ist für die Drogenbekämpfung im Allgemeinen, unterschrieben hat und sich dazu bekennt. Daher ist dieser Antrag in Ergänzung auch meiner vorhergehenden Wortmeldung im Punkt zwei, das wäre jetzt mein Ergänzungsantrag, zu ergänzen, der beim Punkt zwei fortsetzt, „...abzugeben und hierzu einen Selbstbehalt der Patienten einzuheben“. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Eines wollte ich schon anmerken, es ist schon einigermaßen erstaunlich, dass gerade die ÖVP-Fraktion, die immer wieder darauf hinweist, dass die Gebietskrankenkasse angeblich nicht wirtschaften könne, gleichzeitig verlangt, dass diese oder jene Leistung zusätzlich zu erbringen wäre. Wenn dann noch dazu ein grüner Kollege, der Herr Gemeinderat Baumann, meint, rauchen soll man wie man will, wo man will, nicht wo man will, aber wie man will, vor allem so viel man will, dann frage ich mich, wenn jemand das selber entscheiden kann, warum soll der dann nicht auch nicht nur für seine Sucht zahlen, sondern auch für seine Gesundheit, das hat niemand bisher erklärt. Dass das ein wahnsinniger Anreiz wäre, wenn es die

Gebietskrankenkasse zahlt, Verzeihung; lieber Kollege Pogner, wenn ich das so sage, aber das ist wahrscheinlich ziemlich unrichtig, weil das Entscheidende für einen Erfolg bei jeder Therapie ist, dass man sich auf die Therapie einlassen will, nicht dass sie bezahlt wird. Und das kann man sehr einfach nachvollziehen, alles in allem, dieser Antrag fällt unter das Kapitel, nicht alles was scheinheilig ist; bringt einem auch einen Heiligenschein (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Nur noch ein paar kurze Anmerkungen. Kollege Mariacher hat da behauptet, ich glaube, das war ein Irrtum von ihm, dass ich gesagt hätte, Sucht sei nicht behandelbar, wenn das so wäre, würden wir die Angebote in der GKK nicht machen. Also, dass es behandelbar ist, ist sehr wohl klar, dafür gibt es die Angebote und die Unterstützung, die du zitiert hast von dieser Strategie des Landes Steiermark, die ist ja sehr wohl vorhanden, weil du wirst wohl nicht glauben, dass eine Einzeltherapie mit sechs Einheiten nur 30 Euro kostet, das heißt, die Unterstützung, die dahinter ist, ist von der GKK und vom Land Steiermark. Wogegen wir uns verwehren und auch unsere Fraktion sich verwehrt jetzt letztendlich ist, dass alles Bezahlte, wenn ich keine Eigeninitiative habe, wie der Stadtrat Riedler schon gesagt hat, wird das Ganze scheitern und der Vorwurf oder der Hinweis, dass vor allem Arme betroffen sind, den Hinweis würde ich hier verstehen, wenn wir hier über Krebspräparate und sonstige Dinge diskutieren würden, weil da gibt es auch einige Dinge, ich nenne nur das Beispiel Mistelpräparat oder was, was eine Linderung manchen bringen kann, die auch nicht bezahlt werden, da gäbe es viele Beispiele, wo wir tatsächlich diskutieren könnten, aber zu sagen, dass ein Raucher, der sich mehr als diese 100 Euro für Zigaretten leisten kann, dann die 100 Euro für das Nikotinersatzpräparat nicht hat, das verstehe ich wirklich nicht. Und wenn wir das heute beschließen und wenn das tatsächlich beschlossen wird österreichweit vom Hauptverband, dann muss man drüber diskutieren, was wird dann weggelassen, weil letztendlich ist ein gewisser Topf da, allein die steirische Kasse hat jetzt schon über 200 Millionen Euro an Schulden, die Wirtschaftskrise wird das Ganze noch massiv verschärfen, also dann müssen wir diskutieren, wenn wir neue Sachen einführen, was lassen wir stattdessen weg. Wir können dem sicher nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden dem Antrag selbstverständlich zustimmen und zwar schlichtweg aus einem Grund: Es ist die Kernaufgabe der Gebietskrankenkassen und der Sozialversicherungen, Menschen vor Suchtverhalten zu schützen und wir wissen aus Daten des Hauptverbandes, dass gerade diese Suchtkrankheiten wie Nikotinsucht, der ich im Übrigen auch ein leidenschaftlicher Anhänger bin, natürlich zu schweren Folgeerkrankungen führen, die dann die Solidargemeinschaft zu tragen und zu leisten hat, logisch. Wenn Sie von Finanzierungsproblemen der Gebietskrankenkassen und der Sozialversicherungen sprechen, dann beginnen wir ganz kurz mit Fakten. 56 Millionen Euro allein steirische Gebietskrankenkasse, also Abgang, für Sie jetzt eine Rechenaufgabe. 56 Millionen Euro Defizit 2008. Mitarbeiterstand 31.12.2008 steirische Gebietskrankenkasse, also eine von weit mehr als 20 Trägern in Österreich, Rechenaufgabe 1.220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein hier in der Steiermark bei einer Versicherung, noch nicht einmal die gewerbliche Wirtschaft dabei, nicht die Bauernkrankenkasse, weder die Pensionsversicherungsanstalt, nein gar nichts, steirische Gebietskrankenkasse 1.200 Mitarbeiter. Nächstes: 74 Dienstkraftwägen, na gratuliere, aber jetzt kommt es, 56 Millionen Euro Abgang, ein wenig mehr als 50 Millionen Euro jährliche Personalkosten. Und daher lasse ich die Argumentation der Sozialdemokratie überhaupt nicht gelten, nur weil Sie offenbar selbst oder zumindest jene Personen, die Sie seit 60 Jahren in Manier der Geiselhaft in die Sozialversicherungsanstalten hineinversorgen, dieses System ruiniert haben, dass Sie jetzt hergehen und sagen, nein, ruiniert haben wir es, aber weitere Leistungen übernehmen wir nicht. Na dann wird man halt effizient einsparen müssen, wir wissen, dass sich unsere Gesellschaft entwickelt, Demoskopen, alles bekannt, wir wissen, dass die Menschen in Österreich Gott sei Dank immer länger leben, ein Ergebnis des 20. und 21. Jahrhunderts und seiner medizinischen und arbeitsrechtlich, arbeitsmedizinischen Fortschritte und dass sich das Sozialversicherungswesen auch in Österreich dem anzupassen hat. Daher konsequente Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten, na selbstverständlich, Doppel-, Drei- und Viergleisigkeiten endlich beenden, in dieses System endlich Gesundheitsmanager hineinschicken, die etwas von den Aufgaben der öffentlichen Gesundheitsverwaltung und des Solidarsystems etwas verstehen und dann werden sich auch solche Dinge ausgehen, wie sie heute Gemeinderat Pogner zu Recht fordert. Na

selbstverständlich, das ist ja die Kernaufgabe der Sozialversicherung und das wird auch die Kernaufgabe einer Prävention unseres Gesundheitssystems sein. Der Schlüssel neben den Verwaltungseinsparungen, und es freut mich, dass wir wenigstens, wenn wir einmal versuchen, sachlich und fachlich zu argumentieren, größtmögliche Polemik wegzulassen, dass offenbar das dem Gemeinderat überhaupt nicht interessiert, das ist vollkommen wurscht, die einen lachen, die anderen lesen und sie spüren gar nicht, dass ich sie selbst alle persifliere, das dürfte vielleicht Ihnen hier oben auf den Zuschauerrängen auffallen, ich könnte jetzt munter da weiterreden, es würde keinem von diesen 56 jemals auffallen, dass ich ihre Lesungen, Rede-, Wortbeiträge, Computerspiele hier in irgendeiner Form analysieren würde, auch dem Bürgermeister nicht, er würde mir jetzt stundenlang keinen Ordnungsruf dafür erteilen, aber Sie sehen ungefähr, auch sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, wenn es hier einmal darum geht, sachlich über etwas zu diskutieren, was durchaus vernünftig ist, dann herrscht hier allgemeiner Musikantenstadl. Meine Meinung ist es, die Sozialversicherung hat neue Aufgaben, auch Prävention, das ist wichtig, daher wünsche ich dir, und wir werden es selbstverständlich begleiten, auch als BZÖ, auf unseren unterschiedlichen Ebenen, wo wir tätig sind, weil es eine gute Idee ist, hier Suchtverhalten auch im Rahmen des Sozialversicherungssystems zu bekämpfen, dem zu begegnen im Rahmen einer Prävention. Ich danke Ihnen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Na ja, weil der Gerald Grosz beliebt, sich lustig zu machen über den Gemeinderat beziehungsweise die Arbeitsqualität im Gemeinderat, möchte ich ihm doch zeigen, dass die Qualität seiner Wortmeldung durchaus auch zu wünschen übrig lässt. Einerseits hat er die Zahl der Dienstfahrzeuge aufgezählt, hat aber nicht dazugesagt, dass das nicht die von 47 Direktoren ist, sondern die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Kontrollen zum Beispiel durchführen, die vor Ort tätig werden, und die große Krise bei den Selbstversicherungssystemen ist eingetreten, als Blau/Schwarz damals noch unter Einbeziehung von BZÖlern oder späteren BZÖlern versucht haben, dieses System zu zerstören, weil sie der Meinung waren, dass man über Kapitalversicherungen besser dran ist, weil man das privatisieren wollte dieses System. Heute zahlen alle einen großen Preis dafür und

es sind ja gerade die Menschen, die einzahlen, die dem Gerald Grosz seine Sucht nicht bezahlen wollen und seine Heilung von seiner Sucht, er soll halt selber zum Rauchen aufhören und er verdient genug, dass er sich seine Pflaster selber kauft (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Bis vor wenigen Sekunden war ich richtig stolz auf die sachliche Diskussion, die der Gemeinderat zustande gebracht hat.

GR. **Pogner**: Ich sage vorab schon recht herzliches Dankeschön dafür, dass dieser Antrag durchgehen wird. Noch zwei Bemerkungen. Kollege Haßler hat gemeint, was lassen wir denn weg, wenn wir jetzt noch mehr zahlen, was lassen wir weg und ich sage dir ganz einfach, lassen wir doch ein paar kranke Raucher weg, ein paar Raucher, die dadurch vielleicht nicht krank werden und die Gebietskrankenkasse dadurch nicht mehr an Krankengeld zahlen muss und für die Heilung dieser Menschen bezahlen muss. Lassen wir ein paar von diesen Kranken weg, und zum Stadtrat Riedler noch ganz kurz eine Anmerkung. Was ist effizienter? Meines Erachtens ist immer noch effizienter eine Prävention als die Krankenbehandlung, stecken wir doch mehr Geld in die Prävention, schauen wir, dass die Raucher nicht krank werden und dass sie vielleicht eher noch aufhören und nicht dann irgendwann im Spital liegen und im Spital landen. Dass sie nicht anfangen, wäre noch das Gescheitere. Ich danke recht herzlich und bitte um Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Dringende Umsetzung einer weit reichenden Steuerreform mit 1.1.2010

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es muss auch uns hier in Graz und in dieser Gemeindestube als politischen Menschen, als MedienkonsumentInnen bewusst sein, dass die Frage der Umverteilung das Gebot der Stunde ist. Und das gilt sowohl die Diskussion in den USA ausgehend von der Obama-Administration wie auch im Rahmen der Europäischen Union und in unseren europäischen Nachbarländern, insbesondere auch in Deutschland. Denn zum einen sind wir konfrontiert mit der Tatsache seit Wochen, seit dieser Wirtschaftskrise, dass Finanzschirme in Milliardenhöhe über Banken, Unternehmungen ausgespannt werden und auf der anderen Seite wir täglich die Horrormeldungen lesen, dass Betriebe schließen, dass Unternehmungen auf Kurzarbeit umstehen, dass 10.000 Arbeitslose in Europa vor dem Existenzminimum und vor dem Existenzschluss stehen. 10.000 Familien dazu. Es ist klar, und ich sage nur ein paar Stichworte, die Zeit des Egoismus und der Gier sollte vorbei sein, das ist das eine Zitat, das zweite Zitat, die Topverdiener haben in den letzten Jahren vom Aufschwung mehr profitiert als alle anderen, es gab also seit vielen Jahren eine Umverteilung von unten nach oben und deswegen brauchen wir auch eine tiefer gehende Diskussion zu dieser Thematik, Gott sei Dank gibt es sie seit Tagen auch in Österreich, und auch die Bundesregierung wird nicht davon auskommen, trotz gegenteiliger Meldungen von Bundeskanzler und Vizekanzler, dass wir uns dieser Frage stellen. Ein Regierungsmitglied hat gestern Abend in der ZIB 2 bereits bekundet, dass in dieser Legislaturperiode in Österreich es nicht nur zur Umverteilung, sondern auch zur entsprechenden Steuerreform und somit auch zu einer Vermögensbesteuerung und zu weiteren Besteuerungen kommen muss, weil oben und unten immer weiter Auseinanderdriften, gerade auf Grund dieser Wirtschaftskrise und der krassen Folgen derselben. Denn wenn sich sogar der Börsen- und Bankenplatz London sich eine Börsenumsatzsteuer leisten kann, damit die Spekulanten ein wenig von ihren schnellen Gewinnen der letzten Jahre was abzugeben haben, dann werden wir wohl auch hier in Österreich reden müssen, dass es darum geht, Menschen mit geringem Einkommen weniger und Menschen mit höherem Einkommen mehr bezahlen zu lassen in Zukunft. Und es hat auch etwas mit Graz zu tun, das ist kein Sonne- und-

Mond-Antrag oder ein Solidaritätsbeitrag zu Landeshauptmann Voves oder ein angriffiger, Formulierung Richtung Faymann und Pröll, es hat auch etwas mit Graz zu tun, denn wir alle wissen, die Besteuerung des Faktors Arbeit, das sagen alle Expertinnen und Experten, ist besonders in Österreich im Vergleich zu allen europäischen Mitgliedsstaaten der EU extrem hoch. Das Sozial- und Gesundheitssystem wird überwiegend über hohe Lohnnebenkosten finanziert. Das Vermögen in Österreich wird zu gering besteuert, wenn man das in Europa, im EU-Vergleich sich ansieht und was wir notwendig haben, ist nicht ein Verzicht oder eine Verweigerung gegen eine Umverteilung, sondern ein reales Herangehen im Rahmen einer Debatte und auch im Rahmen einer zuletzt auch vergangenen Dienstag im Parlament eingeleiteten Debatte für eine Steuerreform, die noch vorgezogen 2010 in Kraft gesetzt werden soll. Es geht uns, glaube ich, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der kleineren und mittleren EinkommensbezieherInnen um eine weit reichendere Form des Steuersystems, es geht um eine notwendige Besteuerung von Vermögen, um Einführung von Transaktions- und Vermögenszuwachssteuern unter anderem. Letztlich geht es auch um Maßnahmen, neue Einnahmenquellen für den Staat zu erschließen und positiv für jene Menschen auszuschütten, die es heutzutage notwendiger denn je haben, denn es geht vor allem um die VerliererInnen der Wirtschaftskrise und das sind eben die kleinen MittelverdienerInnen, die von Kurzarbeit und Jobverlust betroffen sind. Und warum es darum geht, die soziale Sicherung neu zu spannen und fester zu zurren, ist ganz einfach, dass wir auch neue Einnahmenquellen notwendig brauchen und nicht erst auf die nächste Legislaturperiode verschieben lassen wollen, weil es gehört eine vermehrte Mittelausschüttung in Richtung Arbeitsmarktpolitik her, eine dringende Erhöhung der Nettoersatzrate im Arbeitslosengeld und um Notstandshilfe sowie die rasche Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich. Ich glaube, es ist ganz notwendig, könnt ihr Kolleginnen und Kollegen ein bisschen auch im Interesse jener, die darben und notleiden und die Jobverluste und Einkommensverluste nach sich ziehen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), auch im Interesse derer, Solidarität üben und mir ein bisschen zuhören? Es geht also um die dringende Erhöhung der Nettoersatzrate im Arbeitslosengeld. Wir alle wissen, mehr als die Hälfte der SozialhilfebezieherInnen in Graz bekommen eine sogenannte Richtsatzergänzung aus der Sozialhilfe, weil ihr AMS-Bezug nicht zum Leben ausreicht mehr. Derzeit liegt die sogenannte

Nettoersatzrate in Österreich bei 50 bis 55%, der europäische Durchschnitt liegt bei 70%. Die derzeit geltende Nettoersatzrate bedeutet gerade für jene Personen, die ohnehin schon wenig verdient haben, dass sie mit ein paar Hundert Euro im Monat das Auslangen finden müssten. Das heißt ein paar Hundert, 300 Euro im Vergleich zu 300 Milliarden, die für die Banken europaweit ausgeschüttet werden und ausgeschüttet wurden. Und warum es einen Graz-Bezug gibt und warum das nicht sozusagen ein abgehobener dringlicher Antrag ist.

14.577 Menschen waren im März beim Grazer AMS als arbeitslos vorgemerkt, das sind um 28% mehr als im Vergleichsmonat vor einem Jahr und alles deutet darauf hin, dass die Talfahrt am Arbeitsmarkt noch weiter gehen wird. Angesichts dieser Zahlen ist eine deutliche Anhebung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe dringend notwendig. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes würde nicht zuletzt auch für eine Entlastung bei den steigenden Ausgaben für die Sozialhilfe sorgen, über die wir jeweils in jeder Gemeinderatssitzung lautstark und lauthals debattieren.

Uns geht es auch um die rasche Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Zugesagt und politisch mehrfach versprochen in Wahlkämpfen en bloc. Eine unabdingbare sozialpolitische Notwendigkeit, eine bedarfsorientierte Mindestsicherung auch so schnell wie möglich in Österreich umzusetzen. Also ein wichtiges Instrument, um in Österreich soziale Mindeststandards zu schaffen, denn wir wissen, wie viele Zehntausende Menschen aus dem sozialen Netz derzeit herausfallen und, Sissi Potzinger, du weißt es auch, im Besonderen in deinem Bereich. Die Armut und soziale Ausgrenzung muss verstärkt bekämpfen und vermieden werden. Eine Verzögerung ist auch, ich sage das gegenüber unserem eigenen Sozialminister, inakzeptabel. Versprechen sind da politisch einzuhalten (*Applaus SPÖ*).

Aus Grazer Sicht sind folgende geplante Neuerungen im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung für uns als besonders wichtig anzusehen: einheitliche Standards bei den Unterstützungszahlungen und die Krankenversicherung für alle. Auch die stärkere Anbindung sogenannter arbeitsmarktferner Personen an das AMS bringt, vorausgesetzt die Mittel für entsprechende arbeitsmarktpolitische Projekte werden zur Verfügung gestellt, eine deutlich bessere Chance auf Wiedereinstieg ins Arbeitsleben. Ich denke vor allem an

die weiblichen Mitglieder unserer Gesellschaft, die besonders unter dieser krassen Unterscheidung leiden und nach dem Wiedereinstieg nach Karenz oder Krankheit auf der Strecke bleiben, mehr denn je. Aus unserer Sicht ist der neoliberale Weg nicht nur hier in Europa, in Österreich, sondern auch in Amerika zu Ende. Die Krisis, von den Finanzen ausgegangen und von den Spekulanten und den Immobilienblasen, hat ein Ende gefunden. Wir müssen dringend neue Strategien der Wirtschaftspolitik und der sozialen Sicherung nicht nur diskutieren, sondern auch umsetzen. Deshalb ist auch hier in diesem Haus und nicht nur in anderen Häusern eine ernsthafte Debatte und in der Gesellschaft notwendig, deswegen auch die Debatte über eine neuerliche Steuerreform und deren raschen Umsetzung. In einer Gesellschaft, die sich immer weiter entsolidarisiert, kann nicht länger gewartet werden, um wirksame Maßnahmen zugunsten der Menschen zu setzen. Ich rede jetzt nicht, dass es darum geht, eine sogenannte Reichensteuer einzuführen, wie es in den Medien kolportiert wird. Ich weiß, dass es um Neidgefühle geht, die argumentiert werden. Ich argumentiere oder wir argumentieren, wir sollten lieber von einer Gesellschaftssteuer sprechen, wenn wir von Maßnahmen reden, den Zusammenhalt der Gesellschaft in Zukunft, nämlich den Zusammenhalt der Gesellschaft wieder zu stärken, und daran sollten auch Besserverdiener und Bestverdienende ein Interesse haben. Genau die Krise, die uns jetzt seit Monaten schlägt, trifft vor allem die Mittel- und Unterschicht und deswegen sage ich eine Gesellschaftsversteuerung, nämlich um die Mitte zu stärken. Ich sage auch in Richtung der ÖVP, der stärksten Fraktion hier im Hause, es steht schließlich im Regierungsprogramm der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung, dass eine Strukturreform des österreichischen Steuersystems notwendig ist. Beide Parteien, ich sage, beide Parteien, die ÖVP und die SPÖ, haben vergangenen Dienstag einen dementsprechenden Initiativantrag gestellt und den Startschuss für die Arbeiten begonnen. Und ich sage nochmals zur Klarstellung, ich sage das sowohl gegenüber meinem eigenen Genossen Androsch als auch Argumenten in den Medien, als auch Argumenten, die von Unternehmerseite auch gestern Abend spät um Mitternacht gekommen sind: Eine Steuerstrukturreform heißt nicht nur nicht neue Steuern in dem Sinne, sondern um Verschiebungen im bestehenden Steuersystem, beispielsweise weg von der Besteuerung von Arbeit hin zu Steuern von „arbeitslosen“ Gewinnen, Transaktionsteuer zum Beispiel. Mindestgrenzen gibt es bei allen Bemessungsgrundlagen für Steuern und Abgaben, also auch bei Vermögenssteuern

und Vermögenszuwachssteuern. Damit sind aber auch die Häuslbauer, ich sage das noch einmal klar und deutlich, damit sind auch die Häuslbauer und die Wohnungseigentümer, also die persönlich genutzten Immobilien und Grundstück, auszunehmen. Das ist kein Anschlag auf die Häuslbauer und auf die Wohnungseigentümer, da geht es um Umverteilung. Jetzt geht es um einen Solidarpakt neuester Art und vor allem im Interesse der Krise, die uns die Wirtschaft beschert hat.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1) Bürgermeister Nagl wird aufgefordert, im Sinne des obigen Motivenberichts auf Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll einzuwirken, umgehend eine weit reichende Steuerreform für 1.1.2010 vorzubereiten. Die Steuerreformkommission der Bundesregierung möge ihre Arbeit darauf ausrichten, sie ist jetzt beschlossen am vergangenen Dienstag im Parlament worden, dass eine weit reichende Steuerreform bereits im kommenden Herbst auf parlamentarischer Ebene beraten werden kann.

2) Die verantwortlichen Stellen des Bundes werden im Sinne des obigen Motivenberichts auf dem Petitionswege ersucht, an dem ursprünglichen Plan zur Umsetzung der Mindestsicherung mit 1.1.2010 festzuhalten sowie umgehend für eine Anhebung der Nettoersatzrate im Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe zu sorgen.

Ich glaube, diese Solidarität sind wir den tausenden Arbeitslosen und Jobverlustigten und MindesteinkommensbezieherInnen schuldig, auch hier in unserem Hause.
Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Bei dem Antrag, eine kleine Vorbemerkung, bei dem Antrag ist, glaube ich, gar nicht so wichtig, wie hier abgestimmt wird, viel wichtiger wäre es, ob der Antrag bei Karl-Heinz Herper in seiner Partei gehört wird, das wäre, glaube ich, noch viel wichtiger als dass wir hier zustimmen und da gibt es

leider kleine Mängel, befürchte ich fast, dass der nicht überall gehört wird, aber warten wir es ab, schauen es an hier, und jetzt rede ich zur Dringlichkeit. Warum ist dieser Antrag dringlich? Er ist nicht nur wegen der Wirtschaftskrise dringlich, er ist auch dringlich, weil genau diese Steuern, um die es hier geht, vor kurzem oder längerem abgeschafft wurden. Wir haben eine Vermögenssteuer abgeschafft, da war auch eine SPÖ dabei, aber gut, die lasse ich in Zukunft weg, wir haben eine Börsenumsatzsteuer abgeschafft, wir haben eine Erbschaftssteuer abgeschafft, all diese Steuern wurden abgeschafft und jetzt ist natürlich dringlichst, diese Steuern wieder einzuführen, deswegen werden wir Grünen der Dringlichkeit zustimmen, aber wir sehen hier schon, dass die SP auf Bundesebene hier auch einiges mitbeschlossen hat, dass die Krise jetzt so ist, dass Vermögen und Vermögenserträge so gering besteuert werden, wie es derzeit der Fall ist. Aber wir stimmen der Dringlichkeit zu, wir werden auch dem Antrag zustimmen, falls es dazu kommt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), und wünschen uns, dass diese Besteuerung wieder ein wenig vom Faktor Arbeit herunterkommt und wieder auf den Faktor Kapital und Vermögen und Vermögenserträge stärker zunimmt (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Karl-Heinz! Selbstverständlich gibt es von unserer Seite dazu Zustimmung, ein ganz wunderbarer Entwurf von dir, präzise und kenntnisreich formuliert. Ich würde fast sagen, ein gesellschaftspolitischer Meilenstein und wenn ich so seltsam lächle, dann habe ich natürlich meine Hintergedanken. Kampf dem Neoliberalismus sagst du, wir sagen, das bedeutet natürlich auch Stärkung des öffentlichen Eigentums. Und wie schaut die raue Wirklichkeit aus? Wie schaut die Politik der Sozialdemokratie um Voves und seine Leute im Landtag aus? Wie stimmen sie ab? Wie schaut die Praxis aus? Der neoliberale Weg ist gescheitert und dies ist nicht die Sozialdemokratie im Landtag, die gerade diesen neoliberalen Weg bestens unterstützt. Schauen wir uns Punkt für Punkt an. Rückkauf der Estag zum Beispiel. Im SP-Wirtschaftsprogramm auf Seite 11 steht, für jene Dienstleistungen, die bereits vollständig oder teilweise liberalisiert wurden, Telekommunikation, Strom, Gas, Eisenbahn, halten wir eine Rückführung in öffentliches Eigentum für gerechtfertigt. Trotz gültigem

Landtagsbeschlusses hat die SPÖ keinen ernsthaften Schritt unternommen, um die EdF-Anteile zurückzukaufen, es hat nur ein unverbindliches Gespräch im Juni 2008 gegeben mit dem Direktor von der EdF. Schauen wir uns den nächsten Punkt an: Liberalisierung des Postmarktes, der ja auch nicht so ganz ohne die SPÖ abgelaufen ist. Einem Antrag der KPÖ sich bei der Bundesregierung für die Rücknahme der Teilprivatisierung einzusetzen, erteilte die SPÖ im Landtag eine Abfuhr, November 2008, ist noch nicht so lange her und mit dem neuen Jahr anscheinend hat sich die Position von Voves zu 180 Grad gedreht, die SP ist ein Meister der Versprechen, das muss ich leider sagen und in der Praxis, in der Realpolitik macht sie dann das Gegenteil. Das Problem hat die ÖVP nicht, sie stützt immer die Reichen und Superreichen, also ist sie davon kaum berührt. Die SP im Wirtschaftsprogramm spricht allerdings davon, wir brauchen einen ordnungspolitischen Rahmen, der den vielfältigen Formen des Marktversagens vorbeugt. Warum spricht sie sich da nicht wirklich entscheidend auch im Steiermärkischen Landtag gegen die Liberalisierung des Postmarktes aus?

Nächster Punkt, schauen wir die Maastricht-Kriterien an: Im Wirtschaftsprogramm der SP, du hast Voves zitiert, ich darf ihn hier ergänzen, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise muss auf europäischer Ebene der Pakt für Stabilität und Wachstum temporär ausgesetzt werden, soweit das Wirtschaftsprogramm der SP. Die Politik der KPÖ im Landtag, wir wollten eine Enquete einrichten über die Auswirkungen der Maastricht-Kriterien, wie sie sich auf den Landeshaushalt auswirken. Ziel sollte sein, eine alternative Handlungsmöglichkeit jenseits des Maastricht-Korsetts zu erschließen, die SPÖ lehnte auch diesen Antrag von uns für die Enquete kommentarlos ab. Das ist die Realität. Schauen wir weiter. Ich lese mit Begeisterung das SPÖ-Wirtschaftsprogramm und bin auf Seite 17, die Aushöhlung der Souveränität der Wählerinnen und Wähler kann auch schleichend durch PPP, private Public Private Partnership Modell, und Auslagerungen erfolgen, das ist mehr als richtig. Die KPÖ stellte den Antrag im Landtag, es ging um das Steiermärkische Abfallwirtschaftsgesetz, Sammlung, Abfuhr und Behandlung von Abfällen zur Gänze wieder der öffentlichen Hand zu überlassen, Abstand zu nehmen von PPP-Modellen. Von der SPÖ gab es keine Unterstützung, ebenso nicht zum KP-Antrag, der beinhaltete eine rigorose Ablehnung von PPP-Modellen im Straßenbau, auch hier stimmte die SP gegen diesen Antrag meiner Partei. Schauen wir weiter: Jetzt bin ich bei der Landesholding. Die KPÖ fordert im Landtag die Landesholding ein, also

langfristige Beteiligungen an Unternehmen mit Standorten in der Steiermark. Ein Wahlversprechen von Landeshauptmann Franz Voves, jetzt hört man von seiner Seite nichts mehr.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Er ist auch Landeshauptmann geworden.

Mag. **Fabisch**: Schauen wir weiter, es geht um Sicherung des Landeseigentums. Um einen weiteren Ausverkauf von strategischem Landeseigentum zu verhindern, hat die KPÖ einen Antrag im Landtag eingebracht, die Landesverfassung in einem wesentlichen Punkt zu ändern, dass indirektes im Besitz des Landes befindliches Eigentum, KAGES, STEWEAG, STEG usw., nicht am Landtag vorbei veräußert werden kann, diese Forderung wurde abgelehnt mit den Stimmen auch von der Sozialdemokratie. Schauen wir weiter: Jetzt bin ich bei der amtlichen Preisregelung und ich lese mit Begeisterung das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie, Seite 12. Die Rolle des Staates wird ausdrücklich darin gesehen, dass er die Preise einer begrenzten Verbrauchsmenge stützen könne, gut. Die KPÖ-Petition an die Bundesregierung, gesetzliche Grundlagen für amtliche Preisregelungen im Energiesektor zu schaffen, wurde nach ablehnender Stellungnahme des Bundeskanzleramtes von der SP verworfen. Würde eine Einzelperson so handeln, würde man wahrscheinlich von einer multiplen Persönlichkeit sprechen, Ärzte haben andere Begriffe, es erinnert mich ein wenig an Schizophrenie. Politisch möchte ich auf jeden Fall sagen, hier hat die SP ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem. Das hat die ÖVP nicht, sie stellt sich schützend vor die Millionäre und Milliardäre, das ist klar. Aber ich glaube, Karl-Heinz, dass du in deinem Antrag für dich auch ehrlich warst und ich glaube das auch von deinen Leuten hier im Gemeinderat und daher lade ich dich ein, um deine Forderungen, die du hier auch eingebracht hast, wirklich stützen zu können, braucht es Geld. Man muss sich das Geld dort holen, wo es ist und dazu gibt es von der KPÖ seit wenigen Tagen eine Kampagne Reichensteuer jetzt, Vermögen von mehr als einer Million Euro soll mit einer Vermögenssteuer von 5 %

zweckgebunden für Beschäftigungsprogramme, Existenzsicherung und Armutsbekämpfung besteuert werden (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich finde es irgendwie sehr schade, dass Klubobmann Herper jetzt nicht da ist, ach so, Entschuldigung. Bin ich schuld, ich bin kurzsichtig und habe meine Brille nicht auf. Lieber Karl-Heinz Herper, eines möchte ich dir schon erklären, diese gesamte Diskussion angezettelt und garniert durch solche Überschriften: Zu mir sagt keiner halt die Pappen, im Übrigen, ich zitiere, kein Ordnungsruf, diese ganze Diskussion ist eine virtuelle, denn wir wissen, es sagt ein Landeshauptmann in der Steiermark, den du jetzt offenbar mit deinem Antrag auch noch ein wenig unterstützt, auf den nicht einmal der Amtsportier in der Löwelstraße die Finger wackelt oder die Ohrwaschl wackelt, wenn er ein Interview in der Qualität des Herrn Landeshauptmann Voves hört. Landeshauptmann Voves hat auch mit seinen Forderungen von der Reichensteuer ungefähr die Wirkung eines umgefallenen Radls in China ausgelöst, sowohl bei seinem Bundeskanzler als auch bei seinem Bundesgeschäftsführer, als auch bei allen anderen Mandatsträgern der Sozialdemokratie abwärts vom Europaparlament über die Bundesregierung, das heißt, man muss sich auch einmal darüber einigen anhand dieser Diskussion, es ist schon eigenartig, dass ein Mensch, der vom Protokoll her ja nach dem Bundespräsidenten eine der wichtigsten Rollen vom Protokoll her in der Republik Österreich, nämlich ein Landeshauptmann, de facto an der sogenannten Beachtungslinie, abgesehen vom Protokoll der politischen Realitäten ungefähr hinter einem Flachwurzler kommt. Also auf den hört keiner in dieser Republik und so auch diese Vorschläge mit der Reichensteuer, diese Vorschläge, die offenbar ein Landeshauptmann jetzt bringt, anders lebt, das muss man auch dazusagen, er lebt andere Dinge vor, als er hier predigt, der Herr Reichensteuerforderer, der in einer Villa im Bezirk Graz-Umgebung lebt, die sich wahrscheinlich keiner in diesem Saal leisten kann, ein Landesparteivorsitzender, der eine Reichensteuer auch für Stiftungen fordert und bis heute nicht in der Lage ist, die genauen Kennzahlen und Bilanzzahlen der Stiftung der SPÖ-Steiermark offenzulegen, der steirischen SPÖ-Stiftung, muss man auch einmal uns zu Gemüte führen, das ist dieser Landeshauptmann, der Geld bunkert, ein Landeshauptmann

der hier diese Forderung aufstellt, von dem wir wissen, dass er mittels dieser ominösen Stiftungen damals bereits, wo die BAWAG ins Trudeln gekommen ist, sich sein Parteihaus in Eggenberg finanziert hat, haben wir das alle vergessen? Um den Landeshauptmann handelt es sich, ein Landeshauptmann, der in der eigenen Prahlsucht seines wirtschaftlichen Lebens beim Einstieg in die Politik selbst jene Prahlsucht unseres Bürgermeisters überstiegen hat und ein noch teureres Büro auf Steuerzahler und Regimentskosten angeschafft hat, als es jemals der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz überhaupt in der Lage war, jener Voves. Abgesehen jetzt davon von dieser Glaubwürdigkeit, die so etwas hinkt, wie selten zuvor, die auch die nächsten Wochen auf die Probe gestellt wird und ich bin mir sicher, du bist wahrscheinlich der Einzige, der an den Lippen des großen Kernölvorsitzenden, Kernölmarxisten und großen Vorsitzenden Voves hängt und hier ihn unterstützt. Der Rest eurer Gruppierung tut es nicht, darf ich schon etwas sagen. Ich halte allein die Forderung für pervers, weil diese sogenannte Reichensteuer richtet sich ja nicht gegen die sogenannten Reichen, die wir alle in irgendeiner Form in die Ziehung nehmen wollen; wenn wir das wollten, reicht de facto die Devisen-Spekulationssteuer, die die Sozialdemokraten verhindert haben seit vier Jahren, hurra, Überraschung. Seit vier Jahren liegt der Vorschlag am Tisch, eine Devisen-Spekulationssteuer für solche virtuellen Summen, die die Weltwirtschaft in die Krise reißen, aber de facto mit der Realität nicht mehr im Zusammenhang stehen, diese Angelegenheiten zu unterbinden. Die SPÖ hat es verhindert auf internationaler Ebene, auf europäischer Ebene wie auch auf nationaler Ebene. Weiterer Entlastungsschritt in der Krise, muss nicht unbedingt Reichensteuer heißen, wenn es um die Arbeitnehmer in der Steiermark geht. Steiermark-Automobilcluster rund um Graz, wir wissen, dass der Automobilsektor einer der Ersten war, weil er ein kommunizierendes Gefäß ist, zumindest ein Wirtschaftszweig, der ein kommunizierendes, ein direktes kommunizierendes Gefäß mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist, wo wir gesagt haben, ok, wenn man hier den Automobilhandel in dieser schwierigen Zeit wieder ein wenig ankurbeln will, da unterscheide ich mich jetzt von den Grünen, die versuchen, diese Krise als Chance für Alternativformen zu entwickeln, ich sage ok, dann bin ich der Althergebrachte, aber wenn ich nach dem althergebrachten Weg hier die Arbeitsplätze retten wollte, dann hätte ich mich als Landeshauptmann Voves auf die Hinterfüße gestellt und er war vor sieben Wochen bei Bundeskanzler Faymann, beim sogenannten

Automobilgipfel, da war er Teilnehmer, und hätte mich dort auf die Hinterfüße gestellt und gesagt, schaffen wir die Nova endlich ab. Wir lassen es zu, dass Grazer und steirische Firmen, dass österreichische Firmen nicht bei österreichischen Automobilhändlern den Automobilabsatz ankurbeln, sondern dass sie ihre Fuhrparks in Freilassing in Bayern in Deutschland kaufen. Weil wir in Europa das einzige Land mit der Nova sind, Sozialdemokratie: Nova-Abschaffung kommt nicht in Frage. Und daher sage ich, in dieser Zeit und in dieser Situation neue Steuern einzuführen mit der Treffsicherheit einer Nacktschnecke, denn der Begriff Reichensteuer, wen er umfasst, ist bis dato nicht geklärt, wird dann am Ende der sogenannte Mittelstand wieder draufzahlen, der Mittelstand, der derzeit, in der derzeitigen Situation eigentlich die Krise tragen sollte, die sogenannte virtuelle Krise, gegen die keiner offenbar etwas tun will. Und das gestrige Budget oder vorgestrige Budget, das vorgestellt worden ist, das war ja ein Beispiel für diese Hilflosigkeit. Statt eine Reichensteuer einzuführen, wäre es doch viel interessanter, in Österreich endlich eine Verwaltungsreform durchzubringen, wo jeder Experte, auch keine Erfindung vom BZÖ, sagt, auch im Rahmen des Österreichkonvents sagt, da sind drei Milliarden Euro locker zu lukrieren. Weitere drei Milliarden Euro, im Übrigen im Rahmen einer Gesundheitsreform, wenn wir sie endlich angehen würden, daher sage ich, wir brauchen keine Reichensteuer, wir brauchen keine neuen Steuern, es wäre der falsche Weg, den Verlust der Moral im nationalen und internationalen Wirtschaftswesen mit einer neuen Steuer zu begegnen. Das kann man viel besser, viel anders, daher werden wir diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen, erstens, und zweitens sind wir auch der Meinung, auch gesetztenfalls, er würde eine Mehrheit hier erhalten, hat er den Wertbestand einer Rolle Klopapier ohnedies nicht überstiegen, denn das wird dann benutzt, wie man dann im Kanzleramt halt auch mit einer Rolle Klopapier umgeht, nicht anders als hier auch. Danke.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Klubobmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun, wenn man sich nicht nur den Antragstext durchliest, sondern auch die politischen Geschehnisse der letzten Woche verfolgt in Mitteleuropa, sage ich einmal, so wundert es mich nicht, dass überall in

allen Gremien die SPÖ auf dieses Thema in der Art und Weise setzt, weil das Ganze bekanntlich aus Deutschland herrührt von der SPD, die enorm unter Druck geraten ist durch die dortige Linke und gemeint hat, mit dem Thema Reichensteuern und alles, was damit verbunden ist, das sei jetzt der Wunderwuzzi, die Wunderwaffe, womit man die politische Konkurrenz, den politischen Mitbewerber ausschalten könnte. Und wenn man sich dann die offizielle SPD-Homepage anschaut und dann findet, während in Österreich noch alles dahinschlummert, die SPD in Deutschland ist ja schon viel weiter und sie fordert eine Erhöhung des Einkommensteuersatzes von 45 auf 47,5 % und es wird dort als Reichensteuer verkauft, so muss man sagen, diese Reichensteuer haben wir schon lange mit einem Höchststeuersatz von 50 %. Also das ist nicht das Gelbe vom Ei. Ich bin aber durchaus bei Karl-Heinz Herper, wenn es darum geht, diese Fehlentwicklung, diese neoliberalistische, auch entsprechend so zu sehen, wie sie war, dass sie als Ideologie sehr viel zu dieser Krise beigetragen hat und wir gerade bei den Verkäufen, und jetzt sind wir wieder bei Graz, bei allfälligen Verkäufen oder auch Privatisierung auch innerhalb des öffentlichen Bereiches von kommunalen Einrichtungen ein wachsames Auge halten werden in Zukunft. Das ist keine Frage, aber ich möchte noch auf einige Sünden der Sozialdemokratie durchaus aufmerksam machen, die ringsherum passieren: ich denke an geplante Verkäufe von Grundstücken im Gesundheitswesen von sämtlichen Landeskrankenanstalten, die auf den privaten Markt geworfen werden sollen, nicht nur die Eigenjagd, die zum LKH Stolzalpe gehört, da würde ich es ja noch verstehen, dass man daraus Geld macht und dass man das Gesundheitswesen stützt, aber wenn man Grundstücke in zentralen Krankenanstalten sozusagen auf den Markt wirft und versucht, über Leasinggesellschaften an liquides Kapital zu kommen, dann habe ich persönlich meine ärgsten Bedenken und ich kann nur sagen, ich habe schon ausgestempelt heute. Das Zweite ist, der Verkauf der AUA auf Bundesebene ist ja auch mehrheitlich missglückt, ich denke daran, dass da über Jahrzehnte auch das Management keine entsprechend gute Leistung erbracht hat im Dienste der Steuerzahler oder des Staates und ich denke daran, und jetzt bin ich wieder in Deutschland im sozialdemokratischen Kernland Nordrhein-Westfalen, wo derzeit gerade die Überlegungen angestellt werden, 3 % des dortigen Stadtwaldes am privaten Markt zu veräußern, ich denke, das sind keine Maßnahmen, die deiner Intention zumindest, wie es im Antrag ist, entspricht. Man muss sich auch die Frage stellen, sind die Anregungen, die da drinnen sind, wirklich innovativ genug, und mir

scheinen sie nicht genug, aber ich gebe zu, man muss hier noch gehörig Gehirnschmalz reinstecken, um hier zu innovativen Lösungen zu finden. Weil ich glaube, dass eine Verteufelung von Kapital, dass eine Verteufelung von Leuten, die als Großverdiener gelten, eine Verteufelung von Leuten, die Leistungsträger der Gesellschaft sind und auch den Spitzensteuersatz im Einkommensteuerwesen bezahlen, dass das nicht der richtige Weg ist, sondern man sollte sich durchaus darüber Gedanken machen, wie man entsprechendes Kapital, wie man entsprechende Arbeitsplätze in Österreich bildet. Ich denke daher, das ist in der heutigen Form aus unserer Sicht noch nicht entsprechend ausgereift. Wir können daher diesen Motivenbericht in dieser Breite, wie sie hier dargestellt wird, nicht unterstützen, wir stimmen daher der Dringlichkeit des heutigen Antrages nicht zu. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also in einem hat mein Kollege Fabisch, glaube ich, völlig Recht gehabt, nämlich die komplette Zersplitterung in der Ausrichtung in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der SPÖ, wo offensichtlich wirklich die eine Hand nicht weiß, was die andere macht. So ist auch dein Antrag, lieber Karl-Heinz, zu sehen, da schlägt der Landeshauptmann, der Landesparteivorsitzende, eine Reichensteuer vor, wie weit sie tatsächlich wahrgenommen ist, will ich hier auch nicht debattieren und schon kommen sehr, sehr viele Bekannte von der SPÖ, die auf Deutsch sagen, das ist eigentlich ein Blödsinn. Zunächst einmal darf ich erinnern, der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien hat gesagt, eine Debatte über neue Steuern in Zeiten dieser Wirtschaftskrise hält er für mäßig klug. Der liebe ehemalige Finanzminister Hannes Androsch hat in einem, denke ich, wirklich sehr brillanten Artikel in der Kleinen Zeitung, die er übertitelt hat mit „eine überflüssige Steuerdebatte“ festgehalten als Fazit, die in die öffentliche Diskussion eingebrachten steuerlichen Vorschläge verkennen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und würden nicht zukunftsfördernd, sondern vielmehr zukunftshemmend wirken. Die Krise wird damit nicht bekämpft, vielmehr wird dadurch der Weg aus der Krise erschwert. Zitat Ende. Darf ich Sie vielleicht daran erinnern, dass die Vermögenssteuer, übrigens genauso wie die Gewerbesteuer unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Lazina abgeschafft wurde mit guten Gründen.

Als Gegenfinanzierung wurde damals eingeführt die Endbesteuerung des Kapitalertrages, die insgesamt einen sehr, sehr viel höheren Ertrag gebracht hat. Lieber Karl-Heinz, du hast heute schon einmal über die Kompetenz eines neuen Stadtregierungsmitgliedes gesprochen, du hast sie angezweifelt. Ich bin zum Unterschied vom Kollegen Fabisch überhaupt nicht der Meinung, dass das ein brillanter Antrag ist, im Gegenteil, ich halte ihn für sehr schlampig und auch nicht sehr sorgfältig ausgeführt. Du willst uns zwar weismachen im letzten Absatz, nochmals zur Klarstellung, Strukturreform heißt, es geht nicht um neue Steuern, ich habe das ernst genommen, Herr Kollege, sonst hätte ich das jetzt anders aufbauen müssen, du schreibst, lieber Karl-Heinz, es geht nicht um neue Steuern, sondern um Verschiebungen. Zwei Seiten davor schreibst du, die stärkere Besteuerung von Vermögen sowie die Einführung von Transaktions- und Vermögenszuwachssteuern zählen zu den vorgeschlagenen Maßnahmen, aber auch eine Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer darf nicht tabu sein, letztlich würden diese Maßnahmen zu neuen Einnahmequellen führen, das ist der ursprüngliche und der alte sozialdemokratische Reflex, wenn es Schwierigkeiten gibt, dann weniger Reformen, sondern neue Steuern. Ich möchte gerne auch noch auf den Titel kommen, du schreibst, „dringende Umsetzung einer weit reichenden Steuerreform mit 1.1.2010“. Ich nehme an, dass auch du weißt, dass wir mitten in einer Steuerreform sind. Mit 1.1.2009 gibt es eine Lohnsteuerreform, die auch die Budgets sehr stark selbstverständlich belasten wird und mit 1.1.2010 wird ein neuer Schritt in dieser Steuerreform umgesetzt, nämlich der vorzeitige Abschreibungsbetrag in Höhe von 30 %, das sind Maßnahmen, die die Regierung gesetzt hat, die Investitionen anreizen sollen, die Entlastung bringen, um die Nachfrage auch in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu ändern. Das, denke ich, ist der richtige Weg. Mir ist klar, dass du hier eine Gebetsübung für den Landesparteivorsitzenden Franz Voves machst, indem du auch hier die Unterstützung andeutest, das ehrt dich, ich denke, auch noch andere Parteien, es ehrt dich sicherlich, aber dringlich ist das nicht, lieber Karl-Heinz (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Ich bedanke mich bei jenen Kolleginnen und Kollegen, also vor allem bei Wohlfahrt und Fabisch, die trotz aller kritischen Einwände und kritischer Sichtung

sich zu der Grundfrage gestellt haben, nämlich dass es jetzt einer Umverteilung bedarf und dass es einer bedarfsorientierten Mindestsicherung bedarf und dass es vor allem um eine Erhöhung der Nettoersatzraten im Arbeitslosengeld geht und dass wir konkrete Hilfe zu leisten haben. Ich glaube, das sind wichtige Fragen, sieht man von aller Polemik ab. Es gibt Polemiken, die sind ein Vorgriff auf den Landtagswahlkampf, es sind Polemiken, die höre ich in öffentlichen Diskussionen, so wie gestern um Mitternacht oder immer wieder, dass es ein Zugriff auf die Häuslbauer wäre und auf die Wohnungsbesitzer und dass es unnötig wäre. Klar ist, auch wir sind daran zu messen, sowohl mit diesem Dringlichen als auch der angesprochene Landeshauptmann Franz Voves, der das Mitte April präsentiert hat. Dieses Verhalten, das Abstimmungsverhalten, die Vorgehensweise in Zukunft bei Anträgen auch anderer Parteien ist daran zu messen am Wirtschaftsprogramm, das der Landeshauptmann präsentiert hat und den Forderungen, keine Frage. Wir in Graz gehen einen konsequenten Weg, ob in Solidarität mit oder ohne, aber wir in Graz gehen als Grazer SozialdemokratInnen einen klaren und deutlichen Weg. Wir fordern die Bundespartei heraus und ich bin sehr froh, dass der Staatssekretär Peter Schieder gestern Abend in der ZIB2 zuerkannt hat als Mitglied der Bundesregierung, dass es notwendig ist als Mitglied der Bundesregierung, dass es notwendig ist, auch in dieser Legislaturperiode zu einer Steuerreform neuen Schnitts, zu einer Umverteilung und zu neuen Steuern zu kommen im Interesse der Wirtschaftskrise und deren Folgen, nämlich für 10.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Ich glaube, auch die Bundesregierung steht vor einem Scheideweg, behaupte ich, ob sie nun Faymann oder Pröll heißt, sie steht vor einem Scheideweg. Heute, ich sage das nur, weil wir konsequent sind, wir sind als Grazer konsequent und wir stehen auch dazu, zu diesen Forderungen, weil wir im Interesse und Solidarität für die Benachteiligten und für die sozial Schwachen stehen. Wenn ich heute ins News hineingeschaut habe, dann sehe ich die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher goutiert und unterstützt eine solche Vorgangsweise und einen solchen Weg. Ich glaube, deswegen ist es angebracht und dringlich, dass auch in diesem Haus diskutiert wird und dass auch diese Fragen hier breit diskutiert werden sollen und dass wir nicht nur ablehnen. Es kann nicht nur ein Wirtschaftsgipfel gefordert werden, der nicht eingehalten wird, so wie das letzte Mal, der Bürgermeister hat uns zugesichert auf die Forderungen des Kollegen Kolar, es wird hier einen Wirtschaftsgipfel geben. Er

hat uns das zugesichert, er findet nicht statt, die Aufgabe wurde expediert an die Wirtschaftskammer, wo er demnächst stattfinden wird. Das ist nicht Aufgabe der politischen Sphäre und ich unterstütze Fabisch und Wohlfahrt, wenn sie sagen, wenn der neoliberale Weg zu Ende ist, muss es auch eine Stärkung des öffentlichen Eigentums geben. Wir werden mit Zähnen und Klauen dieses öffentliche Eigentum verteidigen und stärken und das ist auch in Zukunft unsere Aufgabe als Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter hier in diesem Hause. Ich ersuche noch einmal, von aller Polemik abzusehen und einem solchen dringlichen Antrag doch eine Chance zu geben, nämlich einer breiten Debatte und einer politischen Debatte und nicht nur einer Polemik. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 19.45 bis 20.30 Uhr.

4) Kinderbetreuung/Vorlage eines Bauprogramms

GRin. **Meißlitzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Stadtregierungsmitglieder, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass die für Eltern kostenlose Kinderbetreuung für die 3- bis 6-jährigen ein sozialpolitischer und pädagogischer Meilenstein ist, das wird in dem Raum wohl unbestritten sein. Tatsache ist aber auch: Wie zu erwarten war, hat damit ein Run auf die Kindergärten und Tagesmütter

eingesetzt, mit dem auch das in den vergangenen Gemeinderatsperioden unter den Stadträtinnen Helga Konrad und Tatjana Kaltenbeck-Michl initiierte Kindergarten-Bauprogramm nicht Schritt halten konnte. Denn natürlich ist die Nachfrage nach Betreuungsplätzen durch die mit diesem Kindergartenjahr eingeführte Gratis-Betreuung noch einmal enorm angewachsen.

Auf dem Rücken der Eltern und Kinder politisches Kleingeld wechseln und Schuldzuweisungen versuchen zu wollen, hilft den Betroffenen nicht. Daher ist es nicht zielführend, über Wenn und Aber zu lamentieren, oder sich darüber auszutauschen, ob und wie Ressortverantwortliche Vorsorge hätten treffen können. Das hilft den betroffenen Familien absolut nicht.

Und betroffen von der zu geringen Zahl an Betreuungsplätzen sind ja nicht nur Eltern von Drei- bis Sechsjährigen. Auch auf das Betreuungsangebot der bis Dreijährigen wirkt sich der Engpass aus: Denn nicht wenige Eltern versuchten jetzt, weil es keinen Kindergartenplatz, sprich Kinderkrippenplatz, gibt, die Kleinen bei Tagesmüttern unterzubringen.

Speziell Alleinerziehende drohen nun in eine Armutsfalle zu fallen: Denn, wenn sie in Ermangelung eines Betreuungsplatzes für die Kleinen keiner Berufstätigkeit nachgehen können, verhindern wir, dass sie finanziell auf eigenen Beinen stehen können, machen wir sie über kurz oder lang möglicherweise zu SozialhilfeempfängerInnen.

Dass man heuer noch kurzfristig über Provisorien die Lücken im Betreuungsnetz zumindest einigermaßen zu schließen versucht, ist natürlich nur eine Notmaßnahme, um die Härten teilweise abzufedern, das ist ein Ergebnis von sehr bemühten ressort- wie auch parteiübergreifender Initiativen von Landesrätin Bettina Vollath und der StadtsenatsreferentInnen Detlev Eisel-Eiselsberg und Elke Edlinger und zeugen vom Problembewusstsein.

Nur stellen solche Notfallspläne natürlich keine Dauerlösung dar. Was jetzt dringend erforderlich ist, das ist ein weiterer massiver Ausbau der Kinderbetreuung, sowohl im Kinderkrippen- als auch im Kindergartenbereich. Nun wissen wir natürlich alle, dass die allgemeine Wirtschaftslage auch äußerst negative Auswirkungen auf die öffentlichen Mittel hat. Aber noch gibt es auf Landesebene einen Baufonds für

Krippen und Kindergärtenneubauten, der für die Jahre 2009 und 2010 auf Initiative von Landesrätin Bettina Vollath massiv aufgestockt wurde. Statt bisher 1,4 Millionen stehen in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 9 Millionen Euro zur Verfügung, die Errichtung von Kindergärten wird nun vom Land mit bis zu 40 Prozent, von Kinderkrippen sogar mit bis zu 50 Prozent gefördert. Eine Chance, die auch die Stadt Graz noch unbedingt nützen sollte, indem raschest ein Kinderbetreuungs-Bauprogramm ausgearbeitet und zwecks Finanzierung mit dem Land Verhandlungen aufgenommen werden sollten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

dem Gemeinderat der Stadt Graz möge bis spätestens 25. Juni 2009 ein Bauprogramm für Kinderkrippen und Kindergärten vorgelegt werden, das als Grundlage für die Finanzierungsverhandlungen mit dem Land Steiermark dient (*Applaus SPÖ*).

5) Kindergärten und Tagesmütter - Sofortmaßnahme

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag der SPÖ können wir zustimmen, nur ist unser Antrag der Freiheitlichen, also weit reichender und bringt eine Sofortmaßnahme, vor allem eine rasche Hilfe für die betroffenen Eltern und allein erziehenden Mütter. Den Medienberichten vergangener Tage war zu entnehmen, dass das Fehlen entsprechender Kinderbetreuungseinrichtungen seitens des Landes und der Stadt viele allein erziehende Mütter in die Armutsfalle treiben.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die derzeitigen Engpässe eindeutig auf ein Eigenverschulden der öffentlichen Hand zurückzuführen

sind. Die gestiegene Nachfrage hat die tatsächlich vorhandenen Kapazitäten nicht unerwartet gesprengt. Solcherart entstandene Engpässe dürfen nicht auf dem Rücken der betroffenen Mütter beziehungsweise Eltern ausgetragen werden, hier muss die öffentliche Hand durch Sofortmaßnahmen einspringen und die ursprünglichen Versäumnisse kompensieren.

Wenn Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg meint, mit Containerlösungen Provisorien schaffen zu können und damit den Anforderungen zu genügen, so erlaube ich mir, hier entschieden zu widersprechen.

Die Nachfrage wird weiter steigen und muss durch entsprechende Einrichtungen und Maßnahmen von öffentlicher Seite dauerhaft bedient werden. Der Vorschlag von Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg erscheint mir überhaupt unpassend, handelt es sich doch um unsere Kinder, die hier sozusagen in Containern „zwischenlagert“ werden sollen.

Stadt und Land haben die Pflicht, nun Gelder zur Verfügung zu stellen und die Ausbildung von Tagesmüttern und die Schaffung privater Kindergärten nach dem neuen Fördersystem zu fördern, und bitte passen Sie dabei auf, bis der Bedarf seitens der öffentlichen Hand ausreichend gedeckt werden kann. Denn die Baumaßnahmen, wie sie von der SPÖ angekündigt wurden, können diese maximal in drei bis fünf Jahren Fuß fassen, jetzt brauchen aber die betroffenen Eltern und allein erziehenden Mütter rasche Hilfe, das heißt, eine Sofortmaßnahme. Der reale Boden der Tatsache ist, die Stadt benötigt rasche Kinderbetreuungseinrichtungen, da wäre der Ausbau von privaten Kindergärten unkomplizierter, schneller und billiger auch für die Stadt Graz. Wie gesagt, bis der Bedarf seitens der öffentlichen Hand ausreichend gedeckt werden kann. Jetzt komme ich schon zur Formulierung meines Antrages.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg wird ersucht, in Abstimmung mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Dr. Rüschi die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung der Ausbildung von Tagesmüttern und zur Förderung des Ausbaus von

Privatkindergärten nach dem neuen Fördersystem zu prüfen, um dem Gemeinderat unverzüglich hierüber zu berichten.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen, sodann auf dem Petitionswege an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark heranzutreten und um die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung der Ausbildung von Tagesmüttern und zur Förderung des Ausbaus von privaten Kindergärten zu ersuchen, welche in Abstimmung zwischen Stadt und Land an die zu unterstützenden Stellen vergeben werden sollen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, nach Absprache mit allen Klubobleuten und dem Herrn Gemeinderat Grosz möchte ich bekanntgeben, dass wir ab jetzt versuchen werden, die Rednerzeit auf drei Minuten zu beschränken, das bitte ich Sie dann auch möglichst einzuhalten (*allgemeiner Applaus*), und jetzt kommen wir zur Debatte über die Dringlichkeit.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Die Zeit läuft. In diesem Sinne werde ich auf gewisse Unschärfen beider Motivenberichte nicht näher eingehen. Ich habe heute bei der Beantwortung der Frage von der Frau Mag. Taberhofer schon einiges gesagt. Faktum ist, dass wir da und dort ganz sicher einen Nachholbedarf haben aus verschiedensten Gründen, die ich jetzt auch nicht näher erläutern werde. Faktum ist auch, dass die Stadt Graz ganz genau weiß, was sie in den nächsten Jahren will. Eine AOG ist überwiegend mit dem Finanzreferenten ausverhandelt, so wie heute die Dinge stehen, wird es auch im Mai einen Bericht von ihm geben, da werden diese Projekte auch alle darin enthalten sein, es gibt auch die Vereinbarung nicht zuletzt auf der Notwendigkeit, dass wir diese AOG, die dann einmal präsentiert wird, für die Jahre 2011 bis 2015 auch dann verschieben können und vorziehen können das eine oder andere Projekt. Wir sind auch in sehr guter Kooperation mit den privaten Einrichtungen in unserer Stadt, dass auch diese die Fördermittel, die zur Verfügung stehen, bestmöglich nutzen. Wir sind auf verschiedensten Ebene also tätig. Inhaltlich ist es dringlich und da sind wir auch dahinter, aber mit der Dringlichkeit dieser beiden

Anträge am heutigen Tage schaffen wir keinen einzigen weiteren Betreuungsplatz in dieser Stadt. Es ist auch nicht notwendig, weil wir sind gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie in guter Planung sind und wir werden spätestens, wie es auch im Antrag gewünscht war, im Juni auch präsentieren, wie es in den nächsten Jahren weitergeht. Also keine Dringlichkeit der Anträge, inhaltlich ja (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Liebe Kollegin Benedik, unser dringlicher Antrag beinhaltet ja einerseits den Hinweis, dass es Sofortmaßnahmen braucht, aber uns war es einfach wichtig, auch in die Zukunft zu schauen, zu erfahren, dass im Gemeinderat auch die Information gegeben ist, wie schauen die konkreten Vorhaben des Amtes für Jugend und Familie für den weiteren kontinuierlichen Ausbau aus. Deswegen stimmen wir Ihrem Antrag, der Dringlichkeit, auch Ihrem Antrag zu, nur inhaltlich zu Ihrem Antrag da könnten wir nicht zustimmen, weil eben über Sofortmaßnahmen einerseits bereits geredet wurde, es hat gemeinsame Treffen gegeben, es hat das AMS schon angeboten, die Ausbildung von Tageseltern zu finanzieren. Wir sehen auch die Unterbringung in Containergruppen anders, weil wir hier gute Erfahrungswerte haben und es entspricht auch nicht unserer Haltung, dass wir nur für den Ausbau von Privatkindergärten wären, zumal ich Ihrem Argument, dass quasi Privatkindergärten schneller gebaut werden könnten als öffentliche Kindergärten, nichts abgewinnen kann, weil hier auch die Erfahrungswerte, die wir haben, andere sind und auch die Forderung ans Land, was die Förderung der Mittel für Ausbauprojekte angeht, verweisen wir noch einmal auf den Antrag von Kollegin Meißlitzer, wo sie ausgeführt hat, dass gerade jetzt 2009 und 2010 hier der Baufonds des Landes gut gefüllt ist und dass es darum geht, dass wir hier gemeinsam uns einsetzen, dass die Stadt Graz hier einen möglichst großen Brocken davon abholen kann (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Benedik**: Die öffentliche Hand, muss ich schon da ganz ehrlich sagen, hat versagt, weil sonst wären verschiedene allein erziehenden Mütter nicht an der Grenze der Armutsfalle und wenn ich höre nur von Baumaßnahmen, weiß ich sicher, dass das drei bis fünf Jahre dauern wird und der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat ja

auch gesagt, 2011 bis 2015, bis dahin könnten schon Horden von allein erziehenden Müttern der Sozialhilfe bedürfen. Und wir werden ganz genau beobachten, wann Kindergärten gebaut werden, ich meine der Ausbau von Privatkindergärten würde schneller gehen und würde unkomplizierter sein (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Meißlitzer**: Ich muss der Kollegin Benedik widersprechen, also ich bin auch der Meinung, dass die öffentliche Hand sehr wohl die geeigneteren Maßnahmen setzen kann und dringlich erachte ich diesen Antrag deswegen, weil wir einfach nur wissen wollen, was ist in kürzester Zeit an Baumaßnahmen geplant, was wird umgesetzt und was ist möglich, damit diese Notsituationen, die ja jetzt greifen und auch gut sind und so, wie es schon geheißen hat, diese Containerlösungen haben ja auch in der Vergangenheit sich bewährt und sind ja nicht das Schlechteste. Aber dringlich erscheint uns diese Maßnahmen, die jetzt sofort zu setzen sind, dass wir die einfach im Gemeinderat eingebracht bekommen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit des Antrages von Gemeinderätin Meißlitzer wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages von Gemeinderat Benedik wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Auszahlung von Wohnbeihilfe auch bei geringen Beträgen

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um die Auszahlung von Wohnbeihilfe auch bei geringen Beträgen. Das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz normiert die Wohnbeihilfe. Da steht: "Die Wohnbeihilfe ist ab dem Monat der Einbringung des Ansuchens höchstens auf die Dauer eines Jahres zu gewähren. Eine Wohnbeihilfe, die nicht mindestens 10 Euro monatlich beträgt, ist nicht zu gewähren."

Begründet wird das mit den Bankgebühren. Nun, wenn jemand einen Anspruch auf neun Euro Wohnbeihilfe hätte, das wären im Jahr immerhin 108 Euro, das ist keine Bagatelle für viele Menschen und es ist nicht einzusehen, dass diese Menschen diese Wohnbeihilfe nicht bekommen. Ich gehe davon aus, dass sich hier die Landesregierung doch ein ganz schönes Körberlgeld genehmigt hat über viele Jahre, ein Geld, das diesen Menschen eigentlich zugestanden wäre und das ist verwerflich und durch nichts zu rechtfertigen.

Unser Vorschlag wäre daher, die Wohnbeihilfe zum Beispiel nicht jeden Monat auszuzahlen, sondern vielleicht in Tranchen zweimal im Jahr oder vielleicht einmal im Jahr.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge folgende Petition an den Steiermärkischen Landtag beschließen:

Der Landtag wird ersucht, die zuständige Abteilung der Landesregierung zu beauftragen, eine Novelle des § 20 des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes dahingehend auszuarbeiten, dass Wohnbeihilfe an Anspruchsberechtigte auch bei Beträgen unter 10 Euro pro Monat ausbezahlt wird. Eventuell könnte dies im Sinne des oben erwähnten Motivenberichtes in Form von

einmal oder zweimal jährlichen Auszahlungsterminen erfolgen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 21.47 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte KollegInnen, liebe Frau Vizebürgermeister! Wir sehen auch die Notwendigkeit, dass wir den Antragstellern eben das Geld zukommen lassen und sehen vor allem auch die Effizienz, das einmal oder zweimal auszubezahlen im Jahr, das ist sicher besser und denke ich mir auch, ein wenig effizienter, daher stimmen wir der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu.

GRin. **Bergmann**: Liebe Sigi, wir werden diesen Antrag natürlich auch in der Dringlichkeit und im Inhalt unsere Zustimmung geben. Ich möchte auch nur noch anmerken, also mich empört das, vor allem, wenn das Menschen sind, die sowieso schon wenig Einkommen haben, für die sind auch vielleicht 60,70 oder 90 Euro im Jahr, wenn sie das einmal bekommen, eine Menge Geld. Wir merken das immer wieder, wenn bei uns im Klub Leute um Dinge ansuchen, wo es oft um 20 bis 50 Euro geht, die sie sich einfach nicht mehr leisten können. Ich finde es aber überhaupt generell, nicht nur hier bei diesen Wohnbeihilfen, sondern es ist in Österreich in vielen Bereichen so, dass viele Dinge generell abgeschafft werden, weil sie mehr oder weniger unter der Geringfügigkeitsgrenze liegen, das heißt also, wenn jemand wenig hat, wenig bekommt, dann ist es gescheiter, er bekommt es gar nicht, weil das zahlt sich irgendwie gar nicht aus, und aus dem Grund danke für deinen Antrag (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Unsere Fraktion wird der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Ich möchte nur darauf verweisen, dass ja die Wohnbeihilfe und die

Berechnungsgrundlage dahinter eine Jahresberechnung, Einkommensberechnung erfordert. Der Verwaltungsaufwand wird nicht gering sein, aber wir gehen davon aus, dass er auch lösbar sein wird. Wir stimmen Dringlichkeit und Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Initiative gegen die drohende Abwanderung der Justizanstalt Graz Karlau

GR. **Sikora** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Initiative richtet sich gegen die drohende Abwanderung der Justizanstalt Graz-Karlau. Das ist ein Dringlichkeitsantrag, der zusammen für 220 Bedienstete der Justizanstalt Graz-Karlau unter anderem auch im Namen von 50 Zulieferfirmen, die von der Karlau leben, und im Namen von rund 600 Häftlingen, die wir zur Zeit haben, gestellt wird. Einem Geheimbericht des Bundesministeriums für Justiz zufolge prüft der Bund die Möglichkeit, die Justizanstalt Graz Karlau (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), Österreichs zweitgrößtes Gefängnis, zu veräußern und ein neues Gefängnis am äußeren Stadtrand von Graz zu errichten.

Der bauliche Zustand der Justizanstalt Graz-Karlau verlangt nach einer Generalsanierung, man spricht von zirka 80 Millionen Euro Kosten. Daher überlegt nun das Bundesministerium für Justiz zusammen mit der BIG, die ja bekanntlich die Liegenschaft verwertet, ob es nicht wirtschaftlicher wäre, die Karlau zu verkaufen und ein neues Gefängnis am äußeren Stadtrand von Graz zu bauen. Die

Wirtschaftlichkeit wird vom Bundesministerium für Justiz gerade geprüft, noch heuer im Herbst soll es zu einer Entscheidung kommen.

Vielleicht kurz zur Geschichte der Karlau, um die Wertigkeit aufzuzeigen: Bereits 1794 wurde das ehemalige Schloss „Karl-Au“ zur Unterbringung französischer Kriegsgefangener eingesetzt. 1803 wurde das Schloss Karlau Provinzialstrafhaus für Häftlinge mit Strafen von bis zu 10 Jahren Freiheitsentzug. Nach Auflassung der Zitadelle und der Kasematten des Schloßberges wurden auch alle anderen Schwerverbrecher in die heutige Justizanstalt Graz Karlau verlegt.

Für die Stadt Graz wäre ein Umzug der Karlau aus ökonomischen und ökologischen Gründen fatal, ist die Karlau mit seinen zirka 600 Insassen und rund 220 Bediensteten doch ein großer Wirtschaftsfaktor für die Stadt, vor allem im Bezug auf Kommunalabgaben und in Punkto Finanzausgleich des Bundes. Zahlreiche Grazer Kleinbetriebe leben mit und vom Bestand der Karlau, die Justizanstalt ist darüber hinaus so zentral gelegen, dass sie leicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist. Auch haben die meisten der zirka 220 Bediensteten ihren Lebensmittelpunkt in Graz, aus sozialer und ökologischer Sicht wäre auch für die Bediensteten ein Umzug ins Grazer Umland fatal.

Im letzten Jahr wurden 12 Millionen Euro schon in die erste Renovierungsphase gesteckt. Für das heurige Jahr sind weitere Millionen für Sicherheitserneuerungen, die einfach notwendig sind, und damit die Sicherheitseinrichtungen wieder den neusten Standrads entsprechen, verplant, für das nächste Jahr ist ein Besucherzentrum für nochmals 15 Millionen Euro in Planung, das auf alle Fälle gebaut wird, auch wenn es zu einem Umzug kommen sollte. Platz für vernünftige attraktive und Kosten sparende Alternativen im vorhandenen Anstaltsareal gäbe es genug, auch im Einklang mit den vorhandenen Anrainern.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich aus ökologischer und ökonomischer Sicht gegen die drohende Abwanderung der Justizanstalt Graz Karlau aus dem

Grazer Stadtgebiet und tritt rasch mit dem Bundesministerium für Justiz in Verhandlung, um für alle im Motivenbericht aufgezählten Seiten vernünftige und gemeinsame Alternativen für den Erhalt der Justizanstalt Graz Karlau im Grazer Stadtgebiet zu erarbeiten (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Es ist so, dass wir, lieber Kollege Christian Sikora, vollstes Verständnis haben, nachdem du ja selber Justizbediensteter bist, dass du dich für die Anliegen deiner Kolleginnen und Kollegen hier besonders einsetzt und es ehrt dich. Auf der anderen Seite muss ich natürlich eines sagen, es gibt ein mögliches Geheimpapier, das kann man nicht so richtig verifizieren, inwieweit trifft es tatsächlich zu, auf der anderen Seite ist es natürlich schon so, dass uns das schon auch wichtig ist, dass natürlich auch die Karlau mit, wie du genannt hast, mit rund 50 Zulieferfirmen hier ein wesentlicher Faktor ist, die würden ja auch bei einer etwas anderen Situierung dieser Strafanstalt auch nicht unbedingt verlorengehen, weil ja auch in Zukunft hier eine entsprechende Versorgung gegeben sein müsste. Auf der anderen Seite muss ich natürlich schon auch betonen, dass wir irgendwo die Kirche im Dorf lassen müssen, bei allem Verständnis, und ich weiß zwar nicht, bei einem Schichtbetrieb, wie es sicherlich bei euch der Fall ist, inwieweit da wirklich sehr viele Bedienstete und Justizwachebeamte tatsächlich mit dem öffentlichen Verkehrsmittel mitten in der Nacht kommen und wieder wegfahren, also glaube ich, dass auch diese zentrale Lage und diese gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht so im Vordergrund steht, mag sicher für den einen oder anderen günstiger sein, dort so hin zu kommen oder auch für den einen oder anderen Besucher eines Häftlings. Auf der anderen Seite muss ich natürlich schon sagen, deshalb die Kirche im Dorf lassen, wenn wir gleichzeitig hier in der Stadt Probleme haben, dass tausende Bedienstete um ihren Arbeitsplatz Angst haben, kann man zumindest hier bei deinen Kolleginnen und Kollegen davon ausgehen, dass hier keine Existenzängste im Vordergrund stehen, weil ja doch die meisten sicher auch pragmatisiert sind oder eine entsprechende Absicherung haben. Das heißt im Klartext, wir sehen hier nicht unbedingt jetzt die Dringlichkeit, wir verlassen uns, wie auch in anderen Fällen, natürlich auch in diesem Fall auf den Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, Mag. Nagl, dass er in seiner Umsicht, in seinem Weitblick natürlich entsprechend mit

seiner zuständigen Justizministerin hier in Kontakt treten wird und ärgere Abwanderungen oder Absiedelungen hier sicher weiß zu verhindern. In diesem Sinne rechnen wir ganz stark in dieser Frage mit dem Herrn Bürgermeister und aus dem Grund sehen wir hier keinen Grund, einer entsprechenden Dringlichkeit zuzustimmen und auch nicht dem Inhalt Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Gesek:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Laut Auskunft des Kabinetts unserer Grazerin Justizministerin Frau Dr. Bandion-Ortner zufolge gibt es weder Gespräche oder einen Geheimbericht noch existieren Akten bezüglich Abwanderung der Justizanstalt Karlau. Sehr wohl hat es vor sechs Jahren Überlegungen gegeben zu prüfen, inwieweit ein Neubau der Vollzugsanstalt Karlau sinnvoll wäre. Diese Überlegungen wurden aber auf Grund der hohen Kosten sofort wieder verworfen. Es wurde aber damals eine Machbarkeitsstudie bezüglich Generalsanierung der Strafanstalt in Auftrag gegeben, wonach eine Generalsanierung Zug um Zug in acht Etappen beschlossen wurde. Die erste Etappe, nämlich Neugestaltung des Zugangsbereiches mit beachtlichen Sicherheitsmaßnahmen mit einem Kostenaufwand von 4,4 Millionen Euro wurde bereits im Herbst 2008 realisiert. Derzeit ist eine weitere Etappe, nämlich die zweite Etappe, in Vorbereitung, nämlich sicherheitstechnische Maßnahmen betreffend Gebäude in der Höhe von 4 Millionen Euro, die für Herbst dieses Jahres vorgesehen ist. Es ist bemerkenswert, dass wenn eine Grazer Wochenzeitung darüber einen Bericht bringt, der nicht den Tatsachen entspricht, dies zu einem dringlichen Antrag im Gemeinderat führt, der wortident mit dem Zeitungsartikel ist, ohne dass man sich hier darüber selbst informiert. Vielmehr ist richtig, dass die Vollzugsanstalt Graz-Karlau derzeit bereits ein technisch bestens ausgerüstetes Hochsicherheitsgefängnis und eine der sichersten Strafanstalten Österreichs ist. Es besteht daher überhaupt kein Handlungsbedarf bezüglich dieses Dringlichkeitsantrages, es werden nur 220 Bedienstete der Vollzugsanstalt dadurch verunsichert. Die ÖVP-Fraktion wird daher der Dringlichkeit und dem Antrag ihre Zustimmung verwehren (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Es freut mich, dass nach einem Jahr Klatschen, die Frau Gesek nun auch wieder spricht mit uns, herzlichen Dank. Bandion-Ortner, nicht Grazerin, Tamswegerin, zweitens zum Kollegen von der Sozialdemokratie, Justizwache pragmatisiert, aufgelegter Topfen, wie wir wissen, weil es ja auch die Programme gegeben hat, dass Bundesheerangehörige bei der Justizwache einsteigen und dass man Bundesheerangehörige, die weder beim Bundesheer pragmatisiert sind und daher auch bei der Justizwache nicht pragmatisiert sind. Drittens, Beispiel für die widersinnige Politik auch in diesem Bereich, in Leoben wird ein neues Schubhaftzentrum gebaut, an einem widersinnigen Ort, zeitgleich wird hier in Graz über die Schließung einer Justizwacheanstalt gesprochen, die als sicher gilt, die ein guter Standort ist, über den es auch keine Diskussion auch innerhalb der Bevölkerung gibt. Ich verstehe den Antrag der KPÖ als Vorratsbeschluss, wir stimmen dem zu als Vorratsbeschluss, dass sofern es solche Bestrebungen gibt, von vorneherein die Stadt Graz ihr Veto dazu einlegt. Danke.

GR. Mag. **Korschelt**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, wobei ich natürlich auch voll ident fast bin mit dem Kollegen Grosz, ich mich natürlich schon wundere über den Kollegen Eichberger und die Kollegin Gesek, in der Bank bist du immer relativ vernünftig, nur wenn du herausgehst, machst du eine Metamorphose durch, weil da auf einmal, na wirklich, das ist mir vollkommen unverständlich und bei Ihnen auch, Kollegin Gesek, das war eine Leseübung, die Sie da heruntergehalten haben, scheinbar hat Ihnen das jemand vorgeschrieben. Ich finde überhaupt nichts dabei, warum von einer Verunsicherung, 240 Kollegen, die Sie haben, kann überhaupt keine Rede sein, was ist da verschlossen oder was ist daran schlecht, wenn ein Gemeinderat sich sagt, ok, wir wollen volkstümlich ausgedrückt, den Häfn in Graz behalten, ist an sich nichts Negatives dabei, dass man das noch einmal bestätigt, weil ja sehr viele Argumente sind und auch vom Kollegen Eichberger, natürlich kann man sagen, die können woanders hinfahren, nur es ist ein Unterschied, ob 220 Leute in der Stadt arbeiten, ich weiß nicht, wie viele Gefangene sind unten? 600, also da wird sicher an Material, Essen usw. relativ viel zugeliefert, was in der Stadt gekauft wird, wenn das natürlich

dann, und das weiß man natürlich nicht, ob es verlegt wird innerhalb von Graz, oder kann natürlich die Frau Justizminister natürlich auf die Idee kommen, das nach Tamsweg zum Beispiel zu verlegen, weil sie aus Tamsweg ist...

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Reg dich nicht auf, jetzt bist schon wieder in der Bank, du hast wieder eine Metamaphose, jetzt redest wieder ganz anders.

Zwischenruf GR. Eichberger: Das waren schon drei Minuten.

Mag. **Korschelt**: Sind ja erst eineinhalb Minuten, wenn du mich unterbrichst, das ist Nettozeit, das ist so wie beim Eishockey, das musst du abziehen dann, wenn ich immer mit dir reden muss, dann musst du das abziehen. Aber sie könnte es woanders hinverlegen und das heißt ja nicht, dass das in Graz bleibt und wenn es von Graz wegkommt, haben wir sehr viel, von den Steuern angefangen bis eben von der Bäckerei bis zum Fleischer, die in die Karlau liefern, also ich finde das gut vom Kollegen und ich finde keine Argumente, dass man diesen Antrag vom Kollegen nicht unterstützen sollte. In diesem Sinne wundere ich mich, bei der Kollegin Gesek wundere ich mich gar nicht, nur beim Kollegen Eichberger wundere ich mich, der Sicherheitssprecher der SPÖ ist sicher immer mehr zum Unsicherheitssprecher der SPÖ entwickelt.

Zwischenruf GR. Eichberger: Die tun doch keinem etwas.

Mag. **Korschelt**: Das weiß man nicht, die haben schon hie und da was getan, wenn du dich erinnern kannst, hat es da ganz schöne Sachen gegeben in der Karlau. In diesem Sinne, bevor die drei Minuten vorbei sind, wir stimmen dem Antrag und der Dringlichkeit zu, damit auch der Kollege Hohensinner beruhigt ist, die drei Minuten sind vorbei. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Hagenauer**: Hoher Gemeinderat! Ich stelle den Antrag, wir fassen einen Vorratsbeschluss, dass die Mur in Zukunft nicht mehr zurück nach Bruck an der Mur fließen darf. Ich sage Ihnen auch warum- Wenn ein Gremium wie der Gemeinderat der zweitgrößten Stadt Österreichs soweit kommt, dass man hergeht und einen offenbar nicht fundierten unseriösen Antrag einfach damit am Leben hält, dass man das halt als Vorratsbeschluss bezeichnet, das trifft jetzt den Vertreter der FPÖ, die KPÖ trifft das, dass man, es ist ja genannt worden, einfach einen Zeitungsartikel hergenommen hat und den in einen Antrag umformuliert, ist nicht das erste Mal, wenn Sie sich erinnern, ist nicht das erste Mal. Und ich bin der Meinung...

Zwischenruf StRin. Kahr: Das haben wir nicht gesagt.

GR. **Hagenauer**: Aus welchen Motiven man das immer macht, ja, das kommt ja noch dazu, aber das kann ich nicht belegen. Ich kann nur belegen, dass es, wie die Frau Kollegin Gesek festgestellt hat, eben nicht den Tatsachen entspricht und das reicht und ich denke, das ist für einen Gemeinderat immerhin zumutbar, dass man sich auf Fakten stützt und nicht dann noch hergeht und wenn man erwischt wird dabei, dass man gar nicht die Wahrheit sagt, dann von einem Vorratsbeschluss was dahernuschelt. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, Frau Vizebürgermeisterin! Nur zur Richtigstellung, wir wurden vom Zentralausschuss der Justizwache in Wien informiert, es hat Gespräche mit dem Bundesministerium für Justiz zusammen mit der Vollzugsdirektion sehr wohl gegeben. 220 Bedienstete, 50 Zulieferfirmen sind verunsichert, der Antrag hat Berechtigung, gestellt zu werden, wie immer man das sehen mag. Bei der letzten Gefangenenvertreterbesprechung mit dem Anstaltsleiter informierte auch der Anstaltsleiter die Gefangenenvertreter über die durchaus prekäre Situation, also hier von einem Fantasieantrag zu sprechen, das ist, glaube ich, sehr vermessen und ich würde den Spieß umdrehen, ich würde den Herrschaften, die da dagegen gewettet haben, empfehlen, sich an richtiger Stelle zu informieren (*Applaus KPÖ*) und ich wünsche den Herrschaften, die da dagegen stimmen nicht, dass sie zu einer Führung außerhalb von Graz kommen, weil dann haben sie 220 Bedienstete, könnte ich mir vorstellen, am Hals und das, glaube ich, ist keine angenehme Situation (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Einrichtung der beiden Lehramtsstudien Bildnerische Erziehung und Werkerziehung in Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um die Einrichtung der beiden in Graz fehlenden Lehramtsstudien Bildnerische Erziehung und Werkerziehung. Obwohl seit vielen Jahren von zahllosen Fachleuten eingefordert, gibt es im Süden Österreichs noch immer keine voll anerkannte

Ausbildungsstätte in den AHS-Lehramtsstudien (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Bildnerische Erziehung und Werkerziehung. Bund und Land schaffen es beharrlich, den gewaltigen Bedarf zu ignorieren.

Aktuell werden diese beiden künstlerischen Bereiche meist von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet, die zwar eine hervorragende Ausbildung zum Beispiel an der Pädagogischen Hochschule als Lehrer und Lehrerin bekommen haben, an der Musikuniversität, Bühnenbild, gemacht haben oder an der Karl-Franzens-Universität Kunstgeschichte studiert haben, aber im strengen Sinn als nicht "voll geprüft" gelten, obwohl sie die gleiche hervorragende Arbeit wie alle anderen KollegInnen an der Schule leisten.

Der Bund profitiert doppelt von dieser Misere. Er erspart sich die Installierung der notwendigen Studienrichtungen und bezahlt viele Lehrkräfte in den genannten Fächern, da nicht "voll geprüft", eben schlechter.

Ein Missstand, der bei ständig wachsender Bedeutung des Höheren Schulwesens endlich abgeschafft gehört. Dringlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dringlich ist dieser Antrag in Wirklichkeit seit 30 Jahren und traurig, dass er in einer Kulturhauptstadt überhaupt gestellt werden muss. Es handelt sich hier um eine sehr konkrete Forderung, nicht um Träume von irgendwelchen Kunstschwerpunkten in den Reininghausgründen oder um das Kunsthaus, sondern um eine konkrete Einrichtung von Lehramtsstudien.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich in einer Petition mit dem Ersuchen an den Bundesgesetzgeber, im Sinne des Motivenberichtes die beiden Lehramtsstudien Bildnerische Erziehung und Werkerziehung in Graz einzurichten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Liebe Vizebürgermeisterin! Lieber Andreas, wir werden natürlich deinem Dringlichen die Dringlichkeit geben, auch inhaltlich, weil dies ja eine

Unterstützung ist auch für die Initiative, die der Landeskulturreferent gesetzt hat schon 2006 und 2007, wie du weiß, es wurde an Ji-Huan das Grundlagenpapier 2008 übergeben im Beisein von Edlinger-Ploder. Eine ausführliche Antwort des Ministeriums liegt vor seit dem Februar 2008. Es gibt auch eine Finanzstudie und eine Bedarfsstudie aus dem Jänner 2009, wie erinnerlich, und auch das Rektorat und der Unirat der Kunstuni Graz haben sich schon mit der Frage beschäftigt. Also ist dies dringlich und notwendig und unterstützenswert, lieber Andreas. Schließlich hat auch der Bürgermeister, ich zitiere ihn vom 15. Februar 2009 in einem Zitat, gemeint, er müsse dies unterstützen, Zitat: „Das Klopfen des Bildhauers und der Geruch der Farbe gehören einfach zu unserer Stadt dazu“. Danke herzlich und wir unterstützen dich.

GR. Mag. **Spath**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Andreas! Du hast Recht, wenn du sagst, das Lehramtsstudium Bildnerische Erziehung und Werkerziehung gibt es nur Linz, Wien oder Salzburg, nur dort können Kolleginnen und Kollegen dieses Studium absolvieren, das ist ein gravierender Nachteil für den Süden in Österreich, speziell auch für die Steiermark und für Graz. Es hat zwar einige, vor einigen Jahren sind es ungefähr 40 Personen haben eine Nachqualifizierung in Linz gemacht, mussten aber den weiten Weg in Anspruch nehmen, ständig hin- und her zu pendeln. In Zeiten des Sparens ist die Hoffnung allerdings, dass wir einen eigenen Lehrstuhl in Graz bekommen, eher beschränkt, zumal der Bedarf jetzt auch nicht unbedingt so hoch ist. Vielleicht besteht aber die Möglichkeit, kurzfristig Vorlesungen von der Uni Linz oder Salzburg nach Graz berufsbegleitend zu bekommen, um eben den Grazer Studentinnen und Studenten und den steirischen Studentinnen und Studenten eben den hohen Zeitaufwand beziehungsweise auch die kostenintensiven Fahrten in ein anderes Bundesland zu ersparen. Die ÖVP-Fraktion wird die Dringlichkeit als auch den Inhalt daher gerne unterstützen (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GRin. **Binder**: Andreas, Graz die Stadt der Bildung, der Künstler, wir legen immer großen Wert auf die Kreativität unserer Stadt. Ich kann nur sagen, Andreas, sehr gut, wir unterstützen die Dringlichkeit und den Inhalt. Danke (*Applaus Grüne*).

Mag. **Fabisch**: Ich bedanke mich für die große Zustimmung und weiß das auch zu schätzen und kann morgen in der Schule wirklich sagen, welche Klasse Noten ich heute bekommen habe. Danke vielmals (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Lärmpegelmessungen im Universitätsviertel

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Lärm macht krank - Lärm verursacht Stress - Lärm erhöht das Risiko von Herz-Kreislaufkrankungen - Lärm führt zu gesundheitlichen Dauerschäden - Lärm führt zu Aggressivität. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen, um daraus zu ersehen, wie gefährlich Lärm, besonders in der Schlafphase sein kann. Laute Umgebung führt zu Schlafstörungen. Auch Lärm, von dem wir nicht wach werden, stört erheblich den menschlichen Organismus – Resümee: während des Schlafes bleibt die Erholungsphase aus.

Aus diesem Grund möchten wir nun erneut auf die Probleme der Bewohner des Grazer Universitätsviertels – hervorgerufen durch nächtlichen Partylärm – hinweisen.

Seit Jahren macht die FPÖ immer wieder auf diese Problematik aufmerksam. Von Seiten der Politik wurde viel versprochen, umgesetzt jedoch bis dato so gut wie nichts.

Zwar ist seit dem 1.4.2009 das Alkoholverbot auf der Straße im Universitätsviertel in Kraft, das ist zwar eine erfreuliche Teilentwicklung, aber die noch lange nicht ausreicht, um die Lebensqualität der betroffenen Anrainer auf lange Sicht zu heben.

Die starke Besucherfrequenz, vor allem in den Nachtstunden, bewirkt eine Lärmentwicklung, die für die Bewohner dieses Stadtteiles bis zur Unerträglichkeit angewachsen ist. Hier besteht daher nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Von der Politik getätigte Zusagen und in Kraft gesetzte Verordnungen konnten in der Vergangenheit aber nicht wirkungsvoll umgesetzt werden, weil es seitens der Exekutive einfach an Personal fehlt. Auch die Ordnungswache verfügt nicht über ausreichende Kapazitäten, um der Lärmentwicklung Herr zu werden. Gesetzliche Bestimmungen nützen wenig, wenn diese nicht die entsprechende Umsetzung durch die Verwaltung erfahren.

Ergänzend zu den gesetzlichen Vorgaben müssen daher auch andere Alternativen erarbeitet werden und es muss vor allem an die Eigenverantwortung der Besucher des Grazer Uni-Viertels appelliert werden.

Wir Freiheitlichen gehen davon aus, dass vielen Nachtschwärmern gar nicht bewusst ist, wie viel Lärm sie während der Nacht- beziehungsweise in den frühen Morgenstunden auf der Straße produzieren.

Um den Bewohnern beziehungsweise Anrainern im Grazer Uni-Viertel wieder ihre verdiente Nachtruhe zurückzugeben, fordern wir Freiheitliche bewusstseinsbildende Maßnahmen im Bereich dieser „Grazer Partymeile“, besonders möchte ich hier hervorheben die Elisabethstraße, die Leonhard- und die Beethovenstraße, auch die Schumanngasse und etliche andere mehr.

Als Sofortmaßnahme rege ich nun an, zusätzlich zu den bereits erwähnten Verordnungen auch bewusstseinsbildende Maßnahmen zu ergreifen:

+Der Grazer Ziviltechniker Prof. Dipl.-Ing. William Wallner hat bereits im Jahre 2005 ein optisches Schallpegelmessgerät entwickelt, das in Form einer Lichtskulptur, das Projekt heißt OLGA und bedeutet Ohne Lärm Geht's Auch, den aktuellen Schallpegel anzeigt. Eine Machbarkeitstudie wurde vom Joanneum Research durchgeführt, ein Prototyp von OLGA existiert auch schon. Dieser Prototyp, mit den Abmessungen Höhe 130 cm, Breite 100 cm und Tiefe 7,5 cm könnte jederzeit, nach vorheriger Anmeldung, im McBee-Studio in Eggenberg besichtigt werden und könnte bei Bedarf auch größer beziehungsweise kleiner ausfallen.

Im Ruhezustand hat OLGA die Arme unten und hebt diese dann, je nach Intensität des Lärms, immer höher, bis sie sich bei der, vom Anwender definierten, Höchstgrenze die Ohren zuhält. Gleichzeitig wird der aktuelle Schallpegel ziffernmäßig in Dezibel-Werten angezeigt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Dies hätte gerade im Uni-Viertel die bereits angesprochene, notwendige bewusstseinsbildende Wirkung.

OLGA ist mobil, man könnte daher auch in Schulen beziehungsweise anderen Grazer Stadtteilen Aufklärungsarbeit leisten beziehungsweise gegen den stetig steigenden Lärm präventiv tätig werden.

Ich, beziehungsweise wir Freiheitlichen, halten dieses Projekt für eine wirkungs- und sinnvolle Maßnahme und stellen daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, nach dem Muster der gegenständlichen Lichtskulptur OLGA im Grazer Uni-Viertel Lärmpegelmessungen in den Nachtstunden durchführen zu lassen und die Ergebnisse unmittelbar den Lärm verursachenden Lokalbesuchern und Passanten plakativ darzustellen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die zuständigen Ämter werden beauftragt, sämtliche finanziellen, rechtlichen, baulichen und organisatorischen Maßnahmen zu erarbeiten und diese dem

Gemeinderat in einem Bericht zur notwendigen weiteren Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 21.23 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv. **Rüscher**: Einerseits ist dieser Antrag nicht ganz neu, ich kann mich erinnern, dass in der letzten Periode zweimal eingebracht wurde von Ihrer Fraktion, deswegen gab es auch beim entsprechenden Amt schon entsprechende Untersuchungen und Daten dazu. Ich teile in ganz vielen Punkten des Motivenberichtes Ihren Zugang und Ihre Beschreibung der Problematik. Es gibt ein Problem, das möchte ich hier herinnen ein bisschen diskutieren. Mit den jungen Leuten, die vielleicht teilweise auch im Uni-Viertel unterwegs sind, natürlich niemand von da herinnen, aber wenn man es sich vorstellt, was es für einen Anreiz macht, wenn man ein bisschen betrunken, sage ich jetzt einmal, aus dem Lokal hinauskommt und dann die Möglichkeit hat, mit so einem Gerät zu spielen. Ich fürchte, dass es dazu führen würde, dass dann erst recht versucht wird, mit möglichst lautem Schreien, dieses Gerät besonders auszureizen. Zumal dieses Gerät 8.000 Euro in der Anschaffung kostet, da ist nicht hineingerechnet, was es im Betrieb und auch in der Installation kostet, wäre zu prüfen, welche Lärmsituationen in der Stadt dazu geeignet sind, dieses Gerät zu bedienen, aber wir fürchten, dass es gerade in einer Umgebung, wo der Anreiz, sich gegenseitig mit Jux zu übertrumpfen, nicht der geeignete Standort ist, es wird natürlich überprüft im Amt, also die Fragestellung ist ja eine sehr interessante, weil es natürlich dazu beiträgt, das Bewusstsein für Lärm zu schärfen, wenn man das auch sieht, wir wissen das auch von den Lärmampeln, die in Schulen teilweise im Einsatz sind, dass es durchaus eine Auswirkung hat, aber wir fürchten, dass es für das Uni-Viertel nicht die richtige Lösung ist, aber es wird eine Antwort darauf geben, wo wir Einsatzmöglichkeiten sehen. Danke vielmals (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 21.25 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrte Frau Kollegin! Zum Thema OLGA, selbst ein betroffener Uni-Bewohner, teile ich die Meinung der Frau Vizebürgermeisterin, glaube ich, dass das Fräulein OLGA, habe ich mir ausgedrückt, für 8.000 Euro, glaube wir doch, dass diese 8.000 Euro Anschaffungskosten, wie die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat, eben Studierende anregt, um sich mit diesem Gerät zu messen. Ich glaube, diese 8.000 Euro könnte man vielleicht anders, vielleicht besser in diesem Bereich wie Ausweitung der Ordnungswache, weitere Mediation ausbauen. Deswegen stimmt die ÖVP der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zu. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Also zur Sache OLGA. Ich stimme, wir stimmen der Vizebürgermeisterin und dem Kollegen Molnar zu, in einem alkoholgeschwängerten Umfeld wird es sehr schwierig sein, dieses OLGA-Objekt wirksam werden zu lassen. Andere Gegenden sind da besser geeignet, Schulen noch besser, ich glaube, wir werden dem nicht zustimmen können. Bitte um Verständnis (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich glaube sicher, dass es in den ersten Tagen sicher ein Ausloten dieses Gerätes geben wird, aber mit der Zeit, also ich denke in ein paar Tagen wird sich das auch gelegt haben und diese Präventivmaßnahmen werden wirken.

Zwischenruf GR. Herper: Die OLGA.

GRin. **Benedik:** Ich möchte nur darauf hinweisen, die Kulturhauptstadt Linz ist die Hörstadt und die Kulturhauptstadt Linz (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) gibt dieses Gerät nächste Woche zur Vorstellung dorthin und ich glaube, ganz, ganz sicher, dass diese Präventivmaßnahme wirkt. Wie gesagt, in den ersten Tagen denke ich auch, dass es so zu einer Auslotung kommt. Aber mir ist schon bekannt, dass gerade die Grünen bei Präventivmaßnahmen nicht Ihre Zustimmung geben, das hört man meistens auch aus den Medien.

Zwischenruf GRin. Jahn: Das ist schon ein bisschen global.

GRin. **Benedik:** Ich möchte nur hinweisen, zum Beispiel auf der A2 bei Gleisdorf-Süd gibt es auch so ein Lichtband und der Kilometerstand wird dort angezeigt und auch die Dezibel und dann ab und zu steht dann auch, wie viele Kinder dort wohnen und ich habe auch noch nie gehört, dass dort die Autofahrer extra laut hupend dort vorbeifahren, nur um den Lärmpegel dort auszuloten.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wir hoffen alle, dass die Autofahrenden auf der Autobahn Gleisdorf nüchtern unterwegs sind, wir wissen aber auch sehr gut, dass im Uni-Viertel nicht immer alle nüchtern sind. Ich denke, vielleicht einige, aber nicht alle. Aber das mit Linz nehme ich gerne mit, wir werden das in Linz beobachten und sehen, wie die Erfahrungen dort sind, das hilft uns sicherlich auch bei der Bewertung. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Geplante Verkürzung der Ladetätigkeit in der Innenstadt auf 10.00 Uhr

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin, bevor Sie bitte die Stoppuhr jetzt drücken und ich zu meinem dringlichen Antrag komme, möchte ich eine tatsächliche Berichtigung hier einbringen. Denn innerhalb der heutigen Gemeinderatssitzung wurde ich erneut von der Gemeinderätin Gesek verbal massiv attackiert, ich komme gleich zur Erklärung. So sagte sie heute im Wortsinn, dass ich halt nur ein junger Bursch ohne Format sei, Bersch ohne Format sei, der keinen gescheiten Beruf hätte und in seinem Leben noch nichts erreicht hätte und schon noch sehen werde, was passiert, wenn man so mit dem Bürgermeister spricht.

Zwischenruf GR. Eichberger: Entschuldigung wäre angebracht.

GR. **Schröck**: Verehrte Frau Altvorsitzende Gesek, lassen Sie mich eines sagen, Alter ist wahrlich kein Verdienst und Gott sei Dank leben wir in einer Demokratie, wo ich von den Grazerinnen und Grazern als Gemeinderat gewählt wurde. Und ich lasse mir auch heute und auch in den nächsten Gemeinderatssitzungen von Ihnen das Wort nicht verbieten (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Der dringliche Antrag betrifft die geplante Verkürzung der (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), na ja ich habe mir nicht alle im Uni-Viertel erkaufen können, so wie das manche Gemeinderäte von Ihnen gemacht haben, Kollege. In einem Bericht der Kleinen Zeitung von vergangener Woche wurde der erstaunten Öffentlichkeit ein

neuerlicher Anschlag der Vizebürgermeisterin auf die Wirtschafttreibenden dieser Stadt kundgetan.

So wird geplant, die bestehenden Zeiten für die Ladetätigkeiten in der Innenstadt von 11.00 Uhr auf 10.00 Uhr zu verkürzen.

Trotz lauter und massiver Proteste der betroffenen Kaufleute sowie der Wirtschaftskammer und nachgewiesener Unvereinbarkeit mit der Logistik manch großer und Besucher bringender Geschäfte in der Innenstadt, ist die Vizebürgermeisterin fest entschlossen, diese Idee in die Tat umzusetzen.

Aber, meine Damen und Herren, die Innenstadt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) ist auch ohne diesen Vorschlag ohnehin schon ein Stiefkind dieser Stadtregierung.

Die Erhöhung und Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkplätze, die Baustellenorgien als Folge ungenügender und fehlender Baukoordination in der Herrengasse, die starke Konkurrenz durch Einkaufszentren im Grazer Umland und auch durch die Einkaufszentren, die nun im direkten Grazer Umland geplant sind, stellen große Probleme für die Kaufleute in der Innenstadt dar.

Die Grazer Herrengasse ist die letzte repräsentative Einkaufsstraße, die zumindest noch teilweise alteingesessene Grazer Gewerbetreibende beherbergt. In jüngerer Vergangenheit wurde seitens der Grazer Stadtregierung wirklich nachhaltig daran gearbeitet, diesen Betrieben ein wirtschaftliches Florieren erheblich zu erschweren. Auch im gegenständlichen Fall wird eine Maßnahme herangezogen, die weniger den vermeintlichen Missbrauch abstellt, als vielmehr den ansässigen Betrieben eine zusätzliche logistische Bürde auferlegt.

Tatsächlich würde nämlich ein nachhaltiges Exekutieren bereits bestehender Bestimmungen ausreichen, um die rechtswidrig parkenden Personen abzustrafen. Allerdings wäre hierzu entweder mehr Personal der Ordnungswache nötig, um widerrechtlich parkende Fahrzeughalter anzuzeigen, oder mehr Polizeibeamte müssten in der Innenstadt ihren Dienst versehen. In beiden Fällen müsste allerdings die Stadt Graz tätig werden, um die Missstände zu beheben.

Aber hier geht man lieber so vor, dass man jene Gruppe abstruft, für die diese Zufahrtsgenehmigung in Verbindung mit der genehmigten Ladedauer von existentieller wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Und so stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker wird aufgefordert, die bestehenden Regelungen über die Zufahrt und Ladedauer in der Grazer Innenstadt unverändert zu lassen.
2. Herr Bürgermeister Mag. Nagl und Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker werden ersucht, mit den zuständigen Stellen der Exekutive in Kontakt zu treten, um auf den erhöhten Bedarf an Polizeipräsenz in der Innenstadt im relevanten Zeitraum aufmerksam zu machen.
3. Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird ersucht, die Ordnungswache anzuweisen, die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen über Zufahrtgenehmigung in Verbindung mit der Ladedauer in der Grazer Innenstadt zu überwachen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 21.35 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv. **Rücker**: Die Ladezone in der Grazer Innenstadt wird derzeit extrem missbräuchlich verwendet und das haben mir hundert Prozent all jener Betriebe, und ich habe mit vielen Betrieben gesprochen, bestätigt...
Jetzt musst du mir das Wort geben.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich übernehme den Vorsitz und erteile der Frau Vizebürgermeisterin das Wort.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Damit das alles seine Form hat. Also Ladetätigkeit in der Innenstadt führt derzeit zu hoher Unzufriedenheit bei den Betrieben, weil derzeit eine sehr große Anzahl von Pkw, die nicht laden und nicht liefern, in der Innenstadt parken während der Ladezone. Das wird eben bestätigt von allen Betrieben, mit denen ich gesprochen habe. Es soll ja auch schon beobachtet worden sein, dass Gerald Grosz über Monate täglich in der Fuzo geparkt hat und angeblich die Parkstrafe mit einer Parkgebühr verwechselt hat. Diese Verparkung der Ladetätigkeit wirkt sich ja insofern negativ aus, das wir wissen, dass das die konkrete Ladetätigkeit extrem verzögert, die Manövriermöglichkeit für Fahrzeuge, die tatsächlich laden innerhalb der total verparkten Ladetätigkeitszonen, extrem erschwert wird und damit auch viel Zweitverlust einhergeht. Gleichzeitig wissen wir, dass am Vormittag die Innenstadt eigentlich als Geschäftsraum, wo Menschen auch einkaufen gehen, eigentlich nicht existiert, weil während der Ladetätigkeit, die momentan bis halb zwölf de facto die Innenstadt verstellt, durch eben auch sehr illegal parkende Pkw eigentlich ein Einkaufen in einer fußgängerInnenfreundlichen Atmosphäre nicht ermöglicht. Wir haben mit der Wirtschaftskammer Kontakt aufgenommen, wir haben mit unterschiedlichen Betrieben Kontakt aufgenommen, es gab da eine geteilte Meinung, es ist nicht so, dass es einhellige Gegenstimmen gab, aber es gab beide Stimmen, es gab Stimmen, die sehr unterstützend waren, in Richtung 10.00 Uhr zu gehen und es gab Stimmen, die sagen, bitte finden wir irgendwo dazwischen einen Kompromiss. Ich möchte zwei Fakten anmerken, die uns wichtig waren. Es gibt Liefertätigkeiten, die auch jetzt schon mit Ausnahmen auch außerhalb der Ladezeiten absolviert werden können, dank unseres Kamerasystems, wo eingespeichert ist, welche Fahrzeuge mit Ausnahmegenehmigung unterwegs sind, ist es möglich, wirklich ganz genau auseinanderzuklauben, wer ist zu Recht und welcher Zeit rechtens in der Ladezone und wer nicht. Diese Möglichkeit der Ausnahmegenehmigung besteht auch weiterhin für die Lieferanten, die gut begründen können, warum sie bis 10.00 Uhr nicht liefern können. Eine zweite Ausnahmegenehmigung, die wir neu einführen werden, weil wir wissen, dass es gerade für Anrainer und Anrainerinnen in der Innenstadt, wenn man so Richtung Sonntag-Abend sieht, manchmal sehr schwierig ist, wenn man vor allem Kinder und Gepäck hat, wenn man von irgendwo zurückkommt, diese Ladetätigkeit, wo man wohnt, zu absolvieren, da werden wir anbieten, dass man sich zwei Stunden in der Woche aussucht, die man sondergenehmigt auch absolvieren kann außerhalb der

Ladetätigkeit. Das ist ein Entgegenkommen an die Anrainer/Anrainerinnen, das wir auch mit dem Bezirk gesprochen haben. Insoferne sehe ich die einerseits notwendige Flexibilität, auf der anderen Seite einen tatsächlichen Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität in der Innenstadt auch einkaufen zu gehen und zwar in einer Fußgängerzone, die dann wenigstens, sagen wir, halb elf, weil wir wissen, dass wenn 10.00 Uhr die tatsächliche Zeit ist, dass es dann ein bisschen braucht, bis die Ladetätigkeit wirklich beendet wird. Zum zweiten Punkt Ihres Antrages möchte ich festhalten, dass die Forderung erfüllt ist. Die Polizei wurde von Anfang an in die ersten Überlegungen eingebunden und die verstärkte Überwachung auch in Zukunft auch gerade der Falschparkenden wird begleitend, aber auch über bestimmte Abstände verschärft stattfinden. Zum dritten Punkt, wo es um die Ordnungswache geht, muss ich Ihnen leider mitteilen, dass die Ordnungswache die StVO nicht vollziehen darf, das ist eben ausschließlich der Polizei vorgehalten, aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Stadt Graz und insgesamt der Städtebund bereits seit einiger Zeit sich dafür einsetzt, dass beispielsweise bei uns eben auch die GPS den ruhenden Verkehr im Gebiet der blauen Kurzparkzone und der Grünen Zonen, die ja auch teilweise im Innenstadtgebiet stattfindet, überwachen kann. Das scheitert leider bisher noch an der Zustimmung des Ministeriums, aber die Grazer Polizei wäre damit einverstanden, das ist geklärt. Soviel zu diesem dringlichen Antrag, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 21.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Tatsächliche Berichtigung im Rahmen der Geschäftsordnung, die Frau Vizebürgermeisterin hat von Beobachtungen berichtet, dass ich einige Monate im letzten Jahr mein Auto in der Fußgängerzone abgestellt hätte und für möglicherweise oder auch nicht bezahlt hätte, ich berichtige tatsächlich, ich habe seit einem Jahr einen Tiefgaragenplatz der Firma APCOA, Tiefgarage, Operngarage, ich brauche daher seit diesem Zeitpunkt nicht in der Fußgängerzone parken erstens, zweitens

habe niemals in der Fußgängerzone geparkt, sondern im Rahmen der Ladetätigkeit Zustelldienste in die Jungferngasse...

Zwischenruf GR. Mag. Titz: Sie sind augenblicklich still, Sie parken vor meinem Haus.

GR. **Grosz:** ...im Rahmen von Zustelltätigkeiten vor mehr als einem Jahr dort zugestellt, dafür Strafzettel bekommen im Rahmen dieser Zustelltätigkeit, weil sie mir nicht zugestanden ist und habe sie auch ordnungsgemäß aus meiner Privatschatulle bezahlt.

GR. **Eichberger:** Es passiert ja relativ selten, dass ich mich hier an das Rednerpult stelle und...

Zwischenrufe.

GR. **Eichberger:** Nein, ihr müsst noch den nächsten Satz hören, bevor ihr lacht und hier bedaure, dass der Verkehrsstadtrat nicht mehr Dr. Rüschi heißt. Jetzt werden sich viele wundern, warum, weil die Freude über den Verkehrsstadtrat Rüschi hat sich ja in unserer Fraktion an und für sich auch in fünf Jahren in Grenzen gehalten, aber an ein positives Ereignis können sich vielleicht die einen oder anderen noch erinnern, nämlich im Zusammenhang mit der Verkürzung seiner geplanten Verkürzung der Ladezone damals in der inneren Stadt, wo wir dann noch mit Bezirksvorsteherstellvertreter oder war er damals Bezirksvorsteher Ingo Ferstl und

mit meiner Unterstützung zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen sind und da bedaure ich, dass die ÖVP der grünen Verkehrsreferentin nicht geholfen hat und gesagt hat, wir haben es schon einmal versucht, ist nicht besonders gut angekommen die Überlegung, nämlich die Verkürzung der Ladezone in der Innenstadt, das war, wie gesagt vor einigen Jahren Thema, ist dann wieder vom Tisch gewesen und jetzt scheint das wieder zu kommen. Ich muss schon eines sagen, jetzt abgesehen davon, dass es, und da hat der Kollege Schröck unumstritten Recht, dass es ein Anschlag ist auf die Wirtschaft, aber das haltet sich bei mir irgendwo in Grenzen, da werden schon die Vertreterinnen und Vertreter der ÖVP oder des Wirtschaftsbundes, er immer, sich zu Wort melden, aber vor allem geht es mir um die Bewohnerinnen und Bewohner. Und wenn auch die Frau Vizebürgermeister Lisa Rücker heute hier sehr locker gesagt hat, es wird neue flexiblere Modelle geben, na bitteschön, wer wird heute wissen, ob er in 14 Tagen am Sonntag zwischen 14.00 und 15.00 Uhr von einem Ausflug nach Hause kommt und seine Ski in die Wohnung schleppen muss in der Herrengasse oder vielleicht darf er doch erst um 17.00 Uhr nach Hause kommen, also diese Modelle entbehren ja wirklich jeglicher Grundlage, sind wie gesagt, eher eine Alibimaßnahme, um Bewohnerinnen und Bewohner, die sowieso in der Innenstadt schon benachteiligt sind, durch verschiedene Umstände, dass man hier wirklich noch eine weitere Reduzierung hier dieses Angebotes für die Anrainerinnen und Anrainer hier vornimmt. Und zum anderen muss ich schon sagen, es mag der eine oder andere Grund schon dafür sprechen, dass es hier zu einer Reduzierung kommt, dass es momentan etwas ungeordnet da oder dort zugeht, liegt sicherlich auch vielleicht an einer überlangen Bauzeit in der Herrengasse, wo ja auch nicht unbedingt die Geschäftsleute schuld sind, sondern vielleicht auch andere, aber, wie gesagt, hier müsste man sich wirklich überlegen auch, was diese Reduzierung derzeit bringt. Nämlich eine weitere Konzentration der Ladezone auf kürzere Zeit und das wird eines bedingen, dass noch mehr Tohuwabohu in der Herrengasse herrscht, weil die gleichen Ladetätigkeiten auf eine kürzere Zeit (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Und zu guter Letzt sollte es sich die Frau Vizebürgermeisterin und Verkehrsreferentin nicht so leicht machen, sollte vielleicht einen Blick in unseren Verkehrsplan hineinwerfen, wo unter anderem steht, Citylogistik stoppt Lkw-Flut. Wir haben schon vor geraumer Zeit gefordert, dass es hier eine Förderung des Ausbaus einer sogenannten Citylogistik gibt, um FußgängerInnenzonen, verkehrsberuhigte

Zonen vom Zulieferverkehr durch die gebündelte Belieferung von Geschäften durch Lieferfahrzeuge zu entlasten. Das hieße, dass einzelne Lieferanten die Geschäfte nicht mehr direkt beliefern, sondern ihre Waren an einem vorgeschalteten Trendshipmentpoint einfach deponieren, wo diese dann mit gesonderten...also nicht immer den einfacheren Weg gehen, sondern vielleicht ein bisschen Kreativität walten lassen, um hier eine Abhilfe zu schaffen. In diesem Sinn, der Kollege Schröck wird es ja fast nicht für möglich halten, die SPÖ stimmt der Dringlichkeit und dem Inhalt seines dringlichen Antrages zu. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Neumann:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag an sich zeigt, wieder einmal, wie ungenau Recherche vom BZÖ stattfindet, es wurde zitiert, dass die Wirtschaftskammer dagegen ist, das stimmt so nicht, ich sitze selber im Ausschuss der Regionalstelle Graz, und die Wirtschaftskammer hat eine Umfrage gemacht, wo über 75 % der Unternehmen für die Reduzierung, für die Zurücksetzung der Ladetätigkeiten sind. Die meisten Unternehmen haben keine Freude, wenn bis 12.00 Uhr zu Mittag ihre Schaufenster beziehungsweise ihr Zugänge entsprechend mit Lkw oder ähnlichen Fahrzeugen verparkt sind. Sonderregelungen ja, mehr gezielte Sonderregelungen ja, aber nicht eine pauschale, dass jeder nach Belieben in die Innenstadt reinfahren kann. Und was mich schon noch interessieren würde, inwieweit der Kollege Schröck beziehungsweise Kollege Grosz das doch regelmäßig ausnutzen, um auch bis am Nachmittag mit ihrem Auto sehr wohl in der Jungferngasse zu stehen. Seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs sind wir gegen die Dringlichkeit und gegen den Antrag. Dankesehr (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Also unsere Fraktion wird zwar für die Dringlichkeit stimmen, weil es ja morgen im Stadtsenat beschlossen werden soll, aber dem Inhalt nicht zustimmen und zwar aus dem Grund, dass wir auch von Anrainern die Rückmeldung bekommen haben, dass a) vielleicht einmal zu überdenken wäre, dass die Ladetätigkeit also nicht unbedingt jetzt von 11.00 auf 10.00 zurückgesetzt wird, sondern dass man vielleicht auch in den frühen Morgenstunden das überdenken

sollte, es beginnt immerhin um 5.00 Uhr früh und die Innenstadtbewohner, wie wir alle wissen, sind gerade in den Sommermonaten sehr belastet in den Abendstunden, das heißt, dass natürlich und wenn morgens ab 5.00 Uhr, und in bestimmten Bereichen passiert dort auch diese Ladetätigkeit, dann um 5.00 Uhr früh eigentlich wieder der Lärm durch Lkw unter Umständen hier ist. Also man sollte das vielleicht auch mit beim morgigen Beschluss berücksichtigen. Zum Inhalt stimmen wir auch deshalb nicht, weil hier auch gefordert wird, dass die Ordnungswache das Ganze überprüfen soll, wir haben jetzt schon so viele Agenden an die Ordnungswache übertragen und wenn wir den Personalstand der Ordnungswache anschauen, also grenzt das schon bald an ein Wunder, was die Damen und Herren unserer Ordnungswache alles bewältigen sollen. Wir sehen das auch so, dass es eine verstärkte Überprüfung der Exekutiv geben sollte, denn es ist Tatsache, dass sehr viele Privat-Pkw die wirklich nicht laden, hauptsächlich das Problem während der Ladezone sind. Ich bin am Dienstag zum Ausschuss am Vormittag ins Rathaus gekommen und da war das wirklich ganz arg, also der gesamte Hauptplatz war wirklich ein Riesenparkplatz, aber dort haben die Lkw eigentlich einen Parkplatz gesucht, weil er wirklich von lauter Privat-Pkw verstellt war. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir von der freiheitlichen Fraktion werden dem Antrag des Kollegen Schröck sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen. Es kann nämlich nicht sein, dass wir oder dass Sie zumindest, Frau Vizebürgermeisterin, bei aller Wertschätzung, glauben, nur weil man das eine Stunde zurücksetzt, dass deshalb weniger Private drinnen parken, es gibt ja auch das Problem, es gibt dort Botendienste, die haben gewisse Touren, die sie bewältigen müssen. Wenn der bis 10.00 Uhr nicht mehr fahren darf, und auf seiner Tour kommt er halt erst einmal um 10.30 Uhr hin, dann gibt es vielleicht keine Belieferung mehr von gewissen Geschäften oder nur unter erhöhten Kosten eine teurere Belieferung; die Innenstadtbetriebe, wie der Gemeinderat Schröck schon angemerkt hat, die sind sowieso nicht sehr bevorteilt oder die werden überhaupt vergessen von der aktuellen Regierung. Also wir werden, wie gesagt, sowohl Inhalt als auch Dringlichkeit zustimmen. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schröck**: Also zunächst einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, ich stelle Ihnen demnächst gerne einmal einen Wüschelrutengänger zur Verfügung, der in Ihrem Klub einmal schaut, ob sie auf irgendeiner Wasserader oder sonstige bösen Schwingungen bei Ihnen herrschen, weil zuerst versucht Kollegin Gesek, mir das Wort zu verbieten, dann Kollege Titz dem Gerald Grosz, da scheint irgendwas nicht in Ordnung zu sein.

GR. Mag. **Titz** zur Geschäftsordnung: Also weil heute schon einmal das Wort Chuzpe gefallen ist, es wundert mich wirklich, mit welcher Selbstverständlichkeit da herinnen Menschen an dieses Pult treten, bewusst Unwahrheiten verbreiten und dann wirklich auch noch das, was wirklich unbestreitbar ist, hier bestreiten können mit der billigsten um die Worte des Herrn Grosz zu gebrauchen, Kaisermühlenrhetorik. Dass man, wenn man dann dagegen auftritt, auch noch von der Kaisermühlenrhetorik fertiggemacht wird als Denunziant und als Vernaderer...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.

Mag. **Titz**: Bitte, Harald, wer ist denn der Schuldige, der den den Missstand aufzeigt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*)? Ich werde nicht ruhig sein und gegen die Brandstifter, die mit einer billigen Rhetorik, wie wir das im 20. Jahrhundert gekannt haben, die Demokratie immer schon in den Schmutz gezogen haben (Applaus ÖVP), ich werde gegen jede Form der Popularisierung und gegen jede Form einer Brandrhetorik da herinnen auftreten und ich werde nicht ruhig sein, auch wenn die Stimmen aus der letzten Reihe von hinten links kommen. Ich werde nicht ruhig sein und ich werde auch nicht der Wahrheit da herinnen widersprechen und der Grosz...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.

Mag. **Titz**: Harald, was soll das bitte, du bist gar nicht gemeint, aber scheinbar fühlst du dich auch betroffen. Es ist einfach unerträglich, hier auf primitive (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Lügen nicht mehr reagieren zu können, in welchem Parlament sind wir eigentlich noch, dass man dreimal eine juristische Belehrung braucht, ob man gegen das, was die Wahrheit ist, ob man die Wahrheit noch vertreten darf und ob man gegen eine klare Lüge überhaupt noch etwas darf, also wenn das der Stand der Politik ist, den der Herr Grosz da hereingebracht hat in dieses Haus, dann wünsche ich mir, dass wir ein bisschen kritischer werden, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schröck**: Ich lasse das am besten unkommentiert, Sie sollen heute noch eine ruhige Nacht haben. Aber zum Schlusswort, Frau Vizebürgermeisterin, Sie tun ja gerade so, als würde halb Graz in der Ladetätigkeit in die Herrengasse zum Kaffeetrinken fahren und das entspricht nicht ganz den Gegebenheiten.

Zwischenruf GRin. Jahn: Das kann man leider immer wieder beobachten.

GR. **Schröck**: Und mit der neuen Regelung verkomplizieren Sie die Lage nur weiter und mit diesen ganzen Ausnahmegenehmigungen nur noch mehr. Man kann nicht immer die Wirtschaft gängeln, man sollte einfach nur die bestehenden Verordnungen konsequent kontrollieren, dann passiert das auch nicht. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Bekämpfung des Kinder- und Menschenhandels in Graz – organisierte Bettlerkriminalität

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Inhaltlich haben wir dazu schon sehr viel ausgeführt, aber es ist gerade so oft das Wort, auch im Übrigen unbestraft ohne einen Ordnungsruf, das Wort Lüge gefallen. Passt im Übrigen sehr gut zur Diskussion, die wir vor zwei Stunden zu diesem Menschenhandel, Kinderhandel geführt haben, die Frau Gemeinderätin Binder, und ich bin froh, dass sie da ist, ich habe Ihnen den UNICEF-Bericht mitgebracht, ich habe Ihnen auch die deutsche, mitgebracht, ich übergebe sie Ihnen gerne. Dieser Bericht ist am 17. Oktober herausgebracht worden, Sie finden ihn auch auf www.unicef.at, das Fehlen von wissenschaftlichen Grunddaten zu gehandelten Kindern, die in Österreich identifiziert und betreut wurden beziehungsweise werden, hat zur Folge, dass man über Ausmaß sowie Formen des Kindeshandels in Österreich leider nur spekulieren kann. Dokumentierte Zahlen gibt es lediglich in Wien und diese sind erschreckend. Seit 2004 hat es allein in Wien über 1300 Aufgriffe gegeben, Kinder, die meist aus osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien zum Stehlen, Betteln oder sogar zur Prostitution nach Österreich gehandelt werden. Und diese Zahlen stellen nur die Spitze des Eisberges dar, denn Kinderhandel findet zumeist im Verborgenen statt. Da wird dann auf die Landeshauptstädte eingegangen...

Zwischenruf GRin. Binder: Sie haben gesagt, Österreich ist extra kritisiert worden wenn der Bettelei, der organisierten Bettelei...nichts steht von dem drinnen...

GR. **Grosz:** Seit 2004 hat es 1.300 Aufgriffe gegeben, Kinder, die meisten aus osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien zum Stehlen, Betteln oder sogar zur Prostitution nach Österreich gehandelt werden. Und diese Zahlen stellen nur die Spitze des Eisberges dar, denn Kinderhandel findet meist im Verborgenen statt. UNICEF-Österreich, das ist in Englisch, da habe ich ein Verständnis dafür, dass es länger dauert und jetzt haben wir das in Deutsch Ihnen auch noch gegeben, aber es ist Faktum, es sind offizielle Dokumente, sie bestehen seit dem Jahr 2007, die Kritik ist aufrecht. Also kommen Sie mir nicht mir Ihrem Zettel daher, fuchteln mit irgendetwas, was nicht stimmt, ich übergebe Ihnen das, ich gebe Ihnen die Links, es gibt drei weitere Berichte, die seit 2007 auf dem Tisch liegen, sie sagen dasselbe. Aber wenn Sie der UNICEF auch nicht mehr glauben, gebe ich Ihnen ein Dokument des Innenministeriums vom 20. März 2009, das Innenministerium sagt Ihnen was? Es ist nicht der Privatverein Antifa oder die Grünen oder irgendetwas, es ist das Bundesministerium für Inneres, die im Übrigen mit der Unterschrift der Frau Fekter, nicht gefälscht, keine Erfindung, so wie auch der UNICEF-Bericht nicht, sondern Sie werden einmal der Wahrheit, der Realität einmal ins Auge blicken müssen. Die organisierte Bettelei, sagt das Innenministerium, erstreckt sich überwiegend auf Großstädte Österreichs, Hauptstädte/Ballungszentren, insbesondere Graz und Wien. Das Bundeskriminalamt wird in Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern sowie den betroffenen Polizeiinspektionen die operativen kriminalpolizeilichen Ermittlungen im Bereich des organisierten Bettlerwesens fortsetzen, Innenministerin Fekter. Erkundigen Sie sich beim Koalitionspartner. Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der kriminalpolizeilichen Ermittlungen insbesondere mit den Staaten Rumänien und Bulgarien wird intensiviert, indem die gewonnenen Erkenntnisse nicht nur den österreichischen Dienststellen, sondern auch den dortigen Dienststellen besprochen und bearbeitet werden. Also Sie glauben schon nicht der UNICEF, behaupten, das ist gefälscht, hören Sie Daten daraus nicht zu und negieren weiterhin den Kinderhandel und den Menschenhandel in Österreich und in

Graz. Sie glauben dem Innenministerium nicht, und daher stelle ich jetzt wirklich die Frage, welche Motivation haben Sie, dass Sie Kinder- und Menschenhandel, dass Sie Zwangsprostitution, dass Sie das Leid von Behinderten armen und jungen Menschen unterstützen, die hier für einen grauslichen Wirtschaftszweig, einen neu aufgekommenen Wirtschaftszweig unterstützen, das ist meine Frage. Die werden Sie auch beantworten. Mit Beharrlichkeit verweigern Sie seit drei Jahren, dass hier endlich Unrecht beseitigt wird. Dass Menschenhandel in Österreich effizient bekämpft wird und das werden Sie mir einmal beantworten müssen, was ist Ihre Motivation, die Sie dazu bringt, dass Sie jedes Mal hier mit Scheinargumenten versuchen gegen Faktum zu argumentieren? Denn das ist vorsätzlich, mit einem vorgeblichen Primat des Intellektuellen. Schlichtweg ständig die Unwahrheit zu sagen und das habe ich Ihnen jetzt gerade bewiesen, so vor einer halben Stunde so viel noch von Lüge oder vor 15 Minuten gesprochen worden, das sind Tatsachen auch, lieber Gemeinderat Titz, das sind Tatsachen und daher lasse ich mir Unwahrheiten oder Lügen, die da wie im Populismus der 20er-Jahre oder 30er-Jahre des vorigen Jahrhunderts sicher nicht unterstellen. Sind fundiert mit Organisationen der Vereinten Nationen und mit dem Österreichischen Innenministerium und daher bringe ich abschließend den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelei – zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels - im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Mai 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Danke.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.50 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Teilweise Dinge, die du aufgezeigt hast, Gerald Grosz, sind dramatisch, Faktum ist, dass du gerade gesagt hast, dass die Frau Innenminister das sehr gut im Griff hat und auch sich der Situation bewusst ist. Wir haben ein Verbot des Kinderbettelns, der Herr Stadtrat Eiselsberg hat sich gerade eingesetzt dafür, dass auch das Jugendamt entsprechend tätig wird, sollten Kinder dazu missbraucht werden. Man muss es besser kontrollieren, vielleicht noch besser, noch schärfer, dringlich ist dieser Antrag nicht, daher stimmen wir auch nicht zu.

GR. **Grosz**: Nachdem wir uns in der Drei-Minuten-Beschränkung befinden. Es stimmt schon, dass die Innenministerin hier mit Schwerpunktaktionen tätig wird und dass 540 Verhaftungen allein im Vorjahr im Rahmen von Schwerpunktaktionen in Wien auch Erfolg hatten. Sie führt auch dezidiert Wien an, weil hier es eine eigene Sonderkommission zur Bekämpfung des Menschenhandels gibt, die wir in Graz leider nicht haben. Und in diesem UNICEF- Bericht, der jetzt hoffentlich außer Streit steht, steht eine Zeile davor: Hervorzuheben ist, dass im Jahr 2004 eine innenministerielle Task Force zum Menschenhandel erstmals in Österreich einberufen worden ist, das ist im Übrigen zu dieser grauslichen schwarz/blau/orangen Regierungszeit gewesen, das war nämlich die erste Regierung, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, die federführend in der Ausarbeitung des nationalen Aktionsplanes gegen Menschenhandel war. Weiters ist positiv zu bemerken, dass erst vor kurzem eine Arbeitsgruppe zum Thema Kinderhandel eingerichtet worden ist, aber seitdem fehlt es halt. Arbeitsgruppen zu gründen, bei einem wahrlichen Problem, das international erkannt wird und unbestritten auf Österreich gemünzt ist, als weiteren Teil, erfordert Maßnahmen und da könnten wir auch in Sachen Graz als Stadt der Menschenrechte erstmals ein Vorreiter sein, dass wir endlich damit aufhören, dass wir es dulden, dass hier sich einer der widerlichsten Wirtschaftszweige neben der Zwangsprostitution, der Vergewaltigung sich hier gebildet hat in Graz, dass arme, kranke, behinderte und alte Menschen gezwungen werden und regelrecht versklavt werden. Ich freue mich auf jene Unterstützer, die hier Menschenrecht einkehren lassen und ich frage nach, welche Motive sie zu Schutzmantelmadonnen der modernen Versklavung machen. Ich danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.